

**Die Thesen
James M. Buchanans
zur Last der Staatsverschuldung**

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften
an der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der
Westfälischen Wilhelms-Universität
Münster (Westfalen)

vorgelegt von
KLAUS KIEPE
aus Nordhorn

~~1970~~

1969

Die Thesen
James M. Buchanans
zur Last der Staatsverschuldung

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften
an der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der
Westfälischen Wilhelms-Universität
Münster (Westfalen)

vorgelegt von
KLAUS KIEPE
aus Nordhorn

1970



Erster Berichterstatter Prof. Dr. H. Timm
Zweiter Berichterstatter Prof. Dr. H. Seidenfus
Dekan Prof. Dr. H. Seidenfus
Tag der mündlichen Prüfung 10. Juli 1969

Meiner lieben Frau zugeweiht

I N H A L TSeite

1.	Die von Buchanan vorgenommene Einordnung seiner Gedanken zur Last der Staatsverschuldung in die allgemeine Diskussion um diesen Problembereich und die sich daraus ergebende Zielsetzung dieser Arbeit	1
2.	Der Lastbegriff in der Theorie Buchanans	9
2.0	Einführende Bemerkungen	9
2.1	Die Belastung des einzelnen Staatsbürgers durch die Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben	10
2.2	Schuldner und Gläubiger einer Staatsanleihe in der Theorie Buchanans	13
2.3	Die von Buchanan vorgenommene Verteilung der Aufwendungen für Bedienung und Tilgung einer Staatsschuld, der eventuellen Erträge der anleihefinanzierten öffentlichen Ausgabe und der Zinserträge aus der Anleihe auf bestimmte Individuen	18
2.4	Die "objektiven Kosten" als endgültiges Lastkriterium in der Theorie Buchanans	26
2.40	Die Trennung von Effekten der Anleihe und Effekten der Ausgabe in der Theorie Buchanans	27
2.41	Die "primären Effekte" und die "sekundären Effekte" in der Theorie Buchanans	29
2.42	Die für die Verzinsung der Staatsanleihe notwendigen Steuern und der von Buchanan daraus abgeleitete Nutzenverlust der Steuerzahler als ursprüngliches Lastkriterium	31
2.420	Die Bedeutung einer Schuldenillusion für die Theorie Buchanans	34
2.421	Die Bedeutung des Zwangs-Kriteriums für den Lastbegriff Buchanans	38
2.422	Die Produktivität anleihefinanzierter öffentlicher Ausgaben in der Theorie Buchanans	41
2.423	Kritische Würdigung des nutzentheoretisch begründeten ursprünglichen Lastbegriffes Buchanans	43
2.43	Die Einführung des Begriffes "Kosten" in die Theorie Buchanans und die Unterscheidung von "subjektiven Kosten" und "objektiven Kosten"	46
2.44	Die "subjektiven Kosten" und ihre Bedeutung	50

	<u>Seite</u>
2.45 Die "objektiven Kosten" - Bedeutung und Aus- sagewert dieses Begriffes	59
2.450 "Objektive Kosten" und Verschuldung	63
3. Die Beurteilung der Thesen Buchanans unter Be- rücksichtigung des Aussagewertes seines Begrif- fes "objektive Kosten" und der Lastbegriffe an- derer Ökonomen	68
3.0 Das in Buchanans erster These genannte Problem von der Verschiebbarkeit der Last einer Staatsverschul- dung in die Zukunft	68
3.00 Das Phänomen "Zeit" als besondere Komponente einer Verschuldung	68
3.01 Unterschiedliche Lastbegriffe als Resultat der Analyse unterschiedlicher Effekte einer Staats- verschuldung	70
3.02 Die unterschiedliche Auffassung über die Verschieb- barkeit der Last einer Staatsverschuldung und ih- re Abhängigkeit vom jeweiligen Lastbegriff unter besonderer Berücksichtigung der These Buchanans und der der "New Orthodoxy"	72
3.020 Kritische Untersuchung der ersten These Buchanans im Hinblick auf ihren Aussagewert	72
3.021 Prüfung der ersten These der "New Orthodoxy" im Hin- blick auf einen möglichen Widerspruch zu Buchanans erster These	90
3.0210 Der Lastbegriff der "New Orthodoxy"	90
3.0211 Unterschiedliche Lastbegriffe bei Buchanan und der "New Orthodoxy"	96
3.0212 Unterschiedliche Begriffe "Generation" bei Buchanan und der "New Orthodoxy"	98
3.0213 Buchanans Versuch der Widerlegung des Lastbegriffes der "New Orthodoxy"	100
3.022 Sinkende private Investitionstätigkeit als last- verursachender Vorgang	103
3.023 Die durch die Anleihefinanzierung von Staatsausga- ben induzierte Konsumreduzierung als lastverursa- chender Vorgang	110
3.024 Zusammenfassung der bisher erzielten Ergebnisse	117

	<u>Seite</u>
3.03 Die Diskussion über die Verzinsung und Tilgung einer Staatsanleihe und ihre lastverursachenden Effekte	117
3.030 Prüfung der Frage, ob bezüglich der Beurteilung von Verzinsung und Tilgung einer Anleihe seitens Buchanan und seitens der "New Orthodoxy" ein echter Widerspruch vorliegt	118
3.031 Prüfung der Frage, ob zwischen der Meinung Buchanans und den nach Veröffentlichung seiner Thesen von anderen Ökonomen vertretenen Ansichten ein Widerspruch möglich ist	131
3.04 Zusammenfassende Schlußfolgerungen aus der Diskussion über die Verschiebbarkeit einer Last durch die Staatsverschuldung	140
3.1 Kritische Würdigung der zweiten These Buchanans von der Analogie der privaten und öffentlichen Schuld	142
3.10 Prüfung der Widerspruchsmöglichkeit zwischen der zweiten These Buchanans und der zweiten These der "New Orthodoxy" unter besonderer Berücksichtigung der Verschiedenheit der Lastbegriffe	142
3.11 Die Frage nach der Analogie von privater und öffentlicher Schuld in den kritischen Literaturbeiträgen zu Buchanans Thesen	150
3.2 Kritische Würdigung der dritten These Buchanans von der Analogie der Inlands- und Auslandsverschuldung des Staates	153
3.20 Eine vergleichende Gegenüberstellung der dritten These Buchanans und der dritten These der "New Orthodoxy" unter besonderer Berücksichtigung der Verschiedenheit der Lastbegriffe	153
3.21 Die Frage nach der Analogie von interner und externer Staatsverschuldung in den kritischen Literaturbeiträgen zu Buchanans Thesen	159
4. Zusammenfassende Schlußbetrachtung	163

Literaturverzeichnis

Lebenslauf

1. Die von Buchanan vorgenommene Einordnung seiner Gedanken zur Last der Staatsverschuldung¹ in die allgemeine Diskussion um diesen Problemkreis und die sich daraus ergebende Zielsetzung dieser Arbeit

Die Frage nach der Last einer Staatsverschuldung ist nicht neu, ihre Beantwortung jedoch hat seit jeher viele Diskussionen ausgelöst. Im Jahre 1958 veröffentlichte James M. Buchanan seine Gedanken zu dem Thema in dem Buch "Public Principles of Public Debt. A Defense and Restatement".²

Aus dem Untertitel geht hervor, daß es sich um eine Verteidigung und Neuformulierung handelt. Folglich muß sich die Untersuchung hier zunächst darauf konzentrieren, w a s verteidigt und neu formuliert werden soll.

Buchanans Ziel ist, eine Antwort auf die sich seiner Ansicht nach im Zusammenhang mit der Behandlung des Problems der Last einer Staatsverschuldung ergebende fundamentale Frage zu finden: Wer zahlt wann für öffentliche Ausgaben, die durch eine Anleihebegebung statt mit Steuern oder durch Geldschöpfung finanziert werden?³

Aufgrund des Untertitels des Buches von Buchanan muß es auf diese Frage bereits eine Antwort gegeben haben, die er gegen andere Meinungen zu verteidigen gedenkt.

-
- 1 Wie in der folgenden Diskussion noch deutlich werden wird, hat Buchanan stets die Begebung einer Staatsanleihe und den Verkauf der Titel an Staatsbürger im Auge.
 - 2 James M. Buchanan, Public Principles of Public Debt. A Defense and Restatement. Homewood, Illinois 1958. Im folgenden zitiert als: Public Principles... .
 - 3 James M. Buchanan, The Icons of Public Debt. "The Journal of Finance", New York, Vol. XXI (1966), S. 544. Im folgenden zitiert als: The Icons... .

Die zu widerlegende Theorie ist, wie Buchanan sagt, die "currently dominant theory of public debt",¹ die er "New Orthodoxy" nennt.²

Gemäß Buchanan läßt sich in drei Thesen zusammenfassen, was die "New Orthodoxy" zur Last der Staatsverschuldung sagt:³

- a) Die Begebung einer öffentlichen Anleihe bedeutet keinen Transfer der primären Reallast auf zukünftige Generationen.
- b) Die Analogie von individueller oder privater Schuld und öffentlicher Schuld ist in allen wesentlichen Punkten falsch.
- c) Zwischen einer internen und einer externen öffentlichen Verschuldung besteht ein scharfer und wichtiger Unterschied.

Demgegenüber behauptet Buchanan⁴, daß grundsätzlich

- a) die primäre reale Last einer öffentlichen Verschuldung auf zukünftige Generationen verschoben wird,
- b) die Analogie von öffentlicher und privater Schuld richtig ist,
- c) zwischen interner und externer Schuld unter dem Gesichtspunkt der Last kein Unterschied besteht.

Allem Anschein nach handelt es sich hier um gegensätzliche Aussagen. Anhand eines historischen Rückblicks, der im folgenden kurz dargestellt wird, versucht Buchanan sodann zu

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 4.

2 Ebenda.

3 Ebenda.

Die Thesen wurden vom Verf. der Arbeit möglichst wortgetreu vom Englischen ins Deutsche übersetzt.

4 Ebenda.

Die Thesen wurden vom Verf. der Arbeit vom Englischen ins Deutsche übersetzt.

zeigen, daß dieser Gegensatz bereits in der Vergangenheit diskutiert wurde.

Buchanan belegt die herrschende Theorie der öffentlichen Schuld mit dem Begriff "New Orthodoxy", weil er mit dem Wort "Orthodoxy" die Einmütigkeit in der Annahme, die erwähnten drei Thesen seien richtig, am besten glaubt kennzeichnen zu können.¹ Der Zusatz "New" hingegen soll andeuten, daß es sich bei den von der "New Orthodoxy" vertretenen Ansichten um Gedanken handelt, die wieder belebt, erneut aufgegriffen wurden, nicht also, daß hier neue Ideen in die Diskussion um die Last einer Staatsverschuldung eingedrungen sind. Alte Vorstellungen werden gemäß Buchanan erneut vertreten.²

Demzufolge muß es auch eine "Old Orthodoxy" gegeben haben. Wenn Buchanan diesen Begriff auch nicht verwendet, so bestätigt er aber diese Vermutung in dem Kapitel "New Orthodoxy - Old Ideas" seines Buches "Public Principles of Public Debt".³

Bereits im 18. Jahrhundert wurden ähnliche oder gleiche Gedanken vertreten, wie sie sich in den erwähnten drei Thesen der "New Orthodoxy" niedergeschlagen haben, was exemplarisch an Äußerungen einiger bedeutsamer Denker dieser Zeit gezeigt werden soll.

J. F. Melon wies 1734 darauf hin, daß Staatsschulden Verpflichtungen der rechten Hand an die linke sind.⁴

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. viii f., I ff., 4.

2 Ebenda S. 4, 16.

3 Ebenda S. 16 ff.

4 Jean-François Melon, Essai Politique sur le Commerce, In: Economistes-Financieres du dix-huitième siècle, Paris 1843, S. 802.

Voltaire behauptete, daß die Regierung sich nicht durch (interne) Verschuldung arm machen kann.¹

In beiden Behauptungen klingt, wie später noch deutlich werden wird, die erste These der "New Orthodoxy" an.

Sir James Steuart bestritt die Analogie von privater und öffentlicher Schuld², was der zweiten These der "New Orthodoxy" entspricht.

Condorcet sah in einer öffentlichen Schuld nur dann eine Last, wenn die Zinsen an Ausländer gezahlt werden³, womit die dritte These der "New Orthodoxy" angesprochen wird.

Die Klassiker verwarfen diese Gedanken als merkantili-stische Doktrin.⁴ Hume, Smith und Ricardo z.B. lehnten eine Staatsverschuldung deswegen ab, weil sie der Ansicht waren, Staatsausgaben wären verschwenderisch und unproduktiv. Eine Staatsverschuldung hätte ihrer Ansicht nach zur Folge, daß sich das Wachstum des Kapitalstocks

1 Paul Leroy-Beaulieu, *Traité de la Science des Finances*, Huitième Édition, Tome Second, Paris 1912, S. 225.

C.F. Bastable, *Public Finance*, Second Edition, revised and enlarged, London, New York 1895, S. 612 ff.

Jean-François Melon, a.a.O., S. 802, Fußnote 1.

2 Sir James Steuart, *An Inquiry into the Principles of Political Oeconomy: being an Essay on the Science of Domestic Policy in Free Nations*, Vol. I, London 1767, S. 625.

3 Paul Leroy-Beaulieu, a.a.O., S. 225.

C.F. Bastable, a.a.O., S. 613.

4 James M. Buchanan, *Public Principles...*, a.a.O., S. 17, 102 ff.

reduziert.^{1,2,3}

Die im Sinne Buchanans "klassische" Formulierung der Theorie der öffentlichen Schuld erfolgte in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts⁴:

H. C. Adams sah in der Begebung der Anleihe des Staates keine gegenwärtige Last. Die Belastung wird seiner Ansicht nach vielmehr in die Zukunft verschoben.⁵ Diese Aussage entspricht der ersten These Buchanans.

C. F. Bastable betrachtete die Begebung einer Anleihe des Staates ebenfalls nicht als belastend, sondern die in der Zukunft zu erhebenden Steuern.⁶ Ferner betonte er die Analogie von privater und öffentlicher Schuld einerseits⁷ und die von interner und externer andererseits.⁸ Das sind im Prinzip die gleichen Behauptungen, die Buchanan in seinen drei Thesen aufstellt.

Paul Leroy-Beaulieu erblickt in der Begebung einer öffentlichen Anleihe ebenfalls keinen lastverursachenden Vorgang.⁹ Es ergibt sich also auch hier wieder eine Parallele zu Buchanans Gedanken.

1 David Hume, Essays Moral, Political and Literary, Vol. I, London 1903, S. 359 f.

2 Adam Smith, An Inquiry into the Nature and Causes of The Wealth of Nations, New York 1937, S. 878 ff.

3 David Ricardo, The Works and Correspondence, Vol. IV, ed. by Piero Sraffa, Cambridge 1951, S. 187.

4 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 105.

5 Henry C. Adams, Public Debts. An Essay in the Science of Finance, New York 1887, S. 24, 106 f.

6 C. F. Bastable, a.a.O., S. 624 f.

7 Ebenda S. 614.

8 Ebenda S. 629 f.

9 Paul Leroy-Beaulieu, a.a.O., S. 225 ff.

Wie bereits erwähnt, vertritt die "New Orthodoxy" Ansichten zur Last der Staatsverschuldung, die schon im 18. Jahrhundert diskutiert wurden. Da sich Buchanan ausdrücklich mit den Thesen der "New Orthodoxy" auseinandersetzen will, ist es sinnvoll, eine zeitliche Eingrenzung dieser Theorie vorzunehmen. Die Möglichkeit dazu ergibt sich einmal aus Buchanans Bemerkung, daß es sich bei der "New Orthodoxy" um die "currently dominant theory of public debt"¹ handelt, und zum anderen, daß Buchanan die Ökonomen der letzten 25 Jahre als diejenigen bezeichnet, welche die für die "New Orthodoxy" kennzeichnende Einmütigkeit der Gedanken zur Last der Staatsverschuldung erkennen lassen.²

Buchanans Buch "Public Principles of Public Debt" erschien 1958, so daß folglich die Ökonomen ab etwa 1930 von ihm als der "New Orthodoxy" zugehörig betrachtet werden, soweit sie die erwähnten Thesen vertreten. Für diese zeitliche Festlegung spricht auch, daß Buchanan Gedanken zur Last der Staatsverschuldung von Ökonomen dieses Zeitraumes anführt, um zu zeigen, daß die von ihm bestrittenen Thesen vertreten werden.³

Dieser kurze Überblick ermöglicht nunmehr die Unterscheidung in zwei Gruppen mit (gemäß Buchanan) gemeinsamem Gedankengut:

- a) Die Theoretiker des 18. Jahrhunderts
("Old Orthodoxy") und die Ökonomen
ab etwa 1930 ("New Orthodoxy")

1 James M. Buchanan, Public Principles ..., a.a.O., S. 4.

2 Ebenda S. 2.

3 Ebenda S. 11 ff.

- b) einige¹ Ökonomen der letzten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts (die im Sinne Buchanans "klassische" Theorie der öffentlichen Schuld) und Buchanan, der deren Gedanken beleben will und als die richtige, allgemeine Theorie der öffentlichen Schuld nahebringen möchte.²

Bezüglich der Ansichten der Theoretiker des 18. und des ausgehenden 19. Jahrhunderts soll es mit der kurzen Andeutung, die oben erfolgte, seine Bewandnis haben.

Aufgabe der vorliegenden Arbeit ist, die in den erwähnten Thesen der "New Orthodoxy" und Buchanans allem Anschein nach bestehenden Gegesätze zu prüfen, um herauszufinden, ob Buchanans Theorie der der "New Orthodoxy" tatsächlich überlegen ist, ob es Buchanan wirklich gelungen ist, die Gedanken der "New Orthodoxy" als nicht haltbar hinzustellen. Dabei wird sich gleichzeitig zeigen, und das ist die weitere Aufgabe dieser Untersuchung, welche Bedeutung den Überlegungen Buchanans letztlich beizumessen ist. Um diese Fragen beantworten zu können, ist vor allem der Begriff *Last* zu klären. Es muß herausgefunden werden, was Buchanan unter "Last" versteht und ob sein Lastbegriff mit dem der "New Orthodoxy" identisch ist. Erst dann kann ein Thesenvergleich stattfinden und eine angemessene Würdigung der Thesen Buchanans erfolgen. Selbstverständlich werden Buchanans Gedanken nicht nur mit denen der "New Orthodoxy" konfrontiert, son-

1 Buchanan weist darauf hin, daß die von den erwähnten Theoretikern vertretenen Gedanken nicht dazu führten, daß die alten Gedanken aufgegeben wurden. Es ergab sich vielmehr ein Nebeneinander der verschiedenen Ansichten:

James M. Buchanan, *Public Principles...*, a. a. O., S. 105 f.

2 Ebenda S. ix.

dern auch mit Kritiken, die im Anschluß an die Veröffentlichung der Thesen Buchanans in der relevanten Literatur erschienen, um so zu einem möglichst abgerundeten Bild über die Bedeutung der Theorie Buchanans zu gelangen.

2. Der Lastbegriff in der Theorie Buchanans

2.0 Einführende Bemerkungen

Wer Buchanans Ausführungen zur Last der Staatsverschuldung studiert, muß Musgrave zustimmen, der sagt, daß es nicht immer einfach sei, Buchanans Gedanken klar zu erkennen.¹ Diese Schwierigkeit resultiert vor allem auch daraus, daß Buchanan sich bezüglich der Definition seines Lastbegriffes häufig sehr mißverständlich äußert. Gerade das ist wohl auch Ursache der verschiedenen Interpretationen und Kritiken seiner Theorie.² Erschwerend für das Verständnis seiner Ausführungen ist zudem, daß Buchanan im Laufe der Zeit verschiedene Lastbegriffe verwendete, d. h. in später erschienenen Beiträgen zur Frage der Last der Staatsverschuldung seinen ursprünglichen Lastbegriff revidierte, diese Änderung aber nur sehr undeutlich zu erkennen gab.

Folglich muß jede kritische Würdigung der Thesen Buchanans zunächst einmal den von ihm verwendeten Lastbegriff klären. Um diese Aufgabe lösen zu können, ist es andererseits aber wieder erforderlich, vorher das Betrachtungsfeld zu analysieren und abzustecken, auf das sich die Untersuchung Buchanans erstreckt.

1 R(ichard) A. Musgrave, Public Finance, Fiscal Policy. Review of Ferguson, Public Debt and Future Generations. "The American Economic Review", Stanford, Vol. LV (1965), S. 1227. Im folgenden zitiert als: Public Finance, Fiscal Policy.

2 Musgrave versucht ebenfalls, den Inhalt des Lastbegriffes von Buchanan zu klären. Er ist offensichtlich auch nicht sicher, daß seine Interpretation, die an dieser Stelle nicht diskutiert werden kann und soll, richtig ist, denn er sagt: "The essential point seems to be...": Ebenda. Sperrung vom Verf. der Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

Wie aus den späteren Ausführungen noch deutlich werden wird, kann das Problem der Last einer Staatsverschuldung aus verschiedenen Blickwinkeln heraus betrachtet und, von den unterschiedlichsten Ausgangspunkten kommend, untersucht werden. Um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, muß darum gleich zu Beginn dieser Arbeit geklärt werden, unter welchem Aspekt Buchanan das hier zur Diskussion stehende Problem zu erforschen gedenkt, denn aus seiner Fragestellung entwickelt sich, wie sehr bald zu erkennen sein wird, sein Lastbegriff.

2.1 Die Belastung des einzelnen Staatsbürgers durch die Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben

Nach Buchanans eigener Aussage ist die ihn bewegende, fundamentale Frage im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung, *w e r* zu welchem Zeitpunkt für anleihefinanzierte Staatsausgaben zu zahlen hat.¹ In dem Wort "*w e r*" steckt die Frage nach bestimmten Personen. Buchanan will demzufolge offensichtlich feststellen, welche Individuen die anleihefinanzierten öffentlichen Ausgaben des Staates zu bezahlen haben. Da der Staat, repräsentiert durch die Regierung, üblicherweise für die Bevölkerung gewisse Aufgaben zu erfüllen hat, drängt sich der Schluß auf, daß Buchanan auf die Frage nach der Belastung des einzelnen Staatsbürgers aufgrund einer Staatsverschuldung zielt. Gegen eine derartige Fragestellung läßt sich wohl kaum ein Einwand erheben, sie erscheint durchaus sinnvoll.² Wie sofort deutlich werden wird, fragt Buchanan tatsächlich nach der Belastung des einzelnen Staatsbürgers durch eine Staatsverschuldung.

1 James M. Buchanan, The Icons..., a.a.O., S. 544.

2 Damit ist keine Aussage darüber gemacht, ob es auf diese Frage eine zufriedenstellende Antwort gibt.

Gezeigt werden soll nun, welche Gründe Buchanan veranlassen, sich diese Frage zu stellen. Um sein Anliegen zu verstehen, reicht es aus, die wesentlichen Punkte seiner Argumentation kurz darzustellen.

Die Frage nach der Belastung von Individuen, von Staatsbürgern, durch eine öffentliche Verschuldung resultiert gemäß Buchanan aus der den demokratischen Staaten zugrundeliegenden individualistischen Sozialphilosophie¹:

"The individual or the family is, and must be, the basic philosophical entity in this society."²

Da Buchanan nun aus einem demokratischen Lande, den Vereinigten Staaten von Amerika, stammt und seine Untersuchung vor allem auch für Demokratien von Relevanz sein soll, ist diese politische Staatsform für ihn selbstverständliche Voraussetzung:

"... the nation or community is not a sentient being, and decisions are not made in any superindividual or organic way. Individuals and families are the entities whose balance sheets must be examined if the effects on social decisions are to be determined."³

Wenn diese Zusammenhänge in zentral verwalteten Staaten nicht beachtet werden, so ist das für Buchanan nicht verwunderlich, seltsam findet er es jedoch, daß in demokratischen Ländern diese Dinge häufig nicht gesehen werden.⁴ Buchanan glaubt,

1 James M. Buchanan, Public Principles ..., a.a.O., S. 35 f, 153 f.

2 Ebenda S. 36.

3 Ebenda S. 41.

4 Ebenda S. 35 f.

das wie folgt erklären zu können:

"... no attention at all has been given to the political structure and to the possibility of inconsistency between the political implications of fiscal analysis and the political forms existent."¹

Buchanan zufolge ergibt sich sogar möglicherweise folgender Widerspruch zwischen politischer Theorie und Finanztheorie:

"Thus we find that, in explicit works of political theory, English-language scholars have consistently eschewed the image of the monolithic and organic state. At the same time, however, scholars working in fiscal analysis have developed constructions which become meaningful only upon some acceptance of an organic conception of the social group."²

Es würde weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen, wollte man die Berechtigung dieser Behauptung prüfen, da das u.a. eine ausführliche Auseinandersetzung mit Staatsphilosophien und zum Teil auch Ideologien bedingte. Eine derartige Untersuchung ist auch im Hinblick auf die Zielsetzung dieser Arbeit nicht notwendig.³ Gezeigt werden soll-

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 36.

2 Ebenda

3 Diese Fragen wurden von Buchanan ausführlich in seinem neuesten Werk behandelt:

James M. Buchanan, Public Finance in Democratic Process. Fiscal Institutions and Individual Choice. Chapel Hill 1967.

Siehe zu dem Problem auch:

Karl Meister, "Das Problem der Last in der Theorie der öffentlichen Schuld", Diss. Erlangen-Nürnberg 1967, S. 157 ff., insbes. Fußnote 6 auf S. 161 a.

Dem Verfasser dieser Arbeit kam die Dissertation von Meister im Juni 1967 zu Händen, nachdem die vorliegende Arbeit in ihren Grundzügen bereits konzipiert war. Die Zielsetzung der Arbeit von Karl Meister unterscheidet sich von der vorliegenden Dissertation u.a. dadurch, daß Karl Meister das Problem der Last einer öffentlichen Schuld allgemein behandelt, während diese Untersuchung speziell die Thesen von Buchanan kritisch zu würdigen versucht.

te lediglich, welche Gründe Buchanan veranlaßten, die (auch ohne diese Begründung sicherlich legitime) Frage nach den Folgen einer Staatsverschuldung für den einzelnen Staatsbürger zu stellen.

2.2 Schuldner und Gläubiger einer Staatsanleihe in der Theorie Buchanans

Bei einer Verschuldung von Privatpersonen ist die Frage, wer Schuldner und wer Gläubiger ist, relativ unproblematisch und einfach zu beantworten. Dasselbe möchte man auch bei einer Staatsanleihe behaupten, denn aus rechtlicher Sicht ist der Staat der Schuldner und sind die Anleihezeichner die Gläubiger.

Für Buchanan hingegen ist diese letzte Begründung nicht befriedigend. Der Begriff " S t a a t " ist für ihn offenbar zu global, um eine zufriedenstellende Antwort auf die Frage zu bieten, wer für anleihefinanzierte Staatsausgaben zahlen muß.¹ Er will demzufolge den globalen Begriff Staat aufgrund der seiner Theorie zugrundeliegenden demokratischen Staatsform auf die den Staat bildenden Individuen reduzieren:

"In an individualistic society which governs itself through the use of democraticpolitical forms, the idea of the the 'group' or the 'whole' as a sentient being is contrary to the fundamental principle of social organization. The individual or the family is, and must be, the basic philosophical entity in this society."²

Buchanan interessiert sich nun für die Frage, welche Rolle

1 James M. Buchanan, The Icons..., a.a.O., S. 544.

Dort bezeichnet Buchanan diese Frage als fundamental. Siehe auch S. 1 dieser Arbeit.

2 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S.36.

die Staatsbürger im Falle einer öffentlichen Verschuldung übernehmen. Dabei geht er von der Überlegung aus, daß in einem demokratischen Staat letztlich alle Entscheidungen, die für die Gesamtheit des Volkes relevant sind, von einzelnen Staatsbürgern getroffen werden, entweder direkt, oder indirekt durch (aufgrund politischer Wahlen) ernannte Repräsentanten.¹ Bei einem solchen Entscheidungsprozeß soll die Meinung der Mehrheit zum Ausdruck kommen, und zwar einmal unter der Bedingung, daß alle die Mehrheitswahl als das für Entscheidungen geeignete Mittel halten, und zum anderen, daß die Mehrheit auch die wirklichen Verhältnisse in der Gesellschaft widerspiegelt und nicht irgendeine oder irgendwelche Gruppen aufgrund vorübergehender Mehrheit einseitig zu ihrem Vorteil und zum Nachteil anderer entscheiden.² Unter diesen Voraussetzungen glaubt Buchanan annehmen zu können, daß

"Collective decisions are made through a complex and involved process of discussion, individual voting, representation in legislative assemblies, and, finally, some administrative discretion on the part of officials periodically elected or appointed."³

Wenn also eine Entscheidung über die Durchführung einer anleihefinanzierten Staatsausgabe getroffen werden muß, so nehmen nach Buchanan alle Staatsbürger in der geschilderten Weise daran teil.⁴

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, Public Debt in a Democratic Society. Published and distributed by the American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington 1967, S. 30.

2 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 155, 172 f.

3 Ebenda S. 153.

4 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 30 f.

An den Kosten der Staatsausgaben werden die Staatsbürger üblicherweise durch entsprechende Steuererhebungen beteiligt, so daß i. d. R. die Staatsbürger zugleich auch die Steuerzahler sind.¹ Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen wird es dann verständlich, wenn Buchanan von den Steuerzahlern als von den "voters-taxpayers"² spricht, die die Ausgaben des Staates letztlich beschließen und denen diese Aktivitäten auch zugute kommen. Für Buchanan ist daher der Steuerzahler der "final 'purchaser'"³ der öffentlichen Güter und Dienste und, falls die Versorgung mit diesen durch eine Staatsanleihe finanziert wird, der eigentliche "borrower"⁴.

Diese Gleichsetzung von Steuerzahler und Schuldner hat für die gesamte Theorie Buchanans fundamentale Bedeutung und entscheidende Konsequenzen.⁵

Es ist richtig, daß die Staatsbürger, die weitgehend mit den Steuerzahlern identisch sind, in einer Demokratie die relevanten Handlungsorgane (Legislative, Exekutive, also Parlament und Regierung) wählen. Es ist zweifellos auch richtig, daß die Steuerzahler für die meisten Staatsausgaben durch ihre Steuerabgaben aufzukommen haben. Dennoch ist es juristisch nicht haltbar, die Steuerzahler als die Schuldner einer Staatsanleihe zu bezeichnen. Vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet, ist und bleibt der Staat der Schuldner. Das Schuldverhältnis existiert zwischen Anleihe-

1 James M. Ferguson, Temporal Utility and Fiscal Burden. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 221. Im folgenden zitiert als: Temporal Utility... .

2 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 34.

3 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 42.

4 Ebenda S. 58.

5 Das wird sich insbesondere bei der kritischen Würdigung seiner Thesen zeigen.

zeichner und Staat.

Aber auch sonst sind gegen die Identifizierung der Steuerzahler als Schuldner einer Staatsanleihe erhebliche Einwände zu machen, selbst bei sehr weiter Auslegung der demokratischen Idee.

Zunächst einmal kann die von Buchanan unterstellte enge Beziehung zwischen Entscheidungen der Staatsorgane in fiskalischen Fragen und den Entscheidungen der Steuerzahler (Staatsbürger) in der Realität kaum festgestellt werden.

In demokratischen Staaten ist es allgemein üblich, daß Parlament und Regierung für einen bestimmten Zeitraum gewählt werden. Im Augenblick der Wahl kann der einzelne Staatsbürger seine politischen und ökonomischen Zielsetzungen durch Stimmabgabe für einen solchen Repräsentanten (falls es ihn gibt) zum Ausdruck bringen, der gleiche Ziele wie er anstrebt. Sind die betreffenden Organe des Staates aber erst einmal gewählt, so besitzen sie, und das muß man in der Realität zugestehen, weitgehende Handlungsautonomie. Die zur Wahl stehenden potentiellen Vertreter des Staatsbürgers (Steuerzahlers) können auch nicht auf Jahre im voraus alle ihre eventuellen Entscheidungen politischer und ökonomischer Art bereits vor ihrer Ernennung darlegen, da viele Probleme erst im Laufe der Zeit akut werden. Eine direkte Einflußnahme des Staatsbürgers (Steuerzahlers) auf den von ihm gewählten Repräsentanten ist nach der Wahl kaum noch möglich. Der Wille der Parlamentarier und Regierenden braucht dann aber durchaus nicht identisch zu sein mit dem Willen ihrer Wähler. Es ist unreal, diese Zusammenhänge nicht zu beachten.

Wird eine Staatsverschuldung von der Regierung für ökonomisch opportun erachtet und demzufolge beschlossen, so braucht das also nicht die Meinung der Steuerzahler zu sein, von de-

ren Mehrheit die Entscheidenden gewählt wurden. Die einzelnen Steuerzahler werden diese öffentliche Schuld wohl kaum als eine persönliche Verschuldung empfinden, selbst wenn sie im Rahmen Ihrer Steuerzahlungen Verzinsung und Tilgung tragen. Steuern werden nach bestimmten Richtlinien und aufgrund bestimmter Merkmale erhoben und abgeführt, ohne daß der einzelne Steuerzahler über die spezielle Verwendung seiner Abgaben etwas erfährt. Wollte man ihm das Gefühl der persönlichen Verschuldung oder Belastung geben, so müßte er zumindest darüber informiert werden, welchen Anteil an der Verzinsung und Tilgung der Anleihe er zu tragen hat. Diese Information aber bedingt, daß die Lebensdauer des Steuerzahlers bekannt ist, daß im voraus Klarheit darüber besteht, ob und wie rentabel das anleihefinanzierte Projekt ist, und daß die Möglichkeit existiert, die Verzinsung und Amortisation der öffentlichen Schuld auf die einzelnen Steuerzahler unter Berücksichtigung aller etwaigen, individuell bedingten Steuervergünstigungen aufzuteilen. Solange diese Transparenz nicht gegeben ist und somit quantitative Angaben nicht gemacht werden können, muß man, will man realistisch bleiben, annehmen, daß sich der einzelne Steuerzahler weder de jure noch de facto als Schuldner der Staatsanleihe betrachtet. Betrachtet werden müßte andernfalls auch die Situation der Anleihezeichner, die i.d.R. auch zugleich Steuerzahler sind. Sie wären dann ihre eigenen Schuldner, wenn man Buchanan folgte. Das müßte zumindest als ungewöhnlich angesehen werden.¹

Bei den voraufgehenden Einwänden gegen Buchanans Gedanken wurde stillschweigend unterstellt, daß quantitative Aussagen über die Belastung der einzelnen Steuerzahler gemacht werden sollen. Wird diese Zielsetzung jedoch fallengelassen,

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 72.

Buchanan weist dort selbst auf die Schwierigkeit bezüglich der Anleihezeichner hin, glaubt aber, dieses Problem als zweitrangig betrachten zu können.

so ist es fraglich, ob (von Nutzenüberlegungen einmal abgesehen) dann mehr gesagt werden kann, als daß für Staatsanleihen irgendwelche Steuerzahler irgendwann einmal im Rahmen ihrer allgemeinen Steuerabgaben irgendwelche Beträge für die Verzinsung und Tilgung abführen, sofern das anleihefinanzierte Projekt aufgrund seiner Erträge die notwendigen Geldmittel für diesen Zweck nicht selbst ganz oder teilweise abwirft. Eine solche Feststellung aber wäre trivial.

Es wird sich herausstellen müssen, ob Buchanan, wenn er nach der Belastung des einzelnen Steuerzahlers fragt, eine Antwort zu geben vermag, die nicht auf diese Trivialität hinausläuft.

2.3 Die von Buchanan vorgenommene Verteilung der Aufwendungen für Bedienung und Tilgung einer Staatsschuld, der eventuellen Erträge der anleihefinanzierten öffentlichen Ausgabe und der Zinserträge aus der Anleihe auf bestimmte Individuen

Will ein Unternehmer investieren, ohne über entsprechende eigene finanzielle Mittel zu verfügen, so kann er sich verschulden, indem er einen Kredit aufnimmt. Für diese Verschuldung hat er seinem Gläubiger vereinbarungsgemäß Zinsen zu zahlen und den geliehenen Betrag zurückzuzahlen. Für den investierenden Unternehmen ist es nun wichtig, daß die mit dem Kredit finanzierte Investition so rentabel ist, daß zumindest aus den Erträgen Verzinsung und Tilgung des Kredits getragen werden kann. Je rentabler die Investition ist, desto weniger belastend ist der Schuldendienst.¹

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 59.

Für den privaten G l ä u b i g e r ist die Art und die Rentabilität der mit Hilfe seines Kredites durchgeführten Investition des Schuldners eventuell aus Gründen der Sicherheit seiner Forderung bedeutsam. Dennoch ist in der Regel der G r u n d für seine Kreditgewährung sicher nicht, daß er dem Schuldner irgendeine Investition ermöglichen will, sondern daß er sich aus der Verleihung des Geldes eine Verdienstmöglichkeit (Zinsertrag) verspricht.

Es kann also festgestellt werden, daß der Schuldner aus anderen M o t i v e n handelt als der Gläubiger, sich die Handlungen der beiden aber insofern ergänzen, als der Schuldner vorübergehend das wünscht, was der Gläubiger vorübergehend aufzugeben bereit ist. Beide Parteien schließen einen Vertrag miteinander und übernehmen damit Rechte und Pflichten. Beide Parteien hoffen, Vorteile aus der Transaktion zu haben.¹

Diese an sich unproblematischen und allgemein bekannten Zusammenhänge wurden nur noch einmal dargestellt, weil sie für das Verständnis der Gedanken Buchanans zu den Fragen der Verzinsung und Tilgung der Staatsanleihen bzw. der Erträge der damit finanzierten Projekte aufschlußreich sind. Buchanan versucht nämlich letztlich zu zeigen, daß sich die Situation von Schuldner und Gläubiger bei einer Staatsanleihe nicht von der bei privater Verschuldung unterscheidet.² Entscheidend für die Begründung dieser Behauptung Buchanans ist seine Gleichsetzung von Steuerzahler und Schuldner einer Staatsanleihe. Dadurch nämlich gelingt es ihm, die für den Schuldner eines privaten Kreditgeschäftes zutreffenden Berechnungen und Über-

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 60.

2 Ebenda S. 58 f.

legungen bei einer Staatsverschuldung für bestimmte Individuen anzustellen und die Zusammenhänge scheinbar transparent zu machen. Obgleich dieser Versuch bereits aufgrund der im vorausgehenden Abschnitt geäußerten Bedenken zur Bestimmung der Steuerzahler als Schuldner der Staatsanleihe abgelehnt werden könnte, ist es dennoch mit Rücksicht auf die weittragenden Konsequenzen dieser Gedanken für die gesamte Theorie Buchanans sinnvoll, sie kurz darzustellen und in Einzelheiten zu kritisieren.

Nach Ansicht Buchanans beinhaltet eine öffentliche Schuld zwei voneinander zu trennende Tauschvorgänge (exchanges)¹ bzw. Markttransaktionen². Die Schuldner der öffentlichen Anleihe

"...secure the benefits of public spending in exchange for their own promises to pay interest and principal facilitating financial exchange, individuals, in their capacities as bond buyers, secure these promises of future income in exchange for their own sacrifice of purchasing power in the current period. The bond buyers give up current private goods in order to secure future income, not in order to secure public goods. The voters-taxpayers give up no current private goods; they secure the benefits of the public goods by promising to give up private goods in future periods."³

Aufgrund dieser Äußerung wird deutlich, daß Buchanan die Steuerzahler (Schuldner) als diejenigen ansieht, die den Anleihezeichnern Verzinsung und Rückzahlung der Anleihe

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 34.

2 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 60.
James M. Buchanan, The Icons..., a.a.O., S. 545.

3 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 34.

Siehe auch:

James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S.41 f., 60.

versprechen und die aufgrund dieser Zusage erhaltenen Mittel investieren, um dadurch entsprechende Erträge zu erzielen (erster Tauschvorgang). Je nach Produktivität der öffentlichen Investition wird das Einkommen der Schuldner (Steuerzahler) nach Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen der Bedienung und Amortisation der Schuld größer, kleiner oder gleich sein dem Einkommen, welches ohne anleihefinanzierte öffentliche Ausgabe verfügbar gewesen wäre:

"... if the public expenditure is 'productive' and is rationally made, the taxpayer may be better off with the debt than without it. His share of the differential real income generated by the public project may exceed his share of the tax."¹

Aufgrund dieser Überlegung spricht Buchanan dann von den "voters-taxpayers-beneficiaries"² oder auch von den "voters-taxpayers-borrowers-beneficiaries"³, wenn er die Schuldner der öffentlichen Anleihe meint.

Ein zweiter Tauschvorgang (eine zweite Markttransaktion) ist gemäß Buchanan bei den Anleihezeichnern zu beobachten

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 42.

Siehe dazu auch:

Ebenda S. 58, 60 und

James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S.34.

Nach Buchanan ist der Begriff "Produktivität" im Falle der öffentlichen Investition sehr weit zu fassen. So kann z.B. die Abwendung eines Krieges dazu gezählt werden:

James M. Buchanan, Public Principles ..., a.a.O., S. 58.

2 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 34.

3 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory, and the Fiscal Illusion. In: Public Debt and Future Generations.

Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 155.

Im folgenden zitiert als: Public Debt, Cost Theory ...

ten.¹ Das Motiv für die Handlung der Anleihezeichner ist, daß diese sich ein Zinseinkommen verschaffen wollen. D a - f ü r verzichten sie auf den augenblicklichen Ge- bzw. Verbrauch von Gütern und Diensten, n i c h t dafür, daß das öffentliche Projekt durchgeführt werden kann.² Die Käufer der Anleihepapiere erfahren im Augenblick der Anleihezeichnung keine Reduzierung ihres Nettovermögens.³ Ein Vermögensposten, z. B. der Kassenbestand, wird gegen einen anderen, Wertpapierbestand, getauscht.⁴ Aus buchhalterischer Sicht wird das als ein Aktivtausch bezeichnet, der bekanntlich ohne Wirkung auf das Nettovermögen (Eigenkapital, Reinvermögen) ist, d.h. dieses weder erhöht noch senkt.⁵

Zwischen den Partnern (im Sinne Buchanan's) der öffentlichen Verschuldung, den Steuerzahlern als Schuldner und den Anleihezeichnern als Gläubiger, besteht nach Abschluß des Vertrages insofern eine Verbindung, als die Schuldner durch ihre Zinszahlungen Einkommen an die Gläubiger transferieren.⁶ Die Rückzahlung der Anleihe ist für die Gläubiger wiederum nur ein Aktivtausch (Wertpapiere gegen Kasse), während die Steuerzahler eine Reduzierung ihres Vermögens oder Einkommens erfahren.⁷ Wenn man dieses Zusammenhänge für eine private Schuld in einer Übersicht darstellt, so ergibt sich folgendes Bild:

1 Siehe Zitat auf Seite 20 dieser Arbeit.

2 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 34.

3 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O. S. 57.

4 Ebenda S. 52.

5 Ebenda S. 52 ff.

6 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 52.

7 Dieser Schluß ergibt sich aus einer Fortführung der Überlegungen Buchanan's zur Begebung der Anleihe und der Situation der Anleihezeichner:

Ebenda S. 52.

PRIVATE SCHULD

GLÄUBIGER

Verleiht Geld, Forderung entsteht (Aktivtausch)	
Bilanz	
-Kasse +Wertpapier	Eigenkapital ± 0

Erhält Zinsen = Einkommen	
Bilanz	
+Kasse	+Eigenkapital

Erhält zusätzlich Geld, seine Forderung wird kleiner ohne Einfluß auf Eigenkapital. (a) (Aktivtausch) Dieses wuchs aufgrund des Zinseinkommens (b)

(a) Bilanz	
+Kasse -Forderung (Aktivtausch)	Eigenkapital ± 0
(b) Bilanz	
+Vermögen gegenüber Ausgangssituation wegen Zinsertrag	+Eigenkapital

SCHULDNER

Erhält Geld, Schuld entsteht (Aktiv-Passiv-Mehrung)	
Bilanz	
+Kasse	+Verbindlichkeit Eigenkapital ± 0

Investiert Geld z.B. in Maschinen (Aktivtausch)	
Bilanz	
-Kasse +Maschinen	unverändert

Zahlt Zinsen (i); Investitionsrentabilität: I_R a) $I_R > i$	
Bilanz	
+Vermögen um $I_R - i$	+Eigenkapital

b) $I_R = i$	
Bilanz	
Vermögen ± 0 $I_R - i = 0$	Eigenkapital ± 0

c) $I_R < i$	
Bilanz	
-Vermögen um $I_R - i$	-Eigenkapital

Rückzahlung der Schuld wird fällig
a) Investition war rentabel. Eigenkapitalzuwachs daraus größer als Verbindlichkeit + Zinszahlungen

Bilanz	
-Vermögen	-Verbindlichkeit +Eigenkapital gegenüber Ausgangssituation bei Kreditaufnahme

b) mit der Investition konnten nur die Schuldzinsen erwirtschaftet werden. Bei Verschuldung erhaltenes zusätzliches Vermögen fließt an Gläubiger zurück.

Bilanz	
-Vermögen	-Verbindlichkeit Eigenkapital ± 0 gegenüber Ausgangssituation bei Kreditaufnahme

c) Investition konnte nicht einmal die Schuldzinsen erwirtschaften. Ertrag also < 0 = Verlust

Bilanz	
-Vermögen	-Verbindlichkeit -Eigenkapital wegen Zinsen

Für Rückzahlung werden die bei der Verschuldung erhaltenen Vermögensteile wieder zurückgezahlt

Falls nicht mehr vorhanden, dann zusätzlich
-Eigenkapital

Aus der Darstellung der Gedanken Buchanans zur Begebung, Verzinsung und Tilgung einer **ö f f e n t l i c h e n** Schuld kann ohne weiteres ersehen werden, daß er dabei die gleichen Zusammenhänge nachzuweisen versucht, wie sie aus der für eine private Verschuldung erfolgten Übersicht hervorgehen. Es bedarf nur der Umbenennung der Begriffe "Gläubiger" in "Anleihezeichner" und "Schuldner" in "Steuerzahler", um das zu erkennen.

Gegen Buchanans Überlegungen bezüglich der Position der Gläubiger der öffentlichen Schuld (Anleihezeichner) kann grundsätzlich nichts gesagt werden. Ihre Situation läßt sich durchaus mit der von Gläubigern aus privaten Schuldverhältnissen vergleichen.

Doch bezüglich der Position der Schuldner einer öffentlichen Anleihe (gemäß Buchanan die Steuerzahler) müssen alle bereits gemachten Einwände an dieser Stelle erneut wiederholt werden.¹

Es ist einfach nicht richtig, die Steuerzahler als die Schuldner der Staatsanleihe zu bezeichnen. Der Vertragspartner der Anleihezeichner ist der Staat. Es ist daher ebenso wenig richtig zu behaupten, die Steuerzahler investierten die Mittel und versprächen Zahlung der Zinsen und Tilgung, selbst wenn diese Beträge u. U. vom Staat aus Steuermitteln aufgebracht werden. Die bei einem Schuldner aus einem privaten Schuldverhältnis in dessen Bilanz durch Produktivität des kreditfinanzierten Projektes und die Schuldzinsen hervorgerufenen Veränderungen mögen sich feststellen lassen, bei einer öffentlichen Schuld sind in der Bilanz der einzelnen Steuerzahler jedoch wohl kaum irgendwelche durch das anleihefinanzierte Projekt verursachten Effekte dieser Art quantifizierbar.

¹ Siehe dazu die Ausführungen auf Seite 15 ff. dieser Arbeit.

Es ist unrealistisch, eine solche Möglichkeit zu unterstellen. Ist es doch schon sehr schwierig, die Rentabilität einer privaten Investition exakt zu berechnen, bei einer öffentlichen Ausgabe, wobei der Begriff Rentabilität wesentlich weiter zu fassen ist als bei einer privaten Investition¹, will das noch schwieriger, wenn nicht gar unmöglich erscheinen, ganz abgesehen von der unlösbaren Aufgabe, die Erträge der öffentlichen Investition auch noch den einzelnen Steuerzahlern zuzuschreiben. Sicher kommt es der Gesamtheit der Steuerzahler irgendwie zugute, wenn die Investition des Staates rentabel ist, doch wird es wohl kaum dazu führen, daß die einzelnen Steuerzahler eine Erhöhung ihres Nettovermögens bilanzieren werden. Wenn zudem bedacht wird, daß zu den Steuerzahlern auch die Anleihezeichner zählen, wird die Untersuchung noch wirklichkeitsfremder, denn die Anleihezeichner müßten sich als Gläubiger und Schuldner derselben Verschuldung betrachten und ihre Bilanz entsprechend getrennt untersuchen.

Will man jedoch keine quantitative Veränderung feststellen und dennoch die Folgen einer anleihefinanzierten öffentlichen Investition für den einzelnen Staatsbürger im Sinne Buchanan feststellen, so ist es fraglich, ob, abgesehen von allgemeinen und unbedeutenden Aussagen, irgendeine Erkenntnis gewonnen werden kann.

Für den Staat als Schuldner der Anleihe läßt sich sicher feststellen, daß bestimmte Teile der dem Staat zur Verfügung stehenden Einnahmen für Verzinsung und Tilgung von Schulden aufgewendet werden müssen und andererseits, falls die Investition, welche mit der Anleihe finanziert wurde, derart rentabel ist, daß sie in Geld meßbare Erträge abwirft, zu Einnahmen

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 58.

Siehe auch Seite 21 dieser Arbeit.

führt, die für die Bedienung und Amortisation der Schuld zur Verfügung stehen. Bezogen auf den einzelnen Steuerzahler jedoch läßt sich wahrscheinlich nicht mehr sagen, als daß dieser für die Staatsschuld in irgendeinem Umfang irgendwann einmal im Rahmen seiner allgemeinen Steuerabgaben irgendwelche Steuern zahlt. Diese Belastungen können eventuell durch Erträge aller oder einiger Staatsbürger (je nach Art der öffentlichen Ausgabe) teilweise oder ganz, aber auch unter Umständen gar nicht (je nach Höhe der Erträge aus der Investition des Staates) kompensiert werden, indem eben nicht soviel oder gar keine Steuern für den Schuldendienst des Staates erhoben werden müssen. Sind die Erträge der anleihefinanzierten Staatsausgabe größer als die Zinsaufwendungen und Rückzahlungen, dann kann für die **G e s a m t h e i t** der Staatsbürger letztlich ein Nettoertrag verzeichnet werden, wobei aber eine Aufteilung auf bestimmte Individuen, wie gesagt, nicht möglich ist.

Beschränkt sich die Erkenntnis Buchanans auf **d i e s e** Feststellung, so muß sie als keinesfalls neu und bemerkenswert bezeichnet werden, da sie nicht bestritten werden wird. Das Ergebnis wäre trivial.

2.4 Die "objektiven Kosten" als endgültiges Lastkriterium in der Theorie Buchanans

Buchanan hat nach Erscheinen seines Buches "Public Principles of Public Debt", in dem er sich ausführlich über die mit der Anleihefinanzierung einer öffentlichen Ausgabe verbundenen Last äußert, in verschiedenen Beiträgen seinen Lastbegriff geändert. Diese Wandlung jedoch ist nur sehr schwierig zu erkennen, man muß sie aber offenlegen, wenn man seine Theorie beurteilen will. Nur so ist es möglich, seine Gedanken zu ver-

stehen oder sie nicht mißzuverstehen und sie gebührend zu würdigen. Seine fundamentale Frage, wer zu welchem Zeitpunkt eine öffentliche Schuld begleicht, bleibt bestehen. Aus seinen neueren Veröffentlichungen¹ aber geht hervor, daß er diese Frage auf die "objektiven Kosten" beziehen will. Soll nun der Begriff "objektive Kosten" geklärt werden, so ist es unerläßlich, seinen früheren Lastbegriff zunächst zu erläutern, um so die Besonderheiten der Begriffes "objektive Kosten" zu erkennen.

2.40 Die Trennung von Effekten der Anleihe und Effekten der Ausgabe in der Theorie Buchanans

Wenn eine öffentliche Ausgabe finanziert werden muß, so bieten sich gemäß Buchanan grundsätzlich drei Geldquellen: Steuererhebung, Kreditaufnahme bei der Notenbank und Verschuldung über eine Anleihebegebung.²

Buchanan vertritt nun die Ansicht, daß im Interesse der Klarheit der Untersuchungsergebnisse (Folgen einer Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben) sehr scharf zu trennen ist zwischen Effekten, die der Finanzierung *a r t* zuzuschreiben sind und denen, die auf die Staats *a u s g a b e* als solche zurückzuführen sind.³

Darum will es Buchanan als notwendig erscheinen, bevor die Entscheidung über die Finanzierung der Staatsausgabe zugunsten einer Anleihe getroffen wird, exakt zu prüfen, welche speziellen Effekte diese Finanzierungsform hat. Das kann s. E. dadurch geschehen, daß *a u c h* untersucht wird, welche Folgen die beiden anderen genannten Arten der Mittelbe-

1 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theorie..., a.a.O.
James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O.

2 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 26.
Daneben wären auch noch die Einnahmen des Staates aus Unternehmerstätigkeit zu erwähnen, was aber bei Buchanan nicht geschieht.

3 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 29 f.

beschaffung haben¹:

"If Debt issue is employed as a means of financing expenditure, fiscal analysis must attempt to isolate the effects of debt issue from those of the expenditure."²

Als Ergebnis dieser Fragestellung könnte sich ergeben, daß bestimmte Effekte bei allen drei Finanzierungsformen gleichermaßen zu beobachten sind. Ein solches Resultat läßt Buchanan zufolge darauf schließen, daß es sich hier um Wirkungen der Staatsausgabe handelt und nicht um solche der nun gerade gewählten Finanzierungsart.³ Sollen die Folgen einer Anleihefinanzierung herausgefunden werden, so muß vermieden werden, ihr Effekte zuzuordnen, die ursächlich auf die Staatsausgabe zurückzuführen sind.⁴

Buchanan glaubt, daß bei Beachtung dieser methodischen Prinzipien eine exakte Trennung zwischen Effekten der Anleihe und Effekten der Ausgabe möglich ist.⁵

Diese zunächst nur allgemein formulierten Prinzipien der Buchanan'schen Untersuchung werden weiter unten noch eingehend zu diskutieren sein. Hier ist zunächst nur zu bemerken, daß gegen diese Methode der Fragestellung grundsätzlich nichts einzuwenden ist, denn es ist sicher sinnvoll zu fragen, welche speziellen Effekte eine Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben hat. Es ist ebenso sinnvoll wie richtig, die Effekte der verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten einmal untereinander zu vergleichen und zum anderen gegen die speziellen Folgen der Staatsausgabe selbst abzugrenzen.

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 26

2 Ebenda S. 30.

3 Ebenda S. 28 f.

4 Ebenda S. 29 f.

5 Ebenda S. 30.

2.41 Die "primären Effekte" und die "sekundären Effekte" in der Theorie Buchanans

Buchanan spricht in seiner ersten These¹ davon, daß die primäre reale Last in die Zukunft verschoben wird.

Da dieser Begriff "primäre reale Last" von eminenter Relevanz ist, muß geklärt werden, was Buchanan darunter versteht und ob es auch eine "sekundäre Last" in seiner Theorie gibt.

Da der Lastbegriff Buchanans noch nicht geklärt wurde, für das Verständnis seines Lastbegriffes aber das Verständnis der Begriffe "primär" und "sekundär" im Hinblick auf seine Theorie notwendig ist, mag es erlaubt sein, das Wort "Last" zu n ä c h s t einmal durch den allgemeineren und neutralen Begriff "Effekt" zu ersetzen, so daß die Fragestellung sich auf die "primären" und "sekundären" Effekte konzentriert.

Buchanan scheint die "primären Effekte" auch "direkte Effekte" zu nennen, während die "sekundären Effekte" von ihm als "indirekte Effekte" bezeichnet werden.²

Die direkten oder primären Effekte sind solche, die als Folge der Anleihe des Staates die Steuerzahler unmittelbar, direkt treffen, z. B. die Steuern für die Zinszahlungen an die Anleihegläubiger.³

Die indirekten, sekundären Effekte sind die Folgewirkungen der primären, direkten Effekte. Wenn eine Steuererhebung zum Zwecke der Zinszahlungen als primären, direkten, Effekt eine Einkommensreduzierung bei den Zinsiten hat, so k a n n das

1 Siehe Seite 2 dieser Arbeit.

2 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 40 f.

Der Ausdruck "direkte Effekte" wird von Buchanan zwar nicht benutzt, aber er ist daraus leicht abzuleiten, daß er die Effekte, die er nicht behandelt, als "indirekte" bezeichnet: "Debt issue, quite apart from the primary effects...generates indirect burdens..." : Ebenda.

3 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S.40.

außerdem, wenn berücksichtigt wird, daß diese Mittel den Anleihehaltern in Form von Zinserträgen zufließen, z. B. zu einer unerwünschten Einkommensumverteilung führen. Buchanan spricht in dem Zusammenhang von "transfer burdens", also Lasten, die als Folge des Einkommenstransfers von den Steuerzahlern auf die Anleihehalter auftreten k ö n n e n¹ :

"This secondary transfer burden, as distinct from the primary real burden, depends on numerous variables."²

Als weitere sekundäre Effekte nennt Buchanan die aufgrund der Staatsanleihe möglicherweise erfolgende Steigerung der Zinssätze³. Dadurch erfahren s. E. alle Vermögensposten und Forderungen mit festem Zinseinkommen eine Entwertung.⁴ Ebenso kann durch die Anleihefinanzierung die Investitionsrate gesenkt werden, weil die vom Staate in Anspruch genommenen Mittel wahrscheinlich sonst für Investitionen im nichtstaatlichen Bereich zur Verfügung gestanden hätten.⁵ Das wäre ein weiterer sekundärer Effekt. Buchanan glaubt, daß es sich hier um eine Wirkung handelt, die bei einer Steuerfinanzierung öffentlicher Ausgaben nicht oder nicht in dem Maße aufgetreten wären.⁶

Nachdem nun gesagt wurde, was Buchanan unter "primären" oder "direkten" und "sekundären" oder "indirekten" Effekten verstanden wissen will, ist es wichtig zu erfahren, daß er sich zunächst auf die "primären Effekte" konzentrieren will:

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 7,15,43.

2 Ebenda S. 7.

3 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 40.
James M. Buchanan, The Icons..., a.a.O., S. 545.

4 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 40.

5 Ebenda S. 40 f.

Das setzt, was auch Buchanan unterstellt, Vollbeschäftigung voraus.

James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 31.

6 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 40.

"My objection has been, and is, to clarify the primary effects before complicating the analysis with these secondary ones."¹

Es ist an dieser Stelle zu fragen, ob abgesehen von den wiederholt geäußerten Bedenken gegen seine Bestimmung der Steuerzahler als Schuldner nun nicht durch diese Einschränkung eine entscheidende "Entproblematisierung" der Untersuchung Buchanans bewirkt wird und mit Tobin gefragt werden muß, ob nicht gerade die Analyse dieser sekundären Effekte wichtig ist und demzufolge zu bemerken ist, daß "... the direct incidence of the taxes on the taxpaying generation is only the beginning of the story."² Gerade die Untersuchung der sekundären Effekte unterscheidet gemäß Tobin den Ökonomen vom Buchhalter.³

Sollte sich also herausstellen, daß durch die Beschränkung Buchanans auf die direkten Effekte seine Untersuchung in der Aussage unbedeutend werden muß, so ist der dann gerechtfertigte Vorwurf Tobins schwerwiegend und nicht von der Hand zu weisen. Ob Tobin im Recht ist, wird sich erweisen, wenn der Lastbegriff Buchanans, der nunmehr endgültig diskutiert werden kann und muß, klar herausgearbeitet ist.

2.42 Die für die Verzinsung der Staatsanleihe notwendigen Steuern und der von Buchanan daraus abgeleitete Nutzenverlust der Steuerzahler als ursprüngliches Lastkriterium

Bei der im Sinne Buchanans zu ermittelnden Last in Zusammen-

1 James M. Buchanan, *The Icons ...*, a.a.O., S. 545.

2 James Tobin, Reply. "The Journal of Finance", New York, Vol. XX (1965), S. 547. Im folgenden zitiert als: Reply.

3 Ebenda.

hang mit einer anleihefinanzierten öffentlichen Ausgabe muß es sich einmal um einen ursächlich auf die Anleihe zurückzuführenden Effekt handeln (Last der Anleihe), und zudem muß dieser Effekt die relevanten Individuen (Steuerzahler) direkt (primär) treffen. Diese Anforderungen an den Lastbegriff Buchanans lassen sich aus seinen bisher dargestellten Überlegungen unmittelbar ableiten.

Buchanan glaubt, diese Kriterien bei den für die Verzinsung der Anleihe notwendigen Steuern feststellen zu können. Er bezeichnet die Zinszahlungen wegen der dafür notwendigen Steuern als die "primäre reale Last der Anleihe" bzw. einfach als Last.¹

Buchanans Begründung hierfür lautet:

"When interest is paid in subsequent periods, the net worth of the taxpayer is reduced by the amount of the service charge on the debt."²

Daß er die Zinszahlungen als die besondere Last der Anleihe, d. h. als deren besondere Effekt ansieht, geht aus der folgenden Äußerung Buchanans hervor:

"Thus, we conclude that if the analysis is properly carried out, the public debt does reduce the net worth of the borrower (the taxpayer) during the periods in which interest must be paid, and this reduction is differential in that it takes place only if the debt alternative is followed."³

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 45, 57, 58, 61, insbes. S. 116, 117, 127, 179, 192.

2 Ebenda S. 57.

3 Ebenda S. 57 f. Sperrung vom Verf. der Arbeit, im Original kursiv gedruckt.

An anderer Stelle sagt Buchanan

"The fact that interest payments on public debt represent transfers of purchasing power from taxpayer to bondholders becomes more important. The sacrifice imposed on the taxpayer is a very real cost which is measured in terms of the alternative goods and services, which he could otherwise enjoy were the debt service eliminated."¹

Diese drei Zitate zeigen deutlich, daß die Zinszahlungen bzw. die Steuern für diesen Zweck deswegen von Buchanan als Last gesehen werden, weil sie, verursacht durch die Anleihe, das Nettovermögen bzw. den Verbrauch der Steuerzahler reduzieren.

Wenn nun die verschiedenen Äußerungen Buchanans zusammengetragen und einander gegenübergestellt werden, so läßt sich zeigen, daß er die aufgrund der Steuererhebung für die Zinszahlungen sich ergebende Nettovermögens- bzw. Verbrauchsreduzierung deswegen als Belastung ansieht, weil sie bei den Zinsiten zu Nutzeneinbußen führen. Buchanans Überlegungen sind nämlich letztlich nutzentheoretisch begründet: Im Zusammenhang mit den für die Verzinsung der Anleihe notwendigen Steuererhebungen spricht Buchanan von zwangsweisen Zahlungen.² An anderer Stelle sagt er:

"... and the taxpayer give up command over the use of resources. This sacrifice of income ... is a sacrifice imposed compulsorily on the taxpayer..."³

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 179.

2 Ebenda S. 61

Buchanan verwendet dort im Zusammenhang mit den Zahlungen als Folge einer Schuld die Begriffe "oppressed" und "burdend".

Ebenda S. 192 f.

Von den Zinszahlungen sagt Buchanan dort, daß die Steuerzahler zu ihren Zahlungen gezwungen werden und benutzt dabei den Ausdruck "forced".

3 Ebenda S. 42.

Sperrung vom Verfasser der Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

Den beiden Begriffen "sacrifice" und "compulsorily" ist hier ganz besondere Bedeutung beizumessen. Bemerkenswert ist zudem, daß Buchanan die Begriffe "sacrifice" und "burden" gleichsetzt.¹

Buchanan sagt zwar nirgendwo, daß ein zwangsweise auferlegtes Opfer zu Nutzeneinbußen führt, erwähnt aber in anderem Zusammenhang ausdrücklich, daß ein Individuum, welches *f r e i w i l l i g* auf den Verbrauch von Gütern und Diensten verzichtet, einmal kein Opfer (sacrifice) bringt² und zum anderen keinen Nutzenverlust erleidet.³

Daraus kann wohl mit einiger Berechtigung abgeleitet werden, daß er in einem zwangsweisen Verzicht auf den Verbrauch von Gütern und Diensten, was seiner Ansicht nach die Steuern für die Anleihezinsen bewirken, ein Opfer und damit einen Nutzenverlust erblickt. Weiter darf aus Buchanans Äußerungen geschlossen werden, daß s. E. der individuelle Nutzen in einem bestimmten Zeitraum eine Funktion des individuellen Verbrauchs von Gütern und Diensten in diesem Zeitraum ist.

2.420 Die Bedeutung einer Schuldenillusion für die Theorie Buchanans

Die logische Konsequenz aus dieser Ansicht Buchanans wäre, daß die Steuerzahler den beschriebenen Nutzenverlust immer erst dann erleiden, wenn die Steuern für die Zinszahlungen

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 35.

2 Ebenda S. 39.

Ebenda S. 34:

Dort sagt Buchanan im Hinblick auf die Anleihezeichner:
 "If the shift takes place through the voluntary actions of private people, it is meaningless to speak of any *s a c r i f i c e* having taken place."

Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

3 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 34 f.

erhoben werden.¹ Eine solche Schlußfolgerung unterstellte jedoch zugleich, daß die Steuerzahler einer Schuldenillusion (public debt illusion) unterliegen, d. h. ihre zukünftigen Verpflichtungen (hier: die Steuern für die Bedienung der Anleihe) bei der Anleihebegebung (in t_0) nicht erkennen und diese nicht in die Nutzenüberlegungen im Zeitpunkt t_0 einbeziehen. Buchanan unterstellt diese Illusion als Normalfall.² Doch er untersucht auch die Frage, welche Folgen die Freiheit von einer derartigen Schuldenillusion hat, was also geschieht, wenn die Steuerzahler ihre zukünftigen Verpflichtungen erkennen und antizipieren, d. h. sie in ihre Nutzenüberlegungen im Zeitpunkt t_0 einfließen lassen.

Bereits Ricardo beschäftigte sich mit diesem Problem.³ Er gelangte zu dem Ergebnis, daß korrekt antizipierte zukünftige Steuern für die Verzinsung einer Anleihe dazu führen, daß die bei der Anleihebegebung Lebenden (in t_0) die Last voll tragen, weil diese "... causes individuals to write down the present values of their future income streams."⁴ Buchanan ist bereit, diesem Ergebnis zuzustimmen, erhebt allerdings einige Einwände bezüglich der Schwierigkeiten der Diskontierungsmöglichkeiten. Ein Problem erblickt er darin, daß nicht alle Individuen ein entsprechendes Vermögen haben:

"For the individual owning capital it is possible that he will write down the value of his assets and transmit them to his heirs at the reduced value."⁵

Doch gibt es auch Individuen mit wenig oder keinem Vermögen. Aufgrund dieser Tatsache ist Buchanan zufolge die volle Antizipierung aller Zinszahlungen beschränkt:

1 Auf die Fragwürdigkeit der Feststellbarkeit des auf den einzelnen Zensiten entfallenden Anteils wurde bereits verwiesen. Dieses Problem wird auch im Zusammenhang mit der Schuldenillusion wieder akut.

2 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 52,57,157.

3 David Ricardo, The Works and Correspondence, Vol. I., ed. by Piero Sraffa, Cambridge 1951, S. 244 f.

4 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 44.

5 Ebenda S. 45.

"... the individual who owns no capital assets will not fully capitalize the future tax burden involved in the interest charges. He capitalizes them, if at all, only within the limits imposed by his effective planning horizon, that is, only to the degree which he, individually, conceives that he will be a future taxpayer. And, since human life is short, much of the debt burden must remain uncanceled."¹

Ein weiteres Problem sieht Buchanan in der Tatsache, daß Individuen mit entsprechendem Vermögen und entsprechender Kapitalisierungsmöglichkeit der Steuern, doch nicht so handeln, als ob sie ewig leben werden und daher nicht voll antizipieren, sondern nur entsprechend ihren individuellen Lebenserwartungen bzw. ihrem Zeithorizont.²

Die dritte, wohl auch sehr bedeutsame Schwierigkeit liegt nach Buchanan in der Irrationalität der Individuen, aufgrund derer eine entsprechende Antizipation unterbleibt.³

Wenn aber all diese Einwände beiseite gelassen werden, ist Buchanan bereit zu sagen, daß die primäre reale Last einer öffentlichen Schuld im Zeitpunkt der Anleihebegebung (t_0) getragen wird. Voraussetzung ist also die korrekte Antizipierung ihrer und ihrer Erben Rolle als zukünftige Steuerzahler durch die Generation, welche die Anleihe zeichnet, also in t_0 lebt. Diese Antizipierung muß zu einer entsprechenden Diskontierung der zukünftigen Steuern für die Zinszahlungen und Reduzierung der "present capital values" führen.⁴

Der Diskontierungsprozeß eliminiert nach Buchanan die Last

1 James M. Buchanan, *Public Principles...*, a.a.O., S. 45 f.

2 Ebenda S. 46.

3 Ebenda.

4 Ebenda S. 46, 116.

der Anleihe *n i c h t*, sondern verlagert sie nur in die Gegenwart, selbst wenn in der Zukunft die Steuern gezahlt werden müssen.¹

Wenn diese Schlußfolgerung stimmen soll, kann der Nutzen, dessen Reduzierung nachweislich von Buchanan als eigentliche Last betrachtet wird, nicht nur vom augenblicklichen Konsum abhängig sein, denn eine Diskontierung zukünftiger Steuern auf einen Zeitpunkt t_0 und eine entsprechende Reduzierung der "present capital values" bedingt nicht zugleich eine sofortige Konsumreduzierung. Vielmehr handelt es sich hier um eine antizipierte Verringerung potentiellen (zukünftigen) Verbrauchs. Somit müßte nach Buchanan der Nutzen in t_0 nicht nur abhängig sein vom Verbrauch in t_0 , sondern auch vom potentiellen Verbrauch in $t_1, \dots, t_n$, wobei n durch die Lebenserwartungen begrenzt sein kann, aber nicht muß. Daß eine Antizipierung und damit verbundene Kapitalisierung zukünftiger Steuern nach Buchanans Vorstellung den Nutzen dann senkt, wenn die Diskontierung erfolgt, also bei der Anleihebegebung (in t_0), geht daraus hervor, daß Buchanan von den später zu zahlenden Steuern für die Verzinsung (dieser Effekt wird durch den oben erwähnten Prozeß ja nicht eliminiert) sagt, daß sie den Nutzen *n i c h t* mehr beeinflussen, weil das bereits in der Vergangenheit geschah (in t_0)²

Man kann also mit Ferguson³ sagen, daß Buchanan Last als Nutzeneinbuße der Individuen definiert, wobei der augenblick-

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 116.

2 Ebenda S. 45.

3 James M. Ferguson, Introduction. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 10. Im folgenden zitiert als: Introduction.

liche Nutzen eine Funktion des augenblicklichen Konsums und ¹ des Gegenwartswertes des Nettovermögens ist. Die Staatsanleihe hat als besonderen Effekt zur Folge, daß in der Zukunft Zinsen zu zahlen sind, die durch Steuererhebung finanziert werden. Diesen Steuern schreibt Buchanan, je nachdem, ob sie antizipiert und auch kapitalisiert werden oder nicht, den einen Effekt (Reduzierung des potentiellen Konsums und die sofortige Nutzeneinbuße bei der Anleihegebung als Ergebnis der Erkenntnis der späteren Verpflichtung) oder den anderen Effekt (Erkenntnis der Steuerpflicht erst bei ihrer Fälligkeit in der Zukunft, verbunden mit einem dann folgenden Verzicht auf Bedürfnisbefriedigung) zu.

2.421 Die Bedeutung des Zwangs-Kriteriums für den Lastbegriff Buchanans

Es wurde bereits gesagt, daß Buchanan im Zusammenhang mit den für die Verzinsung einer Anleihe notwendigen Steuern stets betont, daß diese Steuern zwangsweise erhoben werden ² und deswegen ein "sacrifice", eine Last darstellen. Die oben erwähnten Nutzeneinbußen scheinen überhaupt nur deswegen zustande zu kommen, weil die für die Bedienung der öffentlichen Verschuldung notwendigen Steuern den Zensiten z w i n g e n, auf Konsum zu verzichten. Eine in diese Richtung laufende Interpretation des ursprünglichen Lastbegriffes von Buchanan findet sich in den verschiedenen kritischen Beiträgen zu

1 Das Wort "und" will besagen, daß auch in der Zukunft liegende vermögensreduzierende Vorgänge antizipiert werden können und durch ihren Einfluß auf den Gegenwartswert des Nettovermögens in die Nutzenüberlegungen der Individuen einfließen. Eine in der Zukunft zu erwartende Steuer kann auf diese Weise bereits in der Gegenwart wirken.

2 Siehe Seite 34 dieser Arbeit.

seiner Theorie.¹

Diese Vermutung wird bestärkt, wenn man Buchanans, zwar in anderem Zusammenhang, aber im Hinblick auf die gestellte Frage immerhin aufschlußreichen, Äußerungen liest: "If an individual freely chooses to purchase a government bond, he is, presumably moving to a preferred position on his utility surface by so doing"² oder seine Bemerkung zur Kenntnis nimmt: "To be sure no single individual undergoes any sacrifice of utility in the public borrowing process because he subscribe to a voluntary loan"³.

Wenn aber das Zwangs-Kriterium für das Vorliegen einer Last tatsächlich entscheidend ist, dann müßte eine Aufhebung des Zwangs der Steuerzahlung, also eine freiwillige Zahlung seitens der Steuerzahler, auch die entsprechenden Nutzeneinbußen eliminieren. Carl S. Shoup z.B. stellt ähnliche Überlegungen

1 E. J. Mishan, How to Make a Burden of the Public Debt. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 189. Im folgenden zitiert als: How to Make a Burden... .

H. Laurence Miller, Jr., Anticipated and Unanticipated Consequences of Public Debt Creation. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 166.

R(ichard) A. Musgrave, Public Finance, Fiscal Policy., a.a.O., S. 1227.

James Tobin, The Burden of the Public Debt: A Review Article. "The Journal of Finance", New York, Vol. XX (1965), S. 680. Im folgenden zitiert als: The Burden... .

Karl Meister, a.a.O., S. 160 ff.

2 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 34 f.

3 Ebenda S. 35.
Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

an.¹ Er unterstellt, daß die Begebung einer Kommunalanleihe auf einer Bürgerversammlung beschlossen wird und alle über die zukünftige Steuer für die Zinszahlungen informiert sind (Freiheit von Schuldenillusion) und diese freiwillig akzeptieren. Dann dürften die Steuern für die Zinszahlungen gemäß Shoup keine Last im Sinne Buchanans bedeuten, weil sie das Ergebnis eines allgemeinen Beschlusses, der freiwillig erfolgte, sind.² Shoup, dem dieses Ergebnis eine konsequente Weiterführung der Gedanken Buchanans zu sein scheint, sagt sodann:

"But Buchanan's analysis, perhaps more realistically, does not carry the free-choice assumption back to those levels. Anyone who is required to pay taxes is moved thereby to a lower indifference surface. The Government is a force external to him, requiring him to surrender something."³

In einer Antwort Buchanans auf die Kritik von Tobin, der ebenfalls auf das Zwangs-Kriterium eingeht,⁴ findet sich u.a. die erstaunliche Bemerkung:

"There is nothing in my analysis that connects the elementary point with compulsion or coercion of tax payments. In its broadest sense, the underlying political model for my analysis is democratic, and, at some level, individuals can be said to agree to pay taxes in exchange for public goods. Whether the individual in the actual moment of payment, feels himself coerced or whether he feels that he is voluntary contributing to a worthwhile collective purpose is wholly irrelevant ..."⁵

1 Carl S. Shoup, Debt Financing and Future Generations. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 204-218.

2 Ebenda S. 217.

3 Ebenda.

4 James Tobin, The Burden ..., a.a.O., S. 680.

5 James M. Buchanan, The Icons..., a.a.O., S. 544 f.

Die in dem obigen Zitat von Buchanan im ersten Satz aufgestellte Behauptung ist deswegen unverständlich, weil eindeutig nachgewiesen werden konnte, daß Buchanan im Zusammenhang mit den für die Zinszahlungen notwendigen Steuern vom Wort " Z w a n g " oder ähnlichen Wendungen Gebrauch macht. Sollten diese Bemerkungen Buchanans ohne Bedeutung gewesen sein, dann muß mit Recht gefragt werden, weshalb er sie überhaupt verwendet hat, zumal sie nachweislich zu "Fehlinterpretationen" Anlaß gegeben haben. Andererseits kann, wie insbesondere die Überlegungen von Shoup zeigen, kaum angenommen werden, daß Buchanan ernsthaft das Zwangs- bzw. das Freiwilligkeits-Kriterium als entscheidend dafür ansieht, ob eine Last vorliegt oder nicht. Wenn man aber die an sich widersprüchlichen Äußerungen Buchanans zum Problem "Zwang" feststellt und unterstellt, daß seine in dem obigen Zitat dargelegte Ansicht maßgeblich ist, dann kann man wiederum mit Musgrave sagen, daß es nicht immer einfach ist, Buchanans Gedanken klar zu erkennen.¹ Man muß Buchanan den Vorwurf machen, sich bezüglich der Bedeutung des Zwangs-Kriteriums mißverständlich geäußert zu haben, was die verschiedenen Interpretationen anderer Ökonomen beweisen.

2.422 Die Produktivität anleihefinanzierter öffentlicher Ausgaben in der Theorie Buchanans

Bei all den bisherigen Ausführungen zum ursprünglichen Lastbegriff Buchanans war stillschweigend unterstellt worden, daß die Nutzeneinbußen der Steuerzahler aufgrund der Steuern für die Zinszahlungen keinerlei Kompensation erfahren, m. a. W.

¹ R(ichard) A. Musgrave, Public Finance, Fiscal Policy, a.a.O., S. 1227.

es waren entweder unproduktive öffentliche Ausgaben unterstellt worden, oder es handelte sich bisher ausschließlich um eine Bruttobetrachtung. Das letzte ist der Fall. Etwaige Erträge mit ihren nutzenerhöhenden Effekten sind (bisher noch) unberücksichtigt geblieben. Bekanntlich will Buchanan den Steuerabgaben für die Zinszahlungen die Erträge aus dem öffentlichen Projekt gegenüberstellen.¹ Eine Nettobetrachtung, d. h. eine dem individuellen Nutzenentgang aufgrund der für Zinszahlungen erhobenen Steuern entgegengehaltenen Nutzen-erhöhung aufgrund der Produktivität des öffentlichen Projektes, könnte ergeben, daß sich die Situation der Steuerzahler gegenüber der Situation ohne anleihefinanziertes öffentliches Projekt verbessert, verschlechtert oder unverändert bleibt.²

Wenn Buchanan im Hinblick auf die Produktivität, d. h. auf eventuelle Erträge³ einer anleihefinanzierten öffentlichen Ausgabe sagt, daß diese für seine Untersuchung der "Last der Anleihe" im Grunde irrelevant ist⁴, so muß man, will man diese Aussage nicht mißverstehen, beachten, daß die Erträge eine Folge der Staatsausgabe, nicht aber der Anleihe per se sind:

"The productivity or unproductivity of the public expenditure is irrelevant for determining the location of debt burdens; this is represented by the interest charges."⁵

1 siehe dazu Seite 20 ff. dieser Arbeit, wo die Zusammenhänge ausführlich dargestellt wurden.

2 James M. Buchanan, Public Principles ..., a.a.O., S. 40, 58.

3 Wie erwähnt, faßt Buchanan den Begriff "Produktivität" bei öffentlichen Ausgaben sehr weit:

James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 58.

4 Ebenda S. 40, 42, 116 f.

5 Ebenda S. 117.

Man darf aus diesen Äußerungen schließen, daß Buchanan sehr wohl beachtet, daß das öffentliche Projekt zu einem erhöhten realen Einkommen der Steuerzahler führen kann.¹ Es handelt sich aber bei Buchanans "Last der Anleihe" stets um eine *B r u t t o l a s t*, die kompensierende Effekte nicht einschließt.

2.423 Kritische Würdigung des nutzentheoretisch begründeten ursprünglichen Lastbegriffes Buchanans

Grundlage aller Überlegungen Buchanans zur Last der Staatsverschuldung ist die Gleichsetzung des Steuerzahlers mit dem Schuldner der Anleihe. Gegen diese Ansicht Buchanans wurden immer wieder Einwände gemacht.² Wie aus den vorausgehenden Ausführungen Buchanans zum Lastbegriff hervorging, stellt er den Steuerzahler in den Mittelpunkt der Untersuchung und will dessen individuelle Belastung feststellen. Dagegen ist zu sagen, daß zunächst einmal der Staat mit den Verpflichtungen zur Zinszahlung für die Anleihe konfrontiert wird und nicht der Steuerzahler. Die jeweilige Regierung in einem demokratischen Staat muß im Rahmen ihrer Finanzpolitik die sich aus den Zinszahlungsverpflichtungen eventuell ergebenden finanziellen Probleme lösen. Der Steuerzahler trägt dazu nur indirekt im Rahmen seiner allgemeinen Steuerabgaben bei. Da der Schuldendienst des Staates wohl selten der Anlaß zu Steuererhöhungen ist und, falls das der Fall sein sollte, es nicht sicher ist, daß der betroffene Steuerzahler darüber informiert ist oder wird, aufgrund welcher Tatsachen die Steuererhöhung erfolgt, ist also die Erkenntnis der Steuerzahler, für die Ver-

1 James M. Buchanan, *Public Principles ...*, a.a.O., S. 42.

2 Siehe Seite 16 ff. dieser Arbeit. Dort genannte Überlegungen sind grundsätzlich auch hier relevant. Eine Wiederholung erübrigt sich darum.

zinsung einer Staatsschuld Steuern zu zahlen, höchst unwahrscheinlich. Will man aber diese Erkenntnis herbeiführen, dann muß die Regierung den Zensiten exakte Angaben über die zusätzliche Steuer machen, was praktisch wohl kaum möglich ist.¹ Mit diesem Einwand werden auch alle Überlegungen bezüglich der Diskontierung zukünftiger Steuern für die Verzinsung der Staatsanleihe ("Last der Anleihe") hinfällig, denn dazu sind ebenfalls exakte Informationen über die individuelle Belastung des einzelnen Steuerzahlers Voraussetzung. Falls diese Informationen, was unrealistischerweise einmal unterstellt sein soll, möglich sind, ergibt sich für Buchanan zugleich das Problem des intertemporalen und interpersonalen² Nutzenvergleichs. Jede Antizipation in diesem Zusammenhang setzt einen Informationsgrad voraus, der selbst bei überschaubaren Zeiträumen kaum erreichbar sein dürfte.

Wenn Buchanan die Produktivität des anleihefinanzierten öffentlichen Projektes mit der Begründung ausklammert, eine Bruttobelastung feststellen zu wollen, so ist dagegen so lange nichts einzuwenden, wie er die aufgrund der Steuern für die Verzinsung der Schuld verursachten Einkommens- oder Konsumreduzierungen prüft. Problematisch wird eine solche Untersuchung aber, wie oben erwähnt, bereits dann, wenn die Veränderung dieser Größen bei e i n z e l n e n Steuerzahlern festgestellt werden soll. Wenn nun gar untersucht werden soll, welcher Nutzenentgang sich daraus für den einzelnen Steuerzahler ergibt, und das strebt Buchanan an,³ so scheint das Problem aus zweifachem Grunde unlösbar zu werden:

Einmal ergibt sich sofort die Notwendigkeit, auch über die Erträge des öffentlichen Projektes etwas aussagen zu müssen, denn auch diese sind dann in eine solche weitergehen-

1 Siehe Seite 16 f. dieser Arbeit. Dort wurde diese Frage bereits erörtert.

2 Sofern die diskontierenden Individuen in ihre Berechnungen auch die aufgrund der Steuer für die Verzinsung erfolgenden Nutzeneinbußen ihrer Nachkommen einbeziehen, werden diese Fragen akut.

3 James M. Ferguson, Introduction, a.a.O., S. 10.

de Betrachtung einzubeziehen, weil sie gegebenenfalls Nutzenschmälerungen aufgrund der für die Verzinsung der Anleihe notwendigen Steuern auszugleichen in der Lage sind. Das setzt aber voraus, daß eine Möglichkeit existiert, die Erträge des öffentlichen Projektes (im weitesten Sinne) zu erfassen und auf die einzelnen Steuerzahler umzulegen. Die Lösungsmöglichkeit dieser Aufgabe muß stark bezweifelt werden. Falls bei einer Nutzenuntersuchung die Erträge unberücksichtigt bleiben, ist das Ergebnis jedoch nur unvollständig. Unterstellt man unrealistischerweise einmal, daß dieses Problem zu lösen ist, so ergibt sich sofort eine weitere Schwierigkeit, die darin besteht, daß es nicht möglich ist, den Nutzen zu messen. Das ist der zweite Grund für die Unlösbarkeit der Frage Buchanans. Ein Vergleich des Nutzenentgangs durch die Steuer und des Nutzengewinns durch die Erträge des anleihefinanzierten Projektes kann von einem Außenstehenden nicht durchgeführt werden. Eine Bewertung dieses Vorganges ist rein subjektiven Maßstäben unterworfen. Diese sind von Person zu Person, selbst bei gleichen, objektiv feststellbaren Tatbeständen, verschieden. Es können also, selbst wenn die erste Schwierigkeit beseitigt würde, keine Angaben über eine Belastung im Sinne von Nutzeneinbußen gemacht werden, die über allgemeinste Aussagen hinausgehen.

Daher möchte man Tobin zustimmen, wenn er im Hinblick auf dieses Problem vorschlägt, die Untersuchung auf Veränderungen von Einkommen oder Konsum zu richten und hierüber etwas zu sagen.¹ So können zunächst einige Effekte einer zusätzlichen Steuer für die Verzinsung einer Anleihe sichtbar gemacht werden, ohne daß der Eindruck einer Unvollständigkeit entsteht.

Es ist möglich, daß auch letztlich diese Erkenntnisse Buchanan veranlaßten, seinen ursprünglichen Lastbegriff zu revidieren.

1 James Tobin, Reply,,a.a.O., S. 547.

2.43 Die Einführung des Begriffes "Kosten" in die Theorie Buchanan und die Unterscheidung von "subjektiven Kosten" und "objektiven Kosten"

Mit Hilfe seines nutzentheoretisch begründeten Lastbegriffes konnte Buchanan offensichtlich keine Ergebnisse erzielen, die über allgemein Bekanntes hinausgingen, was vor allem auf die mit einer Nutzenbetrachtung verbundenen, stark subjektiven Bewertung der Effekte und auf die dann sich ergebende Notwendigkeit, auch die Erträge des öffentlichen Projektes mit in die Untersuchung einbeziehen zu müssen, zurückzuführen ist.

Es lag daher nahe, einen Effekt der Staatsanleihe zu suchen, der o b j e k t i v feststellbar ist, also frei ist von irgendwelchen subjektiven Einschätzungen. So könnte einfach nach den K o s t e n der Anleihefinanzierung gefragt werden und die Effekte ihrer Aufbringung geprüft werden, was im Sinne Tobins letztlich darauf hinauslaufen könnte, daß die Veränderungen von Konsum oder Einkommen als Folge dieser Kostenaufbringung erforscht würden.¹ Dieser Weg jedenfalls liegt nahe, und er wurde von Buchanan dann auch später beschritten.²

Der Begriff "Kosten" wurde von Buchanan bereits in seinem Buch "Public Principles of Public Debt" erwähnt. So spricht er an einer Stelle des erwähnten Werkes davon, daß die Produktivität des öffentlichen Projektes mit den Kosten verglichen werden muß, die den zukünftigen Steuerzahlern aufgebürdet werden.³ An einer anderen Stelle desselben Buches sagt er im Hinblick auf die private Schuld⁴:

1 James Tobin, Reply., a.a.O., S. 547.

2 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory ..., a.a.O., S.150 ff.

3 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 53, 156.

4 Diese setzt Buchanan ja in den Effekten der öffentlichen Schuld gleich.

"Debt represents deferred payment, and any payment, considered apart from its return, entails a 'burden' on the debtor. Burden in this context can only mean the differential c o s t or sacrifice imposed by the necessity of making payment when compared with the hypothetical situation in which the same return is secured without obligation. In this way, any o u t p a y m e n t , current or deferred, involves a 'burden'..."¹

Im Zusammenhang mit dem Vergleich der internen und externen Staatsschuld findet sich im gleichen Werk Buchanans folgende Äußerung:

"The fact that interest payment on public debt represents transfers of purchasing power from taxpayers to bondholders becomes more important. The sacrifice imposed on the taxpayer is a very r e a l c o s t which is measured in terms of the alternative goods and services which he could otherwise enjoy were the debt services eliminated."²

Im folgenden soll nun kurz nachvollzogen werden, wie Buchanan zu seinen Begriffen "subjektive Kosten" und "objektive Kosten" gelangt. In einem hierfür entscheidenden Literaturbeitrag geht Buchanan noch einmal auf das Problem der Antizipierung zukünftiger Steuern für die Verzinsung einer Staatsschuld, d. h. auf deren Diskontierung durch den Steuerzahler und auf das Problem der Schuldenillusion ein. In dem Zusammenhang stellt er die Frage, ob die Existenz oder Nichtexistenz der Schuldenillusion mit nachfolgender Nicht-Diskontierung oder Diskontierung zukünftiger Verpflichtungen zur Steuer-

1 James M. Buchanan, Public Principles ..., a.a.O., S. 60.

Sperrungen vom Verfasser dieser Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

2 Ebenda S. 179.

Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

zahlung für die Verzinsung der Staatsanleihe darüber entscheiden kann, wann die Last getragen wird: in der Zukunft oder in der Gegenwart.¹ Gemäß den bereits dargestellten Überlegungen Buchanan zu dieser Frage müßte sie bejaht werden, denn Buchanan kam zu dem Ergebnis, daß die bei Nichtvorliegen einer Schuldenillusion erfolgende Antizipation zukünftiger Steuern für die Verzinsung der Staatsschuld durch die Steuerzahler die Last auf den Zeitpunkt der Begebung vorverlagern kann. Dabei stellte sich sodann heraus, daß gemäß Buchanan deswegen eine Last auftrat, weil durch diese Antizipation die Steuerzahler *s o f o r t* eine Nutzeneinbuße erleiden und nicht erst dann, wenn die Steuern tatsächlich zu zahlen sind. Es konnte gezeigt werden, daß nach Buchanan der individuelle Nutzen eines Individuums im Zeitpunkt t_0 vom Konsum in t_0 und vom Gegenwartswert des Nettovermögens in t_0 abhängig ist.²

Dieses Konzept wird nunmehr in dem neueren Beitrag, "Public Debt, Cost Theory, and the Fiscal Illusion", von Buchanan verworfen.³ Buchanan sagt in dem Artikel, daß es sich um einen weit verbreiteten Irrtum handelt zu glauben, daß

"the presence or absence of an illusion, defined in the sense of some failure to discount properly future tax liabilities, is irrelevant to the question of 'shifting' a burden of debt to the future periods. The illusion is important, and relevant, only in its effects on *d e c i s i o n s* made at the moment of the original debt issue or creation."⁴

1 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 151 ff.

2 Siehe Seite 35 ff. dieser Arbeit. Siehe auch:

James M. Ferguson, Introduction., a.a.O., S. 10.

3 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S.152 f.

James M. Ferguson, Introduction., a.a.O., S. 10.

4 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S.153.

Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original kursiv gedruckt.

Gleichzeitig bemerkt er, daß er diesem Irrtum in seinem Buch "Public Principles of Public Debt" ebenfalls erlegen ist:

"In my own earlier writings on public debt, I shared this confusion; hence, my failure to be more explicit concerning the meaning of 'burden' in my whole analysis."¹

Zieht man das Fazit aus diesen Äußerungen, so muß man feststellen, daß Buchanan nunmehr der Ansicht ist, daß trotz Freiheit von Schuldenillusion und trotz Diskontierung der zukünftigen Steuern für die Zinszahlungsverpflichtungen eine Last verschoben wird, daß aber andererseits die Schuldenillusion die Entscheidung für die Anleihebegebung beeinflusst, also dennoch Effekte zur Zeit der Schuldentstehung hat.

Von diesen, die Entscheidung beeinflussenden und als Folge der Diskontierung bzw. der Erkenntnis der zukünftigen Verpflichtungen auftretenden Effekten sagt Buchanan sodann, daß ihre Größe von Außenstehenden nicht gemessen werden kann, weil sie von sehr subjektiven Einschätzungen und Bewertungen der betroffenen Individuen abhängt. Buchanan nennt diese Effekte "s u b j e k t i v e K o s t e n".²

Die Belastungen, die nach Buchanan in jedem Falle verschoben werden, unabhängig von der Illusion, die Lasten also, die auch von Außenstehenden festgestellt und sogar gemessen werden können, nennt er "o b j e k t i v e K o s t e n".³

Hier liegt also eine völlige und endgültige Hinwendung Buchanans

1 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 153, Fußnote 4.

2 Ebenda S. 153.

3 Ebenda S. 153 f.

zum Begriff "K o s t e n" vor. Seit dem Erscheinen seines Aufsatzes "Public Debt, Cost Theory, and the Fiscal Illusion", in dem die Begriffe "subjektive Kosten" und "objektive Kosten" erstmals erwähnt und auch erläutert werden, sind diese Gegenstand der Theorie Buchanan's.

2.44 Die "subjektiven Kosten" und ihre Bedeutung

Das sich aus der Theorie Buchanan's bisher ergebende Problem war die Unmöglichkeit, genaue Angaben über die individuelle Nutzenveränderung der Steuerzahler zu machen, obgleich das seiner Zielsetzung entsprochen hätte.

Falls Buchanan diesem Dilemma entrinnen will, ist er gezwungen, diese Probleme entweder auszuschalten oder doch noch in den Griff zu bekommen. Er muß also eine Lösung finden, die es ihm ermöglicht, alle "subjektiven" Effekte im Zusammenhang mit der öffentlichen Schuld einzufangen, falls er, was im Rahmen seiner auf das Individuum ausgerichteten Untersuchung sehr zu kritisieren wäre, sie nicht eliminieren will. Letzteres scheint jedoch nicht der Fall zu sein, wie aus seinem Begriff "subjektive Kosten" hervorgeht, zu dessen Erklärung er folgende Überlegungen vorträgt:

Wenn eine Anleihe zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben begeben wird, entstehen Alternativkosten. Diese sind in dem Wert der privaten Güter zu erblicken, die für die anleihefinanzierte Ausgabe aufgegeben werden müssen.¹

Die entscheidende Schlußfolgerung Buchanan's aus dieser an sich nicht außergewöhnlichen Erkenntnis ist nun, daß diese Alter-

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

Wie weiter unten noch deutlich werden wird, soll es sich hier um Alternativkosten handeln, die den Steuerzahlern (Schuldnern) entstehen, nicht etwa die bei den Anleihezeichnern feststellbaren.

nativkosten auf den Augenblick der Entscheidung konzentriert sind: Wenn nämlich eine Entscheidung für ein bestimmtes Gut gefällt worden ist, dann sind im gleichen Augenblick endgültig und für immer die möglichen Alternativen aufgegeben worden, d.h. die Güter, die anstatt des gewählten Gutes hätten gekauft oder erstellt werden können.¹

In diesen aufgegebenen Alternativen sind für Buchanan die "subjektiven Kosten" enthalten:

"... the individual bears the subjective cost of the automobile² when he decides to make the purchase because he has decided at that time to give up the alternatives that he could purchase."³

In den so beschriebenen "subjektiven Kosten" erblickt Buchanan ein Hindernis (obstacle)⁴ bei einer Entscheidung für den Kauf eines bestimmten Gutes, weil die dann aufgegebenen Alternativen niemals wieder erlangt werden können, sie sind, wie gesagt, endgültig aufgegeben worden.⁵

Der hier verwendete Begriff **K o s t e n** ist verständlich, es handelt sich um Alternativkosten (opportunity cost)⁶, die bekanntlich bei jedem Kauf auftreten. Zu klären ist aber noch

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29:

"In one sense, all cost is concentrated in the moment of effective decision. Once we have decided to forego the alternatives which we could have purchased instead and decided to purchase a new automobile, we have, forever, given up these alternatives."

2 Das "automobile" bezieht sich auf das Beispiel in Fußnote 1.

3 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

4 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory ..., a.a.O., S. 153.

5 Ebenda.

6 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

der Zusatz "subjektiv". Auch dazu findet sich bei Buchanan eine entsprechende Erläuterung:

"This cost is wholly within the 'mind' of the individual chooser, and it can never be measured by an external observer. It exists temporally only in the moment preceding an act of choice, if it can be dated at all. It results from the sense of anticipating enjoyments that must be foregone."¹

Demzufolge soll das Wort "subjektiv" offensichtlich darauf verweisen, daß es sich hier um Alternativkosten handelt, die von Außenstehenden d e s w e g e n nicht gemessen werden können, weil sie subjektiven Bewertungen der Betroffenen unterliegen. Es kann sich darum also nicht um die in Geld meßbare Seite der aufgegebenen Alternativen handeln. Diese Vermutung wird insbesondere durch die Verwendung des Wortes "enjoyment" durch Buchanan bestärkt. Kauft sich beispielsweise jemand ein Auto und muß er aus dem Grunde auf eine Reise verzichten, so beschreibt Buchanan mit den "subjektiven Kosten" demzufolge nicht den in Geld ausdrückbaren Wert der nunmehr endgültig aufgegebenen Reise, sondern das " V e r g n ü g e n " der Reise, auf das das sich für das Auto entscheidende Individuum verzichten muß. Wie groß dieses entgangene "Vergnügen" ist, kann selbstverständlich kein Außenstehender messen, selbst wenn die Kosten der Reise bekannt sind. Jedes Individuum wird den "Wert", das "Vergnügen" einer Reise wohl anders einschätzen. Die "subjektiven Kosten" sind daher wohl von Individuum zu Individuum verschieden, wenn auf den gleichen Gegenstand verzichtet wird.

¹ James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory ..., a.a.O., S. 153.

Gemäß Buchanan verzichtet das sich entscheidende Individuum stets in dem Augenblick auf die Alternativen und auf die daraus sonst entstandenen "Vergnügen", wenn es die Entscheidung für ein bestimmtes Gut trifft, unabhängig davon, ob es diesen Verzicht bewußt erkennt oder nicht.¹ Es erhebt sich dann aber sofort die Frage, ob die Erkenntnis der "subjektiven Kosten" für das Individuum ohne Bedeutung ist. Diese Frage kann verneint werden, denn die Erkenntnis der "subjektiven Kosten" ist nach Buchanan deswegen bedeutsam, weil sie dazu beiträgt, auch die Folgen der Entscheidung zu überblicken und die Wahl für ein bestimmtes Gut rationaler zu gestalten.² Das Nichterkennen eventueller Folgen, beispielsweise bei einer Verschuldung, wurde als Schuldenillusion bezeichnet. Dieses Problem wird nun gemäß Buchanan gerade im Zusammenhang mit den "subjektiven Kosten" relevant:

"The debt illusion ... has to do with the individual's estimation of this subjective cost. If illusion exists, there may be some undervaluation of the alternative with which debt issue is compared, and, because of this, errors may be made which would, in the absence of illusion, be avoided."³

Daraus geht hervor, daß Buchanan die Illusion deswegen für bedeutsam hält, weil sie Fehlentscheidungen verursachen kann. Es wird aber nicht gesagt, daß diese Illusion zu einer Verschiebung der "subjektiven Kosten" führt. Diese entstehen, was Buchanan ausdrücklich hervorhebt, ausschließlich im Augenblick der Entscheidung.⁴

1 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory ..., a.a.O., S. 153.

2 Ebenda: "Subjective cost is the obstacle to decision;...".

3 Ebenda.

4 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory ..., a.a.O., S. 153, 154, 161.

James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

Auf dieses Problem wird im einzelnen eingegangen, wenn die "objektiven Kosten" behandelt werden.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die "subjektiven Kosten" im Sinne Buchanans als die negativen Folgen (entgangenes Vergnügen) der bei der Entscheidung für den Kauf eines bestimmten Gutes aufgegebenen Alternativen zu betrachten sind, wobei eine objektive Meßbarkeit dieser "Kosten" nicht möglich ist. Unterliegen die entscheidenden Individuen einer Illusion, d. h. übersehen sie die Alternativen und deren positive Seiten im Augenblick der Entscheidung, so kann es zu Fehlentscheidungen kommen, doch die möglichen "enjoyments"¹ dieser Alternativen sind damit dennoch endgültig aufgegeben, auch wenn sie nicht erkannt werden.

Diesen Gedanken Buchanans kann man u. U. soweit noch folgen, doch bereits bei der Frage nach der Sinnhaftigkeit der Überlegungen müssen die ersten Bedenken auftreten, und zwar im Hinblick auf die praktische Anwendbarkeit der so gewonnenen Erkenntnisse. Die Untersuchung von Alternativkosten eines Kaufes oder einer Investition ist zweifelsohne bedeutsam. Wenn aber die Frage gestellt wird, welche rein subjektiven Wirkungen (entgangene "enjoyments") dieses aufgegebenen Alternativen wiederum hervorrufen, so liegt in der Fragestellung bereits begründet, daß keine oder zumindest keine quantifizierbaren Ergebnisse erzielt werden können, da, wie Buchanan selbst sagt, kein Außenstehender darüber eine Aussage machen kann.² Eine weiterführende Untersuchung würde nämlich wieder auf die Frage nach Veränderungen des

1 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory ..., a.a.O., S. 153.

2 Ebenda.

individuellen Nutzens der Entscheidenden hinauslaufen.¹

Wenn Buchanan sodann auch noch die "subjektiven Kosten" in Verbindung mit einer Staatsverschuldung behandelt, muß man sich erst recht fragen, welchen Sinn eine solche Untersuchung hat. Die bei der Klärung des Begriffes "subjektive Kosten" gewonnenen Erkenntnisse will Buchanan nämlich auf die Beurteilung der Situation der Steuerzahler im Falle einer Staatsanleihe übertragen:

"... the subjective cost involved in debt issue, as conceived by the voter-taxpayer who is 'choosing', must be concentrated in the moment of decision, despite the fact that this cost arises wholly from some current expectation of future tax liabilities."²

Hinter dieser Überlegung steht wieder die Gleichsetzung von Steuerzahler und Schuldner einer öffentlichen Anleihe, eine Ansicht, die schon wiederholt kritisiert wurde. Sodann muß weiter die von Buchanan unterstellte Teilnahme des Steuerzahlers an der Entscheidung für eine bestimmte Finanzierungsform eines öffentlichen Projektes bzw. einer öffentlichen Ausgabe in diesem Zusammenhang erneut bestritten werden, selbst wenn man eine ausgeprägt demokratische Staatsform vorfände.³

Doch ergeben sich bezüglich der "subjektiven Kosten" noch weitere Probleme, die die Theorie Buchanans erheblich erschüttern.

Nimmt man einmal an, daß die Mittel für die Bedienung und Til-

1 Buchanan erwähnt das Wort "Nutzen" jedoch nicht. Auf Einzelheiten zu diesem Problem wird weiter unten noch eingegangen werden müssen.

2 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 153.

Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original kursiv gedruckt.

Siehe Seite 15 ff. dieser Arbeit.

gung der Anleihe tatsächlich in Form von Steuern erhoben werden müssen, was keinesfalls immer zuzutreffen braucht,¹ so resultiert daraus sofort die wohl unbeantwortbare Frage nach der Höhe des Anteils des einzelnen Steuerzahlers, weil dieses Information für die "Berechnung" der "subjektiven Kosten" durch den betroffenen Zensiten notwendige Voraussetzung wäre.² Wie aber soll der einzelne Steuerzahler die Alternativkosten und den daraus resultierenden "Vergnügentsentgang" bemessen, wenn er nicht einmal die ihn treffende Belastung kennt? Ein weiteres, hiermit unmittelbar verbundenes Problem, resultiert aus der Unkenntnis des Zensiten bezüglich seiner Lebensdauer. Selbst wenn man dem Steuerzahler den Betrag, den er j ä h r l i c h für die Verzinsung und eventuell auch Tilgung der Staatsschuld aufzubringen hat, nennen k ö n n t e , weiß dieser nicht, wie lange er diese Beträge aufzuwenden hat, da er nicht weiß, wie lange er lebt. Damit ist selbstverständlich zugleich die totale Summe, die auf den einzelnen Steuerzahler entfällt und die für die Ermittlung seiner "subjektiven Kosten" notwendig ist, in Frage gestellt. Man könnte nun argumentieren, daß der Steuerzahler selbst bei begrenztem Zeithorizont oder bei Ungewißheit über seine Lebensdauer berücksichtigen könnte, daß dann seine Erben (falls vorhanden) weiterzahlen müssen. Im Hinblick auf die "subjektiven Kosten" ist dieser Einwand aber bedeutungslos, da diese gemäß Buchanan kein Außenstehender messen kann.³ Der Erblasser ist aber in diesem Sinne ein solcher Außenstehender für seine Erben.

Ein weiterer Einwand ergibt sich aus der Ungewißheit der zukünftigen Einkommenssituation, denn von ihr ist die Größe der "subjektiven Kosten" wohl ebenfalls abhängig. Wenn die

1 Siehe Seite 44 f. dieser Arbeit.

2 Siehe Seite 16 ff. und Seite 43 ff. dieser Arbeit. Dort wurde diese Möglichkeit bereits diskutiert und bestritten.

3 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory ..., a.a.O., S. 153.

Steuern für die Bedienung und Tilgung der Staatsanleihe in der Zukunft fällig werden, so hängt es doch weitgehend von der Höhe des Einkommens ab, ob der "Vergnügensentgang" groß oder klein ist. Da die "subjektiven Kosten" nach Buchanan stets im Augenblick der Anleihebegebung entstehen, können diese dann auch deswegen von den Zensiten nicht gemessen werden, weil sie nicht oder doch häufig nicht wissen, welches Einkommen sie bei Fälligkeit der Steuer beziehen.

Diese unlösbar erscheinenden Probleme verhindern sicherlich, daß der Steuerzahler bereits bei der Begebung einer Staatsanleihe seine "subjektiven Kosten" "messen" kann, selbst wenn er frei von einer Schuldenillusion ist, d. h. darüber informiert ist, daß er (eventuell) einmal für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld Steuern zu zahlen hat. Die notwendige **P r ä z i s i e r u n g** dieser Information kann nicht erfolgen.

Unterliegt nun der Steuerzahler der Schuldenillusion, und ist er sich demzufolge nicht darüber im klaren, daß er vielleicht einmal Steuern für die Verzinsung und Amortisation der Schuld zu zahlen hat, dann ist die Situation im Hinblick auf die richtige Einschätzung der Höhe der "subjektiven Kosten" **'k a u m** verschieden von der bei Freiheit von Illusion. Im Falle der Schuldenillusion finden gar keine "Messungen" der "subjektiven Kosten" durch die Zensiten statt. Bei Freiheit von Schuldenillusion **k ö n n e n** die Steuerzahler diese "Messungen" aufgrund der genannten Schwierigkeiten nicht durchführen.

Ein geringer Unterschied der beiden Situationen mag daraus resultieren, daß die Zensiten sich bei Freiheit von Schuldenillusion, im Gegensatz zur Lage bei vorhandener Illusion, bereits bei der Anleihebegebung darüber im klaren sind, **d a ß** u. u. einmal Steuern für die öffentliche Schuld zu zahlen sind,

die einer andere alternative Verwendung eines ungewissen Einkommensteiles verhindern. Diese Erkenntnis könnte vielleicht dazu führen, daß die Anleihebegebung unterblieben, w e n n die Zensiten darauf Einfluß h ä t t e n .

Es ist ganz sicher nicht zu leugnen, daß man im privaten Bereich bei der Entscheidung für den Kauf eines bestimmten Gutes auf bestimmte Alternativen verzichtet und daß man überlegt, welchen Nutzen die aufgegebenen Alternativen gehabt hätten. Man wägt also vorher ab, wobei diese Abwägung tatsächlich subjektiv bestimmt ist, und entscheidet sich unter Berücksichtigung eben dieser Alternativen.

Wenn eine Regierung eine Anleihebegebung beschließt, so wird auch sie sich Gedanken über alternative Finanzierungsmöglichkeiten und über alternative Verwendung der Mittel machen. Aber dieser Entscheidungsprozeß ist für den e i n z e l n e n Steuerzahler völlig unzugänglich, d. h. er hat darauf keinen Einfluß. Darum ist es falsch so zu tun, als entscheide er unter Berücksichtigung der entstehenden "subjektiven Kosten", auch wenn er vielleicht aufgrund der Entscheidung der Regierung Steuern zahlen und darum auf gewisse Alternativen verzichten muß.

Die von Buchanan mit dem Begriff "subjektive Kosten" umschriebene Größe ist bei privaten Kaufentscheidungen bedeutsam, aus der Sicht des Steuerzahlers ist sie es im Falle einer öffentlichen Verschuldung nicht, denn ihr von Buchanan als wesentlich bezeichnetes Merkmal, nämlich Entscheidungs - k r i t e - r i u m zu sein¹, kann nicht zutreffen, weil die Zensiten nicht die Entscheidenden sind.

¹ James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 153: "Subjective cost is the obstacle to decision;...".

Sollte Buchanan jedoch nur beabsichtigt haben, darauf zu verweisen, daß Steuern Alternativkosten entstehen lassen, die wiederum von den Besteuernten völlig verschieden und nach subjektiven Maßstäben bewertet werden, so fragt man sich, was an dieser Erkenntnis neu ist. Interessant wäre es gewesen, wenn Buchanan versucht hätte, weitere Aussagen bezüglich der "subjektiven Kosten" zu machen, statt es dabei zu belassen, auf ihre Existenz hinzuweisen. Eine nähere Untersuchung in diesem Sinne findet sich nämlich in seiner Theorie nicht. Die "subjektiven Kosten" sind nicht eigentlich Gegenstand seiner Thesen. Das sind die "objektiven Kosten". Wenn man aber deren Inhalt und Aussage kennt, dann wird deutlich, daß Buchanan dadurch, daß er die "subjektiven Kosten" lediglich "erklärt", sodann aber aus der weiteren Untersuchung ausschaltet, indem er die "objektiven Kosten" in den Mittelpunkt rückt, die eigentlich interessierenden, bei einer auf das Problem der individuellen Belastung durch eine Staatsverschuldung ausgerichteten Analyse relevanten Fragen, umgeht.

2.45 Die "objektiven Kosten" - Bedeutung und Aussagewert dieses Begriffes

In diesem Abschnitt ist zu klären, was der Begriff "objektive Kosten" aussagt und worin der Unterschied zu den "subjektiven Kosten" besteht. Daß es sich hierbei um eine diffizile Aufgabe handelt, mag aus Buchanans Äußerung hervorgehen:

"A warning is in order. We should keep in mind, that, with every decision, there are two separate opportunity costs, one subjective, the other objective, and that we must always be clear as to which one of the two we refer."¹

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

Buchanans Bemerkung, daß mit jeder Entscheidung¹ z w e i "separate opportunity costs" verbunden sind, muß notwendigerweise zunächst einmal Unverständnis auslösen und bedarf daher einer Erläuterung, die, da bei Buchanan nirgendwo explizit auffindbar, durch Gegenüberstellung und Abwägung der an diversen Stellen seiner Aufsätze² gemachten Hinweise möglich ist.

Eine Erleichterung der Lösung dieser Aufgabe ergibt sich daraus, daß der Begriff "subjektive Kosten" inzwischen geklärt ist, so daß nur noch gezeigt zu werden braucht, was die "objektiven Kosten" sind.

Das soll zunächst anhand eines Beispiels aus dem privaten Bereich, welches bereits im vorausgehenden Abschnitt gewählt wurde, geschehen. So scheint es am ehesten möglich zu sein, den Begriff zu klären, ohne damit die sich im Zusammenhang mit einer öffentlichen Verschuldung ergebenden Probleme bereits behandeln zu müssen und damit die Untersuchung sofort zu komplizieren. Die Übertragung des Begriffes "objektive Kosten" auf die Analyse der Last einer öffentlichen Schuld, wie es Buchanan versucht, kann dann im Anschluß an die Begriffsklärung erfolgen.

Es sei angenommen, ein Individuum stehe vor der Entscheidung, ein Auto zu kaufen o d e r eine bestimmte Reise zu unternehmen. Der Preis des Autos entspreche dem Preis der Reise. Falls sich das Individuum nun für das Auto entscheidet und damit auf die Reise verzichtet, so wird die Entscheidung aufgrund von Überlegungen getroffen, die sich von Außenstehenden wohl kaum nachvollziehen lassen. Die Entscheidung für das Auto und der Verzicht auf die Reise als Alternative kann somit durchaus als

1 Gemeint sind selbstverständlich ökonomische Entscheidungen.

2 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S.150 ff.
James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 27 ff.

subjektiv bestimmt angesehen werden. Der mit der Wahl für das Auto verbundene Verzicht auf das V e r g n ü g e n der Reise wird von Buchanan als "subjektive Alternativkosten" (gleich "subjektive Kosten") bezeichnet.¹ Wohlgemerkt, diese "subjektiven Kosten" lassen sich nicht in Geldgrößen ausdrücken, also nicht etwa durch den Preis der aufgegebenen Alternative (der Reise) objektivieren, d. h. auch für Außenstehende sichtbar und bewertbar machen. Die o b j e k t i v feststellbare Folge der getroffenen Entscheidung, also die Zahlung des Kaufpreises des gewählten Gutes (des Autos), bezeichnet Buchanan als "objektive Kosten":

"Objective cost is defined as actual resource services that are 'given up' or 'paid out' to attain the alternative that is chosen. Conceptually, objective cost can be measured by some person external to the decision maker; a real flow of resource services can be observed."²

An anderer Stelle wird der Zusammenhang noch deutlicher:

"If he³ pays cash for the automobile he also bears the objective cost (the observed p a y o u t of funds) at the same time."⁴

"Objektive Kosten" sind demzufolge nichts weiter als die dem Preis des gewählten Gutes entsprechenden A u s z a h l u n g e n. Das läßt sich eindeutig aus den Zitaten herauslesen. Wenn Buchanan von "objektiven Alternativkosten" spricht⁵, so läßt sich das wie folgt erklären: Mit dem Kaufpreis des Kraftwagens hätten auch andere Güter gekauft werden können. Dieses Alter-

1 Siehe Seite 52 dieser Arbeit.

James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

2 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S.154.

3 Gemeint ist der Käufer.

4 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

5 Ebenda S. 29, 31.

nativen aber sind aufgehoben worden, als die Entscheidung für das Auto getroffen wurde. Um auf das gewählte Beispiel zurückzukommen: Für die gleiche Summe hätte das Individuum auch die Reise unternehmen können, da es das Geld aber anders verwendete, muß es auf die Reise oder auch auf sonstige Alternativen, die zum gleichen Preis hätten gewählt werden können, verzichten. Diese Alternativbetrachtung ist nun für j e d e n Außenstehenden möglich, da die Auszahlung für das Auto sichtbar, durch den Preis objektiv meßbar ist.

Um ein noch einfacheres Beispiel zu geben: Besitzt ein Individuum eine DM, so kann es zum Beispiel die Güter 1 oder 2 oder oder n dafür kaufen. Entscheidet es sich, aus was für Gründen auch immer, für Gut n, so verzichtet es bei Auszahlung der einen DM für das Gut n auf die Güter 1 oder 2 oder oder n-1, die alle den "objektiven Wert" von einer DM haben. Damit sind die "objektiven Kosten" des Gutes n gleich einer DM, weil damit auf irgendein anderes Gut gleichen Wertes verzichtet wird, die aufgegebenen Alternativen hätten den gleichen Preis gehabt.

Es ist müßig, einen anderen Sinn als den dargestellten in dem Begriff suchen zu wollen, es gibt keinen anderen, mag das Ergebnis auch noch so simpel sein: "Objektive Kosten" im Sinne Buchanans sind "... the observed payout of funds..."¹, also die feststellbare Auszahlung für ein bestimmtes Gut und nicht mehr.

Interessant ist es, nunmehr zu erfahren, welche Konsequenzen sich für Buchanan im Hinblick auf seine Theorie von der Last der Staatsverschuldung ergeben, wenn er den Begriff "objektive Kosten" zum Gegenstand seiner Analyse macht.

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

Die "objektiven Kosten" werden gemäß Buchanan i m m e r erst n a c h der Entscheidung eintreten.¹ Die "subjektiven Kosten" fallen bekanntlich im Augenblick der Entscheidung an. Das zeitliche Auseinanderfallen dieser beiden "Kosten" kann Buchanan zufolge bei den meisten Käufen ignoriert werden, weil Entscheidung und Konsequenz der Entscheidung (die Auszahlung) unmittelbar aufeinander folgen:

"For many purposes, of course, this temporal gap between the incurring of subjective cost at the moment of definitive choice and the incurring of objective cost subsequent to choice may be ignored."²

In einer späteren Veröffentlichung äußert sich Buchanan nochmals ähnlich.³

2.450 "Objektive Kosten" und Verschuldung

In Verbindung mit einer Verschuldung jedoch ist gemäß Buchanan gerade die Zeit eine Größe, der besondere Bedeutung zuzumessen ist, denn mit Hilfe der Verschuldung erweitert sich für den Schuldner die Zeitspanne zwischen seiner Entscheidung und der für ihn daraus resultierenden Auszahlung. Gerade dieser Effekt wird bei jeder Kreditaufnahme angestrebt.⁴

1 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S.154: "objective cost is n e v e r realized until a f t e r decision." Sperrungen vom Verfasser dieser Arbeit, im Original kursiv gedruckt.

2 Ebenda S. 154.

3 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

4 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S.154.

Dort sagt er im Anschluß an das obige Zitat: "But the distinction clearly cannot be neglected in any discussion of debt, public or private, since the e s s e n c e of debt is the postponement of objective cost i n t i m e ."

Sperrungen vom Verfasser dieser Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

Siehe auch:

James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

Buchanan zufolge verfolgt nun auch der Steuerzahler-Schuldner gerade dieses Ziel, wenn er als "... an actual or potential voter in a referendum ..." ¹ über die Finanzierungsform einer öffentlichen Ausgabe entscheidet und dabei die Wahl zugunsten einer Staatsanleihe trifft. ² Auf diese Weise nämlich gelingt es dem Zensiten, nach Buchanan, die Vorteile des öffentlichen Projektes zu erlangen, ohne auch gleichzeitig oder unmittelbar darauf, selber dafür zahlen zu müssen:

"If he ³ desires to p o s t p o n e the objective cost, or payout of funds, he will select, or vote for, debt issue. This is precisely what debt allows him to do, to postpone or put off in time the actual necessity of giving up purchasing power over private goods. This is, at base, the r a i s o n d' ê t r e of debt, whether this be public or private. Debt provides an institutional means of shifting objective opportunity cost forward in time. ..., the benefits of the public-goods project can be secured now without the necessity that the cost of payment for these goods, the 'burden', be incurred simultaneously." ⁴

Die für den Staatsbürger bzw. Steuerzahler somit verschoben, nicht sofort zu tragenden "objektiven Kosten" sind in den für die Verzinsung u n d Tilgung der Anleihe notwendigen Steuern und dem damit verbundenen V e r z i c h t a u f K o n s u m zu erblicken:

"The resource services that are actually committed upon a decision to borrow, to create debt, that actually must be 'paid out' or 'given up' in exchange for the benefits of the debt-financed collective services can be dated at the fisc, to the extent that these are drawn from cur-

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 30.

2 Ebenda S. 30 f.

3 Gemeint ist der Staatsbürger-Steuerzahler.

4 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 31.

rent consumption. This transfer takes place in periods subsequent to debt issue as interest and amortisation charges come due."¹

Unter Einbeziehung der vorherigen Äußerungen ist nunmehr klar erkenntlich, was Buchanan unter "objektiven Kosten" im Zusammenhang mit einer öffentlichen Verschuldung verstanden wissen will.

Abgesehen von der äußerst fragwürdigen Schuldnerrolle der Steuerzahler und aller sonstigen bisherigen Einwendungen gegen Buchanans Theorie muß an dieser Stelle gefragt werden, was der Lastbegriff an Neuem zu bieten vermag. Daß Steuern für die Bedienung und Tilgung einer Anleihe des Staates, gleichgültig, ob die Verschuldung ohne oder mit Zustimmung der Steuerzahler erfolgte, bei den Zensiten zu Ausgabeneinschränkungen führen und somit Alternativkosten entstehen lassen können, ist wohl kaum jemals angezweifelt worden. Bereits an dieser Stelle muß gefragt werden, was Buchanans Thesen, wenn sie sich auf einen derartigen "Last"-Begriff stützen noch auszusagen vermögen. Sein Lastbegriff ("objektive Kosten") kann also aufgrund der Definition nur noch eine sicher nie ernsthaft bestrittene Selbstverständlichkeit beschreiben, die sich dann auch auf die Aussage seiner Thesen übertragen muß, wenn diese die "objektiven Kosten" als Lastbegriff zum Inhalt haben. Bestärkt wird dieser Verdacht, wenn berücksichtigt wird, daß Buchanan die in "sekundären Lasten" und die "subjektiven Kosten", also die üblicherweise als untersuchenswert angesehenen

1 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S.154. Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

Auf die Frage, weshalb Buchanan den Konsumverzicht als Kriterium für die endgültige Übernahme der "objektiven Kosten" durch die Steuerzahler wählt, soll erst im Zusammenhang mit der Untersuchung seiner ersten These von der Lastverschiebung eingegangen werden, da vor ihrer Beantwortung noch weitere Probleme geklärt werden müssen, was an dieser Stelle noch nicht möglich ist.

Effekte, aus seiner Betrachtung ausschaltet.

Außerdem kann festgestellt werden, daß Buchanan die ursprünglich von ihm als sehr bedeutsam hervorgehobene Trennung von "Last der Anleihe" und "Last der Ausgabe" aufhebt. Die "objektiven Kosten" umfassen sowohl die Auszahlungen für die Zinsen als auch für die Tilgung der Anleihe.¹ Buchanan spricht aber nach wie vor von der "primary burden of public debt"², obgleich sich der Inhalt dieses Begriffes demzufolge gewandelt hat. Diese Wandlung jedoch ist nur schwer erkennbar. Sie kann daraus vermutet werden, daß Buchanan im Zusammenhang mit den "objektiven Kosten", welche die Steuerzahler zu tragen haben, eben auch die Tilgungsbeträge erwähnt. Früheren Äußerungen Buchanans zufolge war aber gerade die Amortisation eine "Last der Ausgabe", da sie ursächlich auf das (anleihefinanzierte) öffentliche Projekt zurückführbar ist. Es hätte erwartet werden können, daß Buchanan diesen neuen Sachverhalt durch einen entsprechenden Hinweis klar zum Ausdruck gebracht hätte, denn er hatte doch zuvor den Unterschied zwischen "Last der Anleihe" und "Last der Ausgabe" als sehr wesentlich bezeichnet.³ Dabei verstand er unter der "Last der Anleihe" nur die Schuldzinsen.⁴ Eine eigens deswegen an Buchanan gerichtete Anfrage konnte endgültig klären und die Vermutung bestätigen, daß die "objektiven Kosten" wirklich eine "Last der Ausgabe", nämlich die Projektkosten, enthalten.

Es muß also nunmehr stets beachtet werden, daß die ursprüngliche "Last der Anleihe" (d.h. deren sichtbarer Teil, die Zinszahlungen) nur ein Teil der "objektiven Kosten" ist, auch wenn Buchanan nach wie vor von der "Last der Anleihe"

1 Siehe Zitat auf Seite 64 f. dieser Arbeit.

2 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 40.

3 Siehe Seite 27 ff. dieser Arbeit. Dort wurde diese Frage ausführlich behandelt.

4 Siehe Seite 31 ff. dieser Arbeit.

spricht. Hier kann man Buchanan mit seinen eigenen Argumenten widerlegen, denn die Projektkosten sind nun wirklich nicht ursächlich auf die Anleihe zurückzuführen, und somit sind sie keine Last der A n l e i h e. Zurückzuführen auf die Anleihefinanzierung ist lediglich die V e r s c h i e - b u n g der Traglast dieser Kosten für die Steuerzahler, insofern als die Zinsen erst später, falls überhaupt, den Betrag der Staatsausgabe aufzubringen haben. Bei einer Steuerfinanzierung dieser Ausgaben wären, im Gegensatz dazu, die Projektkosten s o f o r t aus Steuermitteln zu tragen gewesen.

Vielleicht kann aus diesen Überlegungen Buchanans bereits erkannt werden, daß er durch die festgestellte Einengung seines Lastbegriffes nicht mehr nach möglichen Effekten (Lasten) einer Staatsverschuldung s u c h t, sondern eine ganz bestimmte Wirkung einer Anleihe herausgreift, die zudem sehr selbstverständlich erscheint, und diese "analysiert." Damit unterscheidet er sich erheblich von d e n Ökonomen, die das Problem einer Staatsverschuldung im Hinblick auf ihre vielen m ö g l i c h e n Effekte untersuchen. Buchanan legt, das wird sich insbesondere bei der Diskussion seiner Thesen zeigen, das Ergebnis durch seine Art der Fragestellung von vornherein fest. Die "Belastungen" in seinem Sinne, die "objektiven Kosten", sind in ihrer Existenz unbestreitbar. Aufgrund der seinem Lastbegriff jedoch innewohnenden Trivialität kann Buchanan wohl kaum irgendwelche nennenswerten Probleme der Last einer Staatsverschuldung lösen. Probleme ergeben sich vielmehr aus s e i n e r Art der Argumentation und Untersuchung der Belastung von Individuen durch eine öffentliche Anleihe.

3. Die Beurteilung der Thesen Buchanans unter Berücksichtigung des Aussagewertes seines Begriffes "objektive Kosten" und der Lastbegriffe anderer Ökonomen

Nachdem nunmehr herausgearbeitet wurde, was Buchanan unter "Last" versteht, kann der Versuch unternommen werden, seine drei Thesen¹ einer kritischen Würdigung zu unterziehen und vor allem gegen die Ansichten der "New Orthodoxy" und auch der Ökonomen abzuwägen, die ihr nicht angehören, sich aber mit Buchanans Gedanken auseinandersetzen. Die Diskussion wird sich dabei weitgehend auf die zum Teil sehr verschiedenen Lastbegriffe konzentrieren müssen, wobei der Buchanan'sche Begriff "objektive Kosten" zwangsläufig im Mittelpunkt stehen wird.

3.0 Das in Buchanans erster These genannte Problem von der Verschiebbarkeit der Last einer Staatsverschuldung in die Zukunft

3.00 Das Phänomen "Zeit" als besondere Komponente einer Verschuldung

Man kann Buchanan gewiß zustimmen, wenn er sagt, daß bei der Untersuchung der Last einer Staatsverschuldung die Komponente "Zeit" eine besondere Bedeutung hat.²

Vergleicht man einmal die beiden Finanzierungsformen Steuererhebung und Anleihebegebung miteinander, dann muß man feststellen, daß die Steuer im Hinblick auf spätere Perioden nicht die gleichen Wirkungen hat wie einer Verschuldung. Im Gegen-

¹ Siehe Seite 2 dieser Arbeit.

² James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.
James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 154.

satz zur Steuer zieht eine Verschuldung zu einem späteren Zeitpunkt z. B. eine Verzinsung und Rückzahlung nach sich. Es ist verständlich, daß an solchen Unterschieden eine Diskussion entzündet, z. B. an der Frage, welche besonderen Effekte die Verzinsung und Rückzahlung, die es bei einer Steuerfinanzierung irgendwelcher öffentlichen Projekte naturgemäß nicht geben kann, haben.

Bei einer Staatsverschuldung lassen sich, wie bei jeder Verschuldung, grundsätzlich drei Ereignisse, die zeitlich mehr oder weniger weit auseinanderliegen, feststellen:

- a) Die Begebung der Anleihe, also der Akt der Verschuldung,
- b) die Verzinsung der Schuld,
- d) die Rückzahlung der Schuld.

Bei der Begebung liegt das Ereignis in der Gegenwart (t_0), und man könnte fragen, ob dieses Ereignis in die Zukunft ($t_1, \dots, t_n$) hineinwirkt und welche ökonomischen Effekte aufgrund der Verschuldung in t_1 bis t_n zu beobachten sind.

Von t_0 aus gesehen erfolgt die Verzinsung in der Zukunft. Man könnte nun fragen, welche Effekte dieses Ereignis im Zeitpunkt seines Eintretens und welche es in dem, vom Zeitpunkt des Eintretens aus gesehen, dann als Zukunft zu betrachtenden Zeitraum hat: Greift man die Zinszahlungspflicht in einem beliebigen Zeitpunkt, z. B. in t_{11} , aus der Reihe der regelmäßig erfolgenden Zahlungen ab t_1 bis t_n heraus, so würde diese Frage lauten: Wie wirken die Zinszahlungen in t_{11} selbst und welche Folgen hat dieser Akt für den nachfolgenden Zeitraum, also für t_{12} bis t_n . Dieses Problem ergibt sich bei jeder Zinszahlung erneut. Außerdem könnte man fragen, ob die, von t_0 aus gesehen, in der Zukunft erfolgende Verzinsung bereits in t_0 irgendwelche Wirkungen zeitigt und welche das sind.

Gleiche Überlegungen lassen sich hinsichtlich der Tilgung der Schuld anstellen, wenn man annimmt, daß diese ratenweise erfolgt. Wird die Schuld auf einmal in voller Höhe getilgt, so unterbleibt die bei der regelmäßigen Verzinsung feststellbare Wiederholung bestimmter Fragen, weil das Ereignis eben nur einmalig ist. Relevant bleibt natürlich die Frage der Wirkung der, von t_0 aus gesehen, in der Zukunft erfolgenden Tilgung auf den Zeitpunkt t_0 selbst.

Diese allgemeinen Feststellungen lassen deutlich erkennen, daß für die Klärung des Problems der Verschiebbarkeit der Last einer Staatsverschuldung grundsätzlich eine d o p p e l t e Fragestellung notwendig ist:

- a) Welche Effekte lassen sich feststellen?
- b) Wann treten diese Effekte auf?

3.01 Unterschiedliche Lastbegriffe als Resultat der Analyse unterschiedlicher Effekte einer Staatsverschuldung

In der Diskussion um Buchanans erste These von der Verschiebbarkeit der Last in die Zukunft gerät ganz von selbst die Frage nach dem W A N N des Eintretens der Effekte in den Vordergrund. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß es v i e l e Effekte einer Staatsverschuldung geben kann. Darum ist es von großer Bedeutung, sich vor Eintreten in eine Diskussion um die Verschiebbarkeit der Last einer Staatsverschuldung über die Art der Effekte zu einigen, die man untersuchen will. Die nachfolgende Prüfung der ersten These Buchanans wird zeigen, daß gerade die Nichtbeachtung dieses Prinzips die Quelle der meisten Mißverständnisse ist. Begünstigt wird die Konfusion durch die Verwendung des Begriffes L a s t, dem das Negative anhaftet, der aber inhaltlich sehr unterschiedlich interpretiert werden kann und worden ist.

Allgemein kann man sagen, daß mit "Last" einer Staatsverschuldung negativ zu beurteilende Effekte dieses Phänomens beschrieben werden, wobei zu klären ist, was "negativ" in dem Zusammenhang zu bedeuten hat.

Hat beispielsweise die Verschuldung des Staates zur Folge, daß die Staatsbürger in ihrer Gesamtheit oder aber einige wenige von ihnen wegen der für die Verzinsung eventuell notwendigen Steuern weniger verbrauchen können als es ohne die Staatsschuld der Fall gewesen wäre, so kann man das als "negativen" Effekt bezeichnen. Berücksichtigt man aber, daß das anleihefinanzierte Projekt des Staates auf der anderen Seite u. U. dazu beiträgt, daß alle oder einige Staatsbürger auf lange Sicht mehr verbrauchen können als ohne die Verschuldung (und die damit finanzierten Staatsausgaben), so wird das oben genannte Kriterium "negativ" bereits wieder fragwürdig. Je nachdem wie nun die Untersuchung geführt wird, kann es zu "widersprüchlichen", zu "konträren" Aussagen kommen, ohne daß man sagen kann, diese oder jene sei falsch.

Dieses Problem ergibt sich sehr häufig bei einem Vergleich der verschiedenen Analysen der Last einer Staatsverschuldung.

Ferner können sich die Untersuchungen auf die Frage nach "negativen" Effekten für *e i n z e l n e* Staatsbürger oder aber für die Gesamtwirtschaft ausrichten. Was für einen einzelnen Staatsbürger "negativ" ist, braucht für die gesamte Volkswirtschaft nicht unbedingt "negativ" zu sein (und umgekehrt).

Das Wort *L a s t* verleitet nun dazu, all diese Zusammenhänge zu verbergen, bzw. es kann den einen oder anderen Effekt in der einen oder anderen Weise beinhalten, ohne daß das aus dem Wort selbst zu ersehen ist. Es handelt sich bei dem Begriff *L a s t* um einen derart schillernden Begriff, daß es eigentlich ratsam

wäre, ihn aus der Untersuchung auszuschließen und stattdessen genau zu sagen, was gemeint ist und wie es gemeint ist. Weil es sehr viele untersuchenswerte Effekte einer Staatsverschuldung gibt, findet sich auch in den vorliegenden Diskussionsbeiträgen zu dem Thema eine Vielzahl von Lastbegriffen.

Ist man sich nicht darüber im klaren, welche Effekte in welcher Weise von dem jeweiligen Diskussionspartner als "Last" definiert werden, so kann die Frage nach dem W A N N des Eintretens der Last zu einer fruchtlosen Auseinandersetzung führen, denn der Zeitpunkt des Eintretens einer Last ist weitgehend auch von der Art des als Last bezeichneten Effektes abhängig. Man redet u. U. aneinander vorbei, ohne es zu bemerken.

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen und der daraus ableitbaren Prinzipien und mit dem Wissen um die möglichen Entstehungsursachen einer Konfusion, kann nunmehr Buchanans erste These im einzelnen geprüft werden.

3.02 Die unterschiedliche Auffassung über die Verschiebbarkeit der Last einer Staatsverschuldung und ihre Abhängigkeit vom jeweiligen Lastbegriff unter besonderer Berücksichtigung der These Buchanans und der der "New Orthodoxy"

3.020 Kritische Untersuchung der ersten These Buchanans im Hinblick auf ihren Aussagewert

Die Antwort auf die nach Buchanan bei der Untersuchung der Last einer Staatsverschuldung fundamentale Frage, w e r w a n n für die Staatsausgaben zu z a h l e n hat, die mit Hilfe einer Anleihe, statt mit Steuern (oder auch durch Geldschöpfung) fi-

nanziert wurden¹, findet sich in Buchanans erster These:

"Public debt, as a financing institution, allows individual members of a political community to postpone the objective opportunity costs of public goods. The primary burden of public debt is shifted forward in time."²

Daraus läßt sich im Umkehrschluß ableiten, daß gemäß Buchanan die "primäre Last"³ nicht im Augenblick der Anleihebegebung auftreten muß.

Buchanan unterscheidet bekanntlich zwischen Anleihezeichnern (Gläubiger der Staatsschuld) und Steuerzahlern (Schuldner⁴ der Anleihe). Sein Ziel richtet sich darauf festzustellen, welche Folgen eine Anleihe für den einzelnen Steuerzahler hat. Von daher ist zu verstehen, daß für ihn im Augenblick der Anleihezeichnung der Steuerzahler nicht direkt (primär) belastet wird, denn die für die Finanzierung des öffentlichen Projektes notwendigen Mittel werden von den Anleihezeichnern aufgebracht. Zum Zeitpunkt der Begebung der Anleihe aber ist der Wertpapierkäufer nach Ansicht Buchanans

"... the only individual who actually gives up a current command over economic resources."⁵

1 James M. Buchanan, The Icons..., a.a.O., S. 544.

James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 28.

2 Ebenda S. 40.

3 In der ursprünglichen Thesenformulierung sprach Buchanan von der "primären realen Last":

James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 31.

Wenn sich auch der Lastbegriff Buchanan gewandelt hat, so haben, wie sich zeigen wird, die "objektiven Kosten" auch jetzt noch einen durchaus realen Hintergrund, so daß der Ausdruck "primäre reale Last" auch weiter gilt.

4 Es soll nicht immer wieder darauf verwiesen werden, daß der Steuerzahler nicht der Schuldner einer Staatsanleihe sein kann. Dieser Vorbehalt gilt in der Folge stets, wenn Buchanan diese Gleichsetzung vornimmt.

5 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 35.

Siehe dazu auch:

James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 33 f.

Daß nun für den Wertpapierkäufer der Erwerb des Anleihepapiers keine durch die Anleihe verursachte Belastung darstellt, schließt Buchanan daraus, daß es sich hier um eine Markttransaktion seitens der Käufer der Anleihetitel handelt, die im Hinblick auf die Wertpapiererträge, auf ein zukünftiges Einkommen also, erfolgt.¹ Die Käufer hätten ebenso andere Wertpapiere erwerben können.² Die Anleihezeichner schränken entweder eigens für den Kauf der Wertpapiere ihren Verbrauch an Gütern und Diensten ein oder aber sie nehmen das für den Kauf notwendige Geld aus Ersparnissen, die sonst anderweitig von ihnen verwendet worden wären.³

Gegen eine derartige Begründung, daß die Anleihezeichner durch die B e g e b u n g d e r S c h u l d ursächlich nicht belastet werden, läßt sich, wie an anderer Stelle dieser Arbeit bereits hervorgehoben,⁴ grundsätzlich nichts einwenden. Ähnliche Überlegungen finden sich auch bei verschiedenen Kritikern Buchanans, sofern diese überhaupt auf die Frage eingehen.⁵ Scitovsky hebt hervor, daß die Entscheidung der Wertpapierkäufer für die Anleihetitel des Staates zeigt, daß hierfür eine größere Präferenz existiert als für Wertpapiere privater Institutionen und keine größere Last vorliegt, als wenn z. B. Ford-Aktien gekauft worden wären.⁶

Für jeden Ökonomen erhebt sich aber sogleich die Frage, ob die-

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 34.

Siehe dazu auch die Ausführungen auf Seite 19 dieser Arbeit.

James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 39, 40, 51, 60.

2 Ebenda S. 57.

3 Buchanan unterstellt, daß die Anleihezeichner für den Kauf der Wertpapiere Mittel nehmen, die sie sonst anderweitig angelegt hätten, die also aus Ersparnissen stammen.

4 Siehe Seite 24 dieser Arbeit.

5 H. Laurence Miller, Jr., a.a.O., S. 166.

Tibor Scitovsky, The Burden of the Public Debt: Comment.
In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 82.

6 Tibor Scitovsky, a.a.O., S. 82.

ser bei den Anleihezeichnern feststellbare Effekt der e i n z i g e im Augenblick der Anleihebegebung ist, und ob sich durch die Vorgänge zum Zeitpunkt der Verschuldung des Staates nicht für die Zukunft bestimmte Folgen ergeben, die zu untersuchen angebracht ist. Buchanan hingegen interessiert sich offensichtlich nicht in erster Linie dafür, sondern fragt, welche Effekte die Staatsverschuldung für den vermeintlichen Schuldner, den Steuerzahler, hat. Es ist wohl s e l b s t v e r s t ä n d l i c h , daß eine Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben den Staat von der Notwendigkeit entbindet, Steuern für den gleichen Zweck zu erheben oder zu verwenden. Wenn man dann den Steuerzahler in den Mittelpunkt der Analyse rückt und ausschließlich danach fragt, ob er im Falle einer Anleihefinanzierung einer Staatsausgabe direkt (primär) betroffen wird, also z a h l e n muß, dann muß die Frage selbstverständlich verneint werden. Eine solche Fragestellung jedoch ist wohl trivial. Wie bereits herausgestellt wurde¹, haftet dem Lastbegriff Buchanans, den "objektiven Kosten", diese Trivialität ebenfalls an, und sie mußte sich notwendigerweise auf die Aussagekraft seiner ersten These übertragen: Es war herausgefunden worden, daß Buchanan die "objektiven Kosten" einer Staatsverschuldung als die von Außenstehenden zu beobachtende Auszahlung seitens der Steuerzahler für Verzinsung und Tilgung der Anleihe definierte², wobei diese Auszahlungen dazu führen müssen, daß die Zensiten ihren V e r b r a u c h einschränken.³

Dem Konsumverzicht der Zensiten scheint in diesem Zusammenhang von Buchanan eine besondere Bedeutung beigemessen zu werden.⁴ Offensichtlich werden die "objektiven Kosten" d a n n

1 Siehe Seite 67 dieser Arbeit.

2 Siehe Seite 60 f. dieser Arbeit.

3 Siehe Seite 64 f. dieser Arbeit, insbesondere Fußnote 1 auf Seite 65.

4 Siehe Seite 64 f. dieser Arbeit.

von den Steuerzahlern getragen, wenn sie wegen der von ihnen zu zahlenden Steuern für Zinsen und Tilgungsbeträge auf den V e r b r a u c h anderer Güter und Dienste verzichten.

Wenn man diesen Zusammenhang aus den bisher erwähnten relevanten Äußerungen¹ nur vermuten kann, weil Buchanan den Konsumverzicht der Steuerzahler im Falle der Besteuerung für Verzinsung und Amortisation der Anleihe so sehr betont, so wird diese Vermutung zur Gewißheit, wenn man erfährt, daß Buchanan zufolge die Zinsen die Traglast der "objektiven Kosten" auch durchaus auf den Zeitpunkt der Anleihebegebung verlagern können, indem sie bereits zu dem Zeitpunkt ihren Konsum entsprechend ihrem zukünftigen Anteil an den Steuern für die Verzinsung und Tilgung reduzieren und eine dementsprechende Rücklage (Ersparnis) bilden:

"As a taxpayer-borrower, the individual's income stream (his potential consumption) in future periods is reduced by the full amount of the debt service charges that are imposed upon him. He could prevent this only if, when the debt is initially created, he should set aside resources and create capital sufficient to generate an income equivalent to that necessary to meet future debt service charges. The individual, as taxpayer-borrower, could, in this manner, convert the future objective cost into a current-period objective cost."²

Eine weitere Erhärtung der Behauptung, daß der Zeitpunkt der Konsumreduzierung darüber entscheidet, w a n n die "objektiven Kosten" getragen werden, findet sich darin, daß Buchanan von einer weiteren Verschiebung der "objektiven Kosten"

1 Siehe Seite 64 f. dieser Arbeit.

2 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 160.

Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original kursiv gedruckt.

spricht, wenn die Steuerzahler bei Fälligwerden der Steuern für die Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld nicht ihren Verbrauch reduzieren, sondern die Steuermittel aus ihren Ersparnissen abzweigen:

"If the taxes levied for the purpose of servicing the public debt should cause individual taxpayer to draw down capital rather than consumption funds, the objective costs of the collective services are postponed e v e n f a r t h e r into the future."1

Es sind also nicht primär die Zahlungsvorgänge, die darüber entscheiden, w a n n die "objektiven Kosten" getragen werden, sondern die wegen der Verzinsung und Tilgung erfolgende K o n s u m r e d u z i e r u n g .

Man sucht v e r g e b l i c h in den Beiträgen Buchanans nach einer Begründung dafür, weshalb der K o n s u m - verzicht der Steuerzahler hier entscheidend ist. Auch hier ist man wieder auf Vermutungen angewiesen. Bevor aber eine Erklärung versucht wird, seien einige kritische Bemerkungen zu den bisherigen Ergebnissen bezüglich der ersten These gemacht.

Abgesehen von Hinweisen auf die Trivialität der Feststellung, daß im Falle einer Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben Steuererhebungen zur gleichen Zeit für den gleichen Zweck überflüssig sind, daß die Steuerzahler vielmehr in der Zukunft, wenn sie für die Verzinsung und Tilgung zahlen müssen, belastet werden, muß man an dieser Stelle fragen, ob letzteres überhaupt eintreten wird. Werden die Steuerzahler in der Zukunft mit zusätzlichen Steuern für die Bedienung und Amortisation der Schuld belastet? Was geschieht, wenn das öffentliche Projekt so produktiv ist, daß der Schuldendienst aus seinen Erträgen erfolgen kann? Heben sich die "objektiven Kosten"

dann auf, verschwinden sie? Wird der Steuerzahler, wenn er tatsächlich zusätzlich besteuert wird, davon in dem Maße informiert, daß er seinen individuellen Anteil ermitteln kann? Das sind einige, im Zeitpunkt der Anleihebegebung sicher nicht beantwortbare Fragen. Ihre Klärung jedoch scheint notwendig zu sein, wenn behaupten will, die "objektiven Kosten" würden in die Zukunft verschoben. Andernfalls bleibt nämlich lediglich die sehr schmale, unbedeutende Aussage: F a l l s n a c h der Anleihebegebung für die Verzinsung und Tilgung Steuern erhoben werden müssen, werden die "objektiven Kosten" in die Zukunft verschoben.

F a l l s diese Besteuerung stattfindet, hängt der Zeitpunkt der Übernahme dieser "Last" immer noch davon ab, ob und wann die Zinsen ihren V e r b r a u c h einschränken, was w i e d e r u m voraussetzt, daß ihnen überhaupt der auf sie entfallende Steueranteil bekannt ist. Solange die Steuerzahler ihren individuellen Verpflichtungen (die nicht ermittelbar sind) nachkommen, indem sie die dafür notwendigen Mittel aus Ersparnissen nehmen, wird die "Last" (Übernahme der "objektiven Kosten") immer weiter verschoben. Eigentlich bedarf es keines weiteren Beweises, daß diese Art der Untersuchung durch Buchanan keine ernsthaften Probleme der Belastung durch eine Staatsverschuldung zu lösen vermag. Dennoch soll auf weitere Schwächen seiner These verwiesen werden.

Buchanan behauptet, daß die "objektiven Kosten" von den Steuerzahlern bereits im Augenblick der Anleihebegebung übernommen werden können, wenn diese ihren späteren Verpflichtungen gemäß ihren Verbrauch einschränken und eine Rücklage bilden, d. h. zusätzlich sparen.¹ Zunächst erhebt sich hier wieder die Frage, woher die Steuerzahler wissen sollen, ob sie später überhaupt

1 Siehe Zitat auf Seite 77 dieser Arbeit.

besteuer werden, ob sie zum Zeitpunkt der Besteuerung noch leben und wie groß der Anteil ist, den sie, falls die beiden ersten Bedingungen zuträfen, zu zahlen hätten. Dazu müßte zudem noch die Produktivität des öffentlichen Projektes bekannt sein, d. h. ob und wieviel Erträge den Zensiten daraus zufließen. Da auch auf diese Frage keine Antwort möglich sein dürfte, ist die Annahme einer derartigen Verhaltensweise der Steuerzahler unrealistisch.

Ein anderes Problem ergibt sich, wenn man sich Buchanans Definition der "objektiven Kosten" in Erinnerung ruft. Er sprach davon, daß die "objektiven Kosten" "... the observed payout of funds ..." ¹ sind. Bei der beschriebenen Vorwegnahme der zukünftigen Steuer durch die Zensiten im Augenblick der Anleihegebung findet eine solche "payout" aber offensichtlich nicht statt, und dennoch sollen Buchanan zufolge die "objektiven Kosten" getragen werden. Man gewinnt den Eindruck, es hier mit einer inkonsistenten Begriffsverwendung zu tun zu haben. Eine Lösung dieses Problems ergibt sich auch nicht aus der Definition des Begriffes "objektive Kosten" in einem den obigen Fragen ausschließlich gewidmeten Artikel Buchanans:

"Objective cost is defined as actual resource services that are 'given up' or 'paid out' to attain the alternative that is chosen." ²

Vielleicht könnte eine Erklärung der obigen letzten Frage darin gefunden werden, daß Buchanan die Begriffe "given up" und "paid out" in Anführungszeichen setzt und damit andeutet, daß sie nicht so wörtlich zu nehmen sind. Dem steht aber das andere Zitat "the observed payout of funds" entgegen. Die Unklarheit wird noch vergrößert, wenn man sich den Fall in Erinnerung

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 29.

2 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 154.

ruft, daß die Steuerzahler bei Fälligwerden der Zinsen und Tilgung zwar Auszahlungen vornehmen, aber dennoch nicht die "objektiven Kosten" tragen, weil sie die "observed pay-out of funds" aus den Ersparnissen tragen. Es ist nicht möglich, diese verschiedenartigen Äußerungen Buchanans auf einen Nenner zu bringen. Wesentlich bei alldem scheint die Konsumreduzierung zu sein, welche die Steuerzahler erleiden, wenn sie die Steuern zahlen müssen, die für die Bedienung und Tilgung der Staatsschuld notwendig sind. Falls diese Beträge aus Ersparnissen genommen werden, wird ja der augenblickliche Verbrauch nicht gesenkt. Man hat den Eindruck, durch Buchanans wenig exakte Begriffsdefinition bzw. -anwendung in eine ähnliche Verständnisschwierigkeit gedrängt zu werden wie vordem bei der Beurteilung des Zwangs-Kriteriums, was sich letztlich ja auch, so wenigstens Buchanan, als bedeutungslos herausstellte.¹ Eine derartige Klärung durch Buchanan selbst läßt sich im Hinblick auf obige Fragen jedoch in seinen Beiträgen nicht finden.

Es muß darum versucht werden, auf andere Weise herauszufinden, weshalb für Buchanan gerade die Konsumreduzierung der Steuerzahler so bedeutsam sein könnte.

Es drängt sich die Vermutung auf, daß Buchanan, ohne es auszusprechen, letztlich doch auch hier wieder individuelle Nutzenveränderungen als Kriterium für eine Belastung der Steuerzahler wählte, wobei der individuelle Nutzen in einem bestimmten Augenblick vom Verbrauch des Individuums zum gleichen Zeitpunkt abhängig zu sein scheint. Wohlgermerkt, hier handelt es sich um eine *V e r m u t u n g*, denn in Buchanans einschlägigen Äußerungen zu den "objektiven Kosten" findet sich ein expliziter

1 Siehe Seite 38 ff. dieser Arbeit.

Hinweis darauf n i r g e n d w o .¹ Sollte diese Interpretation zutreffen, dann dürfte die Vordergründigkeit dieses Begriffes als "Last einer Staatsverschuldung" feststehen.

Eine nutzentheoretische Interpretation des Begriffes "objektive Kosten" hätte für Buchanan außerdem die Notwendigkeit mit sich gebracht, auch über die Erträge oder allgemein über die positiven Wirkungen des anleihefinanzierten Projektes Informationen zu geben, diese also ebenfalls in die Nutzenüberlegungen der Steuerzahler einfließen lassen zu müssen. Mit Hilfe des Begriffes "Kosten", mit dem Hinweis, eben nur etwas über diese aussagen zu wollen, konnte er sich ausschließlich auf die Aufwendungsseite konzentrieren. Es mag sein, daß Buchanan meinte, sich auf diese Weise dem Dilemma entziehen zu können, auch im Zusammenhang mit den "objektiven Kosten" wieder nur sehr ungewisse und keinesfalls meßbare Ergebnisse zu erzielen. Leider ist man nur auf Vermutungen angewiesen. Das kann zu unnötigen Mißverständnissen führen. Hätte Buchanan seinen Begriff "objektive Kosten" tatsächlich nutzentheoretisch begründet, dann wäre zudem die ohnehin schon sehr diffizile Trennung von "subjektiven Kosten" und "objektiven Kosten" noch komplizierter, noch unverständlicher geworden.

Aufgrund der Äußerungen Buchanans ist jedenfalls so ohne weiteres nicht einsichtig, weshalb die "objektiven Kosten" immer gerade dann von den Steuerzahlern getragen werden, wenn diese aufgrund der Besteuerung ihren Verbrauch einschränken.

Auf diese Frage läßt sich vielleicht in dem Beitrag von James M. Ferguson eine Antwort finden:²

1 Franco Modigliani, Long-Run Implications of Alternative Fiscal Policies and the Burden of the National Debt. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 127, Fußnote 26.

Dort äußert sich Modigliani auch in dieser Richtung.

2 James M. Ferguson, Temporal Utility..., a.a.O.

Vor allem scheint Ferguson eine plausible Erklärung dafür zu geben, daß die "objektiven Kosten" erneut verschoben werden, wenn die Steuerzahler bei Fälligerwerden der Steuern für Verzinsung und Tilgung die Geldmittel aus Ersparnissen nehmen.

Ferguson unterstellt seiner Analyse eine Nutzenfunktion, die auf diese Frage eine Antwort zu geben scheint. Wie Buchanan fragt auch er nach der Belastung des Steuerzahlers und dem Zeitpunkt dieses Ereignisses, wenn der Staat eine Anleihe begibt, statt seine Ausgaben mit Steuern zu finanzieren.¹ Auch er will herausfinden, wann die "objektiven Kosten" von den einzelnen Steuerzahlern getragen werden:

"Suppose we start by defining the gross burden or objective cost of a public expenditure to be the reduction in private consumption required by the withdrawal of resources from the private sector. An individual taxpayer suffers a burden in any period of time in which his private consumption is less than it would have been in the absence of government borrowing (or taxing) and spending."²

Die Übereinstimmung mit den Begriffen und der Betrachtungsweise Buchanans kann nicht überraschen, wenn man weiß, daß Ferguson mit Buchanan zusammenarbeitete, als er seinen Artikel verfaßte.³

Nach Ansicht Fergusons ist der Nutzenstrom eines Individuums in einer Periode eine Funktion des Verbrauchs dieses Individuums in dieser Periode u n d des von diesem Individuum in der Z u k u n f t erwarteten Konsums.⁴

1 James M. Ferguson, Temporal Utility..., a.a.O., S. 219 ff.

2 Ebenda S. 221.

Der Zusatz in Klammern (or taxing) sollte nicht irritieren. Ferguson untersucht nämlich auch die Steuerfinanzierung öffentlicher Ausgaben, die hier nicht interessiert.

3 Ebenda S. 219, Fußnote.

4 Ebenda S. 223.

Eine solche Beziehung besagt nach Ansicht Fergusons, daß nicht nur der augenblickliche Verbrauch in die Nutzenüberlegungen eines Individuums einbezogen wird, sondern daß der Nutzen in einer bestimmten Periode auch durch die Antizipierung zukünftigen Konsums beeinflußt wird:

"The individual receives a flow of satisfaction during the current period anticipating future consumption."¹

Eine solche Funktion erscheint Ferguson deswegen besonders geeignet, weil sie alle Bestände aus der Nutzenfunktion eliminiert:

"Investment and wealth (...) enter the utility function through their effect on future period's consumption. A decrease in current investment will mean a decrease in the individual's stream of utility in future periods, when private consumption is lower than it would otherwise have been."²

Werden diese Überlegungen auf die Theorie Buchanans übertragen, dann muß man feststellen, daß bei Ferguson und Buchanan gleiche Ergebnisse vorliegen, daß also Buchanans Theorie offensichtlich die von Ferguson dargestellte Nutzenfunktion zugrunde gelegt ist. Auch Ferguson kommt mit Hilfe seiner Nutzenfunktion zu dem Ergebnis, daß der Steuerzahler die "objektiven Kosten" bereits bei der Anleihebegebung trägt, wenn er zu dem Zeitpunkt seinen Verbrauch einschränkt und eine seinen zukünftigen Verpflichtungen entsprechende Rücklage (Ersparnis) bildet.³ Wie Buchanan behauptet auch Ferguson, daß

1 James M. Ferguson, Temporal Utility ..., a.a.O., S. 223.

2 Ebenda S. 223 f.

3 Ebenda S. 224.

ohne diese Reaktion die Last dann getragen wird, wenn die Steuern für Verzinsung und Tilgung der Anleihe fällig werden und daraufhin der Konsum von den Steuerzahlern gesenkt wird.¹

Sogar auch die dritte Möglichkeit bei Buchanan, daß nämlich die Last (die "objektiven Kosten") weiter in die Zukunft verschoben wird, wenn die Zinsen bei Fälligwerden der Zins- und Tilgungsverpflichtungen die Geldmittel ihren Ersparnissen statt ihrem Konsum entziehen, findet sich bei Ferguson, wenn auch nur indirekt ableitbar aus seinen Überlegungen bezüglich der Folgen einer Steuerfinanzierung² und seiner Bemerkung:

"A decrease in current investment will mean a decrease in the individual's stream of utility in future periods when private consumption is lower than it would otherwise have been."³

Diese Ansicht Fergusons bezüglich des Zeitpunktes der Übernahme der Last einer anleihefinanzierten Staatsausgabe durch die Steuerzahler sind also letztlich identisch mit den Gedanken von Buchanan zur Übernahme der "objektiven Kosten" durch die Zinsen.

Ferguson bezeichnet aber den Steuerzahler nicht als den Schuldner der Staatsanleihe wie es Buchanan tut, sondern geht von der ans sich nicht angreifbaren Überlegung aus, daß der Steuerzahler letztlich für die Ausgaben der Regierung aufzukommen hat.⁴

1 James M. Ferguson, Temporal Utility..., a.a.O., S. 224.

2 Ebenda S. 222:

Vom Steuerzahler sagt er dort: "He can maintain current private consumption und reduce current private investment by the full amount of the taxes - thereby reducing consumption in future periods."

3 Ebenda S. 223 f.

4 Ebenda S. 221.

Ausgenommen ist selbstverständlich der Fall, daß die öffentliche Ausgabe so rentabel ist, daß die Verpflichtungen aus den Erträgen gezahlt werden können.

Er interessiert sich für die Frage, welche Verhaltensmöglichkeiten dem Zensiten offenstehen, wenn die Regierung eine Entscheidung für eine bestimmte Finanzierungsform trifft.¹

Was nun die von Ferguson genannten Reaktionsmöglichkeiten der Steuerzahler selbst betrifft, so können gegen sie zumindest im Hinblick auf den Fall einer Anleihefinanzierung die gleichen Argumente vorgebracht werden wie gegen die Gedanken Buchanan's. Man nehme nur den Fall, daß die Zensiten ihre zukünftigen Belastungen bereits bei der Begebung der Schuld des Staates tragen wollten: Wie sollen sie bereits zu dem Zeitpunkt ihren Konsum entsprechend ihren späteren Verpflichtungen einschränken, wenn sie weder über die auf sie entfallenden Steueranteile noch über die Produktivität der anleihefinanzierten Ausgabe, noch über ihre zukünftige Einkommenssituation, noch über ihre Lebensdauer etwas wissen können. Da niemand in der Lage ist, dem einzelnen Zensiten diese Fragen zu beantworten, ist Fergusons Analyse in diesem Punkte ebenso wenig realistisch wie die von Buchanan hierzu angestellten Überlegungen. Für Ferguson ergäbe sich zudem noch die Notwendigkeit des intertemporalen und interpersonalen Nutzenvergleichs, denn der Steuerzahler, der in der von ihm und von Buchanan angenommenen Weise bereits bei Anleihebegebung reagieren wollte, müßte wissen, ob sein Konsumverzicht später (bei Fälligwerden der Steuern für Verzinsung und Tilgung) z. B. aufgrund veränderter Einkommensverhältnisse leichter oder schwerer zu tragen ist, ob also die Nutzeneinbuße aufgrund des verringerten Konsums gegenwärtig größer oder kleiner ist als später. Aus der Unkenntnis bezüglich der Lebensdauer ergibt sich die Frage, ob der Zensit eventuell auch die von seinen Erben zu zahlenden Steuern berücksichtigen will, ob er also einen begrenzten oder unbegrenzten Zeithorizont unterstellt, wobei die Begrenzung sich aus seinem Ableben ergäbe. Aufgrund

1 James M. Ferguson, Temporal Utility ..., a.a.O., S. 222.

der Tatsache, daß dieses Ereignis nicht vorhersehbar ist, kann eine solche Begrenzung wohl kaum stattfinden. Unterstellt der Zensit andererseits, daß er in seinen Nachkommen (sofern vorhanden) "weiterlebt", so handelt es sich aber immerhin um v e r s c h i e d e n e Personen. Auch bei noch so enger verwandtschaftlicher Beziehung kann er nicht darüber informiert sein, wie die Erben Steuern für den genannten Zweck in i h r e Nutzeneinschätzungen einfließen lassen, d. h. welche Nutzen- einbußen diese Zahlungen für seine Nachkommen bedeuten. Ferguson ist sich dieser Problematik aber allem Anschein nach bewußt, denn er sagt:

"Introducing the effect of anticipations, however, makes the size of the total burden indeterminate. Furthermore, it is difficult to specify how much of the gross burden of public expenditure is borne in any particular period."¹

Damit scheinen die gesamten Überlegungen letztlich darauf hinauszulaufen, daß zwar eine Belastung in Form von Nutzeneinbußen der Steuerzahler anzunehmen ist, daß aber über ihre Höhe und den Zeitpunkt ihres Eintretens am Ende nichts gesagt werden kann. Hinzu kommt, daß bei einer derartigen Betrachtung auch die Erträge des öffentlichen Projektes zu berücksichtigen sind, daß aber bei der Begebung der Anleihe zur Finanzierung der Staatsausgabe wohl nur in ganz seltenen Fällen exakte Informationen über deren Größe vorliegen, was aber unbedingt erforderlich wäre. Bezüglich des Zeitpunkts der Lastübernahme durch die Steuerzahler ist zu bemerken, daß dieser offensichtlich von der Existenz bzw. Nichtexistenz einer Schuldenillusion abhängig ist, daß aber generell nicht gesagt werden kann, ob diese vorliegt oder nicht. Darum ist auch diese Frage nicht endgültig beantwortbar.

¹ James M. Ferguson, Temporal Utility ..., a.a.O., S. 224.

Nun verwies Buchanan aber auch darauf, daß es eine Last gibt, die unabhängig davon, ob der Steuerzahler bereits bei der Begebung der Anleihe seinen Konsum entsprechend seinen späteren Steuerzahlungen für Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld einschränkt oder nicht, *s t e e t s* im Augenblick der Entscheidung für die *V e r s c h u l d u n g* auftritt. Das sind die "subjektiven Kosten".¹ Diese waren als die negativen Folgen (entgangenes Vergnügen) der bei der Entscheidung für den Kauf eines bestimmten Gutes aufgegebenen Alternativen erkannt worden.² Auf die Staatsverschuldung übertragen bedeutet das: Wenn der Steuerzahler in der Zukunft auf Konsum verzichten muß, weil er für die Verzinsung und Amortisation einer Staatsanleihe Steuern zahlen muß, dann bedingt diese zukünftige *Z a h l u n g*, daß auf andere Verwendung (eigenen Verbrauch) der Geldmittel verzichtet werden muß, weil die Staatsschuld existiert. Die *U r s a c h e* des so "entgangenen Vergnügens" (der "subjektiven Kosten") des Verbrauchs ruht in der Entscheidung für die Anleihe bzw. Ausgabe des Staates. Buchanan zufolge wird das den Steuerzahler bereits im Augenblick der Entstehung der Schuld "berühren", wenn er die Zusammenhänge überblickt. Er wird dann *e r k e n n e n*, daß er in der Zukunft weniger für sich selbst verbrauchen kann. Von dieser Erkenntnis seines Verzichts auf ein "Vergnügen" der dann nicht mehr erhältlichen Alternativen war bereits vermutet worden, daß sie den Nutzen des Zensiten sofort reduzieren³, daß also Buchanan letztlich auch hier eine Determinante einer nicht genannten Nutzenfunktion behandelt. Das wurde insbesondere aus dem Wort "subjektiv" und der Nichtmeßbarkeit der "subjektiven Kosten" geschlossen.⁴

Die Nutzenfunktion von James M. Ferguson scheint auch hier

1 Siehe Seite 50 ff.dieser Arbeit.

2 Siehe Seite 54 dieser Arbeit.

3 Siehe Seite 55 dieser Arbeit.

4 Siehe Seite 54 f. dieser Arbeit.

eine Erklärung zu ermöglichen.¹ Nach dieser Funktion nämlich wird der Nutzen eines Individuums in der Gegenwart auch von der Erwartung zukünftigen Konsums und nicht nur vom augenblicklichen Verbrauch beeinflusst. Wenn also ein Steuerzahler heute weiß, daß er in der Zukunft auf Verbrauch verzichten muß, so wird das seinen Nutzen nicht nur bei Eintreten des Ereignisses in der Zukunft, sondern bereits auch heute negativ beeinflussen. Ferguson sagt nämlich:

"Suppose when public debt is issued that the taxpayer foresees the additional future taxes necessary to service and retire the debt. The resulting decrease in future periods' private consumption will reduce his utility stream in future periods. Some decrease in the current period's utility stream will also occur because of anticipation of the future reduction in consumption."²

Nach allem, was über die "subjektiven Kosten" im Sinne Buchanans bekannt ist, darf man sagen, daß Ferguson hiermit, ohne es explizit zu sagen, auf deren Existenz hinweist. Zugleich legt er, wie Buchanan, den Zeitpunkt ihres Eintretens auf den Zeitpunkt der Entstehung der Schuld des Staates fest.

Damit dürfte ein weiterer Beweis dafür vorliegen, daß Buchanan letztlich die gleiche Nutzenfunktion unterstellt wie Ferguson. Buchanan jedoch ließ die "subjektiven Kosten", nachdem er auf deren Existenz verwiesen hatte, außerhalb der Betrachtung. Er konzentrierte sich auf die "objektiven Kosten". Zugleich bestritt er die Meßbarkeit der "subjektiven Kosten"³ und betonte die Meßbarkeit der "objektiven Kosten"⁴. Wenn nun aber auch die

1 Siehe Seite 82 dieser Arbeit.

2 James M. Ferguson, Temporal Utility..., a.a.O., S. 224.

Sperrungen vom Verfasser dieser Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

3 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 153.

4 Ebenda S. 154.

"objektiven Kosten" sich letztlich als Reduzierung des Nutzens von Individuen interpretieren lassen bzw. ihre Wirkung als solche interpretiert werden muß, dann ist also auch das Argument ihrer objektiven Feststellbarkeit, der Meßbarkeit nur vordergründig, da sich der Nutzenverlust eines Individuums nicht quantitativ erfassen läßt. Am Ende steht also das gleiche Resultat wie es schon bei Ferguson erzielt wurde.¹

Es soll mit all diesen Einwendungen nicht gesagt werden, daß nutzentheoretische Untersuchungen der Effekte einer Staatsverschuldung sinnlos sind, nur muß mit Tobin gefragt werden, ob es nicht weiterführt, stattdessen äquivalente Änderungen von Einkommen oder Konsum zu untersuchen,² wobei aber sicher nicht eine solch vordergründige Darstellung wie die von Buchanan erstrebt werden sollte.

Buchanans erste These läuft im Ergebnis letztlich darauf hinaus, daß die Last, weil die Steuerzahler normalerweise einer Schuldenillusion unterliegen, in die Zukunft verschoben wird. Eine A u s n a h m e von dieser Regel ist möglich, wenn die Zensiten bereits bei der Begebung der Anleihe ihren Konsum entsprechend ihren zukünftigen Steueranteilen an Verzinsung und Tilgung der Anleihe reduzieren.

Es soll darum im folgenden geprüft werden, inwieweit die These der "New Orthodoxy", daß

die Begebung einer öffentlichen Anleihe keinen Transfer der primären Reallast auf zukünftige Generationen bedeutet,³

1 Siehe Zitat von James M. Ferguson auf Seite 88 dieser Arbeit.

2 James Tobin, Reply., a.a.O., S. 547.

Siehe auch Seite 29 f. dieser Arbeit.

3 James M. Buchanan, Public Principles ..., a.a.O., S. 4.

Übersetzung vom Englischen ins Deutsche vom Verfasser dieser Arbeit, wobei auf möglichst genaue Wiedergabe geachtet wurde (wörtliche Übersetzung).

der These Buchanans, daß

die primäre Reallast einer öffentlichen Anleihe auf zukünftige Generationen verschoben wird,¹

wirklich entgegengesetzt ist oder entgegengesetzt sein kann. Ob hier eine echte Kontroverse vorliegt, hängt weitgehend davon ab, ob auch gleiche Effekte einer Staatsschuld untersucht werden, ob letztlich der gleiche Lastbegriff verwendet wird.

3.021 Prüfung der ersten These der "New Orthodoxy" im Hinblick auf einen möglichen Widerspruch zu Buchanans erster These

3.0210 Der Lastbegriff der "New Orthodoxy"

Die zuerst zu klärende Frage ist, was die "New Orthodoxy" unter "primärer realer Last" versteht. Um hierauf eine Antwort zu finden, brauchen nicht alle Beiträge von allen Ökonomen, die aufgrund der von Buchanan vorgenommenen zeitlichen Abgrenzung zur "New Orthodoxy" zählen, berücksichtigt zu werden.² Im folgenden soll darum vor allem auf Äußerungen von Wirtschaftswissenschaftlern eingegangen werden, die für den Stand der Forschung im relevanten Zeitraum als repräsentativ betrachtet werden können.

Wenn in der ersten These der "New Orthodoxy" behauptet wird, daß die "primäre reale Last" nicht in die Zukunft verschoben wird, so sind die Zusätze "primär" und "real" zum Wort "Last" besonders auffallend. Es scheint sich um eine ganz besondere

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 31.

Übersetzung vom Englischen ins Deutsche vom Verfasser dieser Arbeit, wobei auf möglichst wortgetreue Wiedergabe geachtet wurde.

2 Siehe Seite 5 ff. dieser Arbeit.

Aus dem Begriff "primär" möchte man schließen, daß es z. B. auch eine "sekundäre" reale Last geben kann.

Der Zusatz "real" läßt die Vermutung aufkeommen, daß es auch andere als reale Lasten geben kann. In der einschlägigen Literatur ist die Ansicht zu finden, daß eine Staatsverschuldung sowohl eine güter- als auch geldwirtschaftliche Seite hat und unter beiden Aspekten betrachtet werden kann.¹ Darin mag ein erster Hinweis auf die Bedeutung des Terminus "real" gesehen werden: Es handelt sich vielleicht um güterwirtschaftliche Belastungen, d. h. um eine Last, die darin besteht, daß z. B. bestimmte Güter irgendwem genommen werden. Dann wäre es, wenn zwischen güter- und geldwirtschaftlichen Aspekten einer Staatsschuld unterschieden würde, vermutlich auch möglich, "monetäre" Belastungen zu untersuchen. Folglich müßte es "primäre" und "sekundäre" reale und monetäre Lasten geben können.

Selbst wenn die obige Erklärung für den Begriff "real" zutrifft, ist der Begriff "primär" immer noch zu definieren. Bei Buchanan wurde festgestellt, daß er die Begriffe "primär" und "sekundär" im Sinne von unmittelbar und mittelbar oder direkt und indirekt benutzte.² Diese Bedeutung haben die Wörter "primär" und "sekundär" bei der "New Orthodoxy", wie sich weiter unten noch im einzelnen zeigen wird, nicht. Die "New Orthodoxy" versteht darunter vielmehr, daß das, was zuerst geschieht, "primär" und das, was später geschieht, "sekundär" ist.³ Somit wäre, falls diese Erklärungen stimmen, ein "primärer realer" Effekt⁴ einer Staatsverschuldung ein Effekt, der einmal sofort, d. h. gleich-

1 B. U. Ratchford, The Burden of a Domestic Debt. In: Readings in Fiscal Policy. Selected by a Committee of the American Economic Association. Third Impression, London 1965, S. 452.
Herbert Timm, Gedanken zur Staatsverschuldung. "Finanzarchiv". Tübingen, Neue Folge, Bd. 9 (1943), S. 629 f.

2 Siehe Seite 29 ff. dieser Arbeit.

3 Sobald auf Einzelheiten eingegangen wird, erfolgt der Beweis hierfür.

4 Wegen der größeren Neutralität wurde statt Last "Effekt" gesagt. Es wird somit vermieden, die noch nicht angebrachte Definition des Begriffes "Last" vorzunehmen.

zeitig mit der mit der Begebung der Schuld auftritt und zudem rein güterwirtschaftlicher Art ist.

Eine Spezifizierung dieser sehr allgemeinen Aussage könnte sich aus folgenden Überlegungen ergeben: Wenn eine bestimmte Leistung erstellt werden soll, ist ein Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen erforderlich. Bewertet man diesen Verzehr von realen Größen in Geld, so spricht man üblicherweise von Kosten. Diese entstehen stets bei der Erstellung der Leistung, wobei es selbstverständlich gleichgültig ist, ob jene von einem privaten Wirtschaftssubjekt oder vom Staat erbracht wird. Diese an sich triviale Feststellung ist, wie weiter unten deutlich werden wird, jedoch von Bedeutung. Sie ist Kern der Kontroverse zwischen Buchanan und der "New Orthodoxy".

Um nun die für die Durchführung einer Investition notwendigen Güter und Dienste zu erlangen, werden üblicherweise Zahlungsmittel benötigt. Das gilt für private Wirtschaftssubjekte, das gilt auch für den Staat. Begibt nun der Staat eine Anleihe, um sich das Geld zur Deckung der Kosten einer von ihm geplanten Ausgabe zu beschaffen, um sich die dafür notwendigen Güter und Dienste kaufen zu können, so stellen ihm private Wirtschaftssubjekte diese Geldmittel zur Verfügung, falls nicht mit Geldschöpfung finanziert wird. Sobald das Projekt des Staates durchgeführt wird, entstehen die Kosten. Das bedeutet aber zugleich auch, daß die vom Staat in Anspruch genommenen Ressourcen irgendwelchen privaten Wirtschaftssubjekten nicht mehr zur Verfügung stehen können. Ob das negativ zu beurteilen ist, hängt von vielen Faktoren ab. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft kann beispielsweise der Staat durch seine Aktivität an sich schon knappe Ressourcen in seinen Machtbereich ziehen und damit privaten Unternehmern die Möglichkeit zu investieren verschließen, wobei dann noch zu untersuchen wäre, wo die knappen

Güter und Dienste produktiver eingesetzt werden, beim Staat oder im unternehmerischen Bereich. Es wird deutlich, und das sollte gesagt werden, daß der Ressourcenverzehr stets sofort bei Durchführung des Projektes erfolgt, daß aber ein Urteil darüber, ob dieser Verbrauch von Ressourcen durch den Staat negativ zu bewerten ist, u. U. also als Last bezeichnet werden könnte, nicht so ohne weiteres zu fällen ist.¹

Auf den so beschriebenen Vorgang konzentrieren sich verschiedene Ökonomen, die zur "New Orthodoxy" zählen. So schreiben Brownlee and Allen im Hinblick auf eine Staatsverschuldung:

"A unit of government plans to use resources. It must secure money in order to purchase these resources. If these resources are to be secured from within the country and there is full employment, resources must be diverted to government from other uses. If ... that money needed to purchase these resources cannot (or should not) be secured by collecting taxes currently, they may try to induce people to part with money in exchange for government securities. Resources available for producing goods and services in the private economy are diminished by the same amount in the period during which government is using the resources, whether the government secures the money by taxation or borrowing. The public project is paid for while it is being constructed in the sense that other alternative uses for these resources must be sacrificed during this period."²

Sinngemäß finden sich ähnliche Ansichten auch bei den "neu-

1 Das setzte voraus, daß grundsätzlich alle negativen Folgen einer Staatsverschuldung mit dem Wort "Last" belegt würden.

2 O. H. Brownlee and Edward D. Allen, *Economics of Public Finance*. Second Edition, Englewood Cliffs, N. J. 1954, S. 125 f.

Sperrungen vom Verfasser dieser Arbeit, erste Sperrung im Original nicht hervorgehoben, zweite Sperrung auch im Original hervorgehoben.

orthodoxen" Ökonomen Groves¹, Murphy², Pedersen³, Ratchford⁴, Lerner⁵, Wright⁶, Pigou⁷ und Cauley⁸.

Zunächst einmal ist dagegen, daß dieser Effekt, der sofort (primär) bei Durchführung eines anleihefinanzierten (aber auch steuerfinanzierten) öffentlichen Projektes auftritt, hervorgehoben und betont wird, nichts einzuwenden, denn seine Existenz kann nicht bestritten werden. Die Kosten der Staatsausgabe entstehen tatsächlich sofort und werden nicht in die Zukunft verschoben. Es ist bemerkenswert, daß einige der oben erwähnten Ökonomen in dem Zusammenhang auch von "realen Kosten" sprechen.⁹

Aus der Erkenntnis, daß die (realen) K o s t e n eines öffentlichen Projektes dann entstehen, wenn die Ausgabe getätigt wird, kann jedoch nicht ohne weiteres abgeleitet werden, daß es sich dabei um eine L a s t handelt. Dem Begriff Last haftet

-
- 1 Harold Groves, Financing Government. Fifth Edition, New York 1958, S. 580, 581.
 - 2 Henry C. Murphy, The National Debt in War and Transition. First Edition, New York, Toronto, London 1950, S. 60 f.
 - 3 Jørgen Pedersen, Einige Probleme der Finanzwirtschaft. "Weltwirtschaftliches Archiv", Jena, Bd. 45 (1937 I), S. 473, 474, 477.
 - 4 B. U. Ratchford, a.a.O., S. 453.
 - 5 Abba P. Lerner, The Burden of Debt. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 91.
Im folgenden zitiert als: The Burden of Debt.
 - 6 David McCord Wright, The Economic Limit and Economic Burden of an Internally Held National Debt. "The Quarterly Journal of Economics". Cambridge, Mass., Vol. LV (1940), S. 119.
Im folgenden zitiert als: The Economic Limit
 - 7 A. C. Pigou, A Study in Public Finance, Third revised Edition, London, New York 1960, S. 38.
 - 8 Troy J. Cauley, Public Finance and the General Welfare, Columbus, Ohio 1960, S. 340.
 - 9 Henry C. Murphy, a.a.O., S. 60.
A. C. Pigou, a.a.O., S. 38.
David McCord Wright, The Economic Limit..., a.a.O., S. 119.

im üblichen Sprachgebrauch etwas *N e g a t i v e s* an, was von *K o s t e n* keineswegs gesagt werden kann, solange ihre Verursachung einen Ertrag bewirkt, der größer ist als die Aufwendungen. Von den für ein unproduktives Projekt entstandenen Kosten könnte man vielleicht sagen, daß sie eine "Last" sind. Wieson nun einige der zur "New Orthodoxy" zählenden Ökonomen die realen Kosten als Last bezeichnen, mag eine Bemerkung von Harold Groves zeigen. Seines Erachtens ist es einfach zu zeigen, daß die "physische" oder "objektive" Last insgesamt (oder teilweise) von d e r Generation getragen wird

"... that fights the war. The present generation has the loss of the physical goods and services which might have been currently consumed had they not been diverted to war purposes."¹

Groves wählte als Beispiel bezeichnenderweise eine Anleihe zum Zweck der Kriegsfinanzierung und spricht dabei von einer Last. Ähnliche Gedanken finden sich auch bei Cauley², Murphy³ und Pedersen⁴, Hinter dieser Argumentation steht vermutlich der Gedanke, daß die für Kriegszwecke benutzten Güter und Dienstleistungen (Ressourcen) nicht (so) produktiv eingesetzt werden, wie es z. B. bei privaten Wirtschaftssubjekten (z. B. Industrieunternehmen) geschähe, daß also Ressourcen ohne entsprechende Erträge verzehrt werden.

Die Befürchtung des unproduktiven Einsatzes der durch die Anleihe für den Staat verfügbar gewordenen Ressourcen (oder des weniger produktiven Einsatzes) klingt bei der "New Orthodoxy",

1 Harold Groves, a.a.O., S. 580 f.

2 Troy J. Cauley, a.a.O., S. 340.

3 Henry C. Murphy, a.a.O., S. 60.

4 Jørgen Pedersen, a.a.O., S. 477.

Zu den Fußnoten 1, 2, 3 und 4 siehe auch:

James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 33.

soweit zu der Frage überhaupt Stellung genommen wird¹, immer wieder an.²

Es ist selbstverständlich zum Zeitpunkt der Durchführung der anleihefinanzierten Ausgabe kaum möglich, bereits a priori zu sagen, ob die staatliche Aktivität produktiv oder unproduktiv sein wird, wobei "Produktivität" wiederum sehr weit gefaßt werden muß.³ Die Unterstellung, daß eine Staatsausgabe deswegen eine Last ist, weil der Staat die Ressourcen weniger produktiv verwendet, als es von privaten Wirtschaftssubjekten geschieht, ist sehr angreifbar.

Bei dem sehr schillernden und kaum präzise definierbaren Begriff *Last* kann es andererseits nicht grundsätzlich als *falsch* bezeichnet werden, wenn bereits die Tatsache als Belastung angesehen wird, daß durch die Anleihe des Staates Geld aus privater in die öffentliche Hand übergeleitet wird und im gleichen Augenblick, in dem der Staat für sein geplantes Projekt damit Güter und Dienste kauft, die "realen Kosten" zu tragen sind.

3.0211 Unterschiedliche Lastbegriffe bei Buchanan und der "New Orthodoxy"

Wenn Buchanan nun in seiner ersten These davon spricht, daß die primäre reale Last in die Zukunft verschoben wird⁴, so meint er, was aufgrund der Kenntnis seines Lastbegriffes leicht

1 Keineswegs alle zur "New Orthodoxy" zählenden Ökonomen äußern sich zu dieser Frage.

2 O. H. Brownlee and Edward D. Allen, a.a.O., S.126 f.
Harold Groves, a.a.O., S. 581.

Philip E. Taylor, The Economics of Public Finance. Rev. ed., New York 1953, S. 232.

Emerson P. Schmidt, Private versus Public Debt. "The American Economic Review". Evanston, Illinois, Vol.XXXIII(1943), S.120.

David McCord Wright, The Economic Limit..., a.a.O., S. 119.

3 Siehe Seite 21 dieser Arbeit.

4 Eigentlich müßte es heißen "werden kann", da eine Ausnahme möglich ist. Buchanan sagt aber "wird" in seiner These.

zu sehen ist, etwas völlig anderes als die "New Orthodoxy", die das "Gegenteil" behauptet. Die Lastbegriffe nämlich sind nicht identisch. Aus dem Grunde muß bezweifelt werden, ob zwischen den beiden Auffassungen überhaupt ein Widerspruch existiert, selbst wenn aufgrund der Thesenformulierung dieser Eindruck entstehen muß. Buchanan meint die "objektiven Kosten" der Steuerzahler, wenn er von der "primären realen Last" spricht. Die "New Orthodoxy" jedoch meint den für die Durchführung der öffentlichen Ausgabe sofort notwendigen Ressourcenverzehr, wenn sie die "primäre Reallast" erwähnt.

Buchanan hätte weniger mißverständlich sagen können: Gemäß der "New Orthodoxy" bietet die Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben keine Möglichkeit, die reale Last (die realen Kosten) auf zukünftige Generationen zu verschieben. Nicht diese "realen Kosten" sollten im Mittelpunkt der Frage nach der Last einer Staatsverschuldung stehen¹, sondern man sollte prüfen, welche Folgen eine Anleihe für den einzelnen Steuerzahler hat. Dieser wird in der Zukunft belastet, wenn er aufgrund der für die Verzinsung und Tilgung der Schuld erhobenen Steuern seinen Verbrauch einschränken muß, dann trägt er die "objektiven Kosten".

Genau das ist es nämlich, was Buchanan letztlich behauptet und zu begründen versucht. Man fragt darum wohl mit einiger Berechtigung, warum er den so einfachen Zusammenhang verklausuriert und mißverständlich darstellt. Eine Formulierung der ersten These in der obigen Art hätte gewiß nicht das Echo gefunden, wie seine "Antithese" zur ersten These der "New Orthodoxy", vor allem auch dann nicht, wenn die Trivialität des Begriffes "objektive Kosten" nicht aufgrund der nachgewiesenen

¹ Die Ursache hierfür liegt in der unterschiedlichen Auffassung über die Relevanz politischer Gegebenheiten, zumindest nach Ansicht Buchanans. Siehe Seite 10 ff. dieser Arbeit, siehe auch Seite 101 dieser Arbeit, wo auf diese Probleme näher eingegangen wird.

unklaren und zum Teil inkonsistenten Erklärung dieses "Lastbegriffes" so schwer erkennbar gewesen wäre.

Festgehalten werden kann also, daß die Begriffe "primär" bei Buchanan und bei der "New Orthodoxy" verschieden sind, daß aber auch unter "realer Last" völlig verschiedene Effekte erfaßt werden.

3.0212 Unterschiedliche Begriffe "Generation" bei Buchanan und der "New Orthodoxy"

Aber nicht nur die Begriffe "primär" und "reale Last" haben bei Buchanan und bei der "New Orthodoxy" verschiedene Bedeutung, auch der Begriff "Generation" wird von Buchanan anders definiert, als die "New Orthodoxy" ihn versteht. Auch das geht nicht ohne weiteres aus dem Thesenvergleich hervor. Buchanan hat einen recht unkonventionellen Begriff "Generation" gewählt: Wird eine Anleihe in t_0 begeben, dann sind im Sinne Buchanans die dann Lebenden eine Generation. Die in t_1 lebenden Individuen zählen bereits zur zukünftigen Generation, selbst wenn es sich um die gleichen Menschen handelt, die auch in t_0 lebten. Der Zeitraum zwischen t_0 und t_1 ist für Buchanan unerheblich, er kann sehr kurz oder sehr lang sein. Individuum A zählt in t_0 zu einer anderen "Generation" als im Zeitpunkt t_1 . Im Zeitpunkt t_1 ist es, von t_0 aus gesehen, "zukünftige" Generation. Buchanan will, wie er selber betont, nicht untersuchen, ob die Last auf die Kinder und Kindeskinde (was dem traditionellen Begriff "Generation" entspräche) übertragen wird, sondern einfach, ob sie **v e r s c h o b e n** werden kann.¹

Dahingegen beschäftigt sich die "New Orthodoxy" mit dem Problem, ob die Verschiebung einer Last auf zukünftige Generationen im Sinne von Kindern, Kindeskindern etc. möglich ist.²

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 33 f.

2 Der Beweis dafür wird erfolgen, wenn die Frage nach der Belastung durch Verzinsung und Tilgung der Anleihe diskutiert wird. Ein Vorgriff würde bedeuten, daß bereits hier Probleme diskutiert werden müßten, die erst später zu behandeln sind.

Es kann Buchanan nicht der Vorwurf gemacht werden, auf seine Art der Definition des Wortes "Generation" nicht explizit hingewiesen zu haben, dennoch wird dadurch, daß dieser Begriff von Buchanan in seiner These und in der der "New Orthodoxy" verwendet wird, erneut unnötige Verwirrung geschaffen, was zu fruchtlosen Diskussionen geführt hat.¹

Bezeichnenderweise verwendet Buchanan in seiner späteren Thesenformulierung auch nicht mehr den Begriff "Generation", sondern spricht tatsächlich nur noch von einer Verschiebung der Last in die Zukunft:

Die öffentliche Anleihe als Finanzierungsmittel erlaubt es den einzelnen Mitgliedern einer politischen Gemeinschaft, die objektiven Opportunitätskosten öffentlicher Güter zu verschieben. Die primäre Last der öffentlichen Anleihe wird zeitlich vorwärts verschoben.²

Allerdings verwendet er bei seiner zum gleichen Zeitpunkt erfolgten Formulierung der These der "New Orthodoxy" den Begriff "Generation" nun ebenfalls nicht mehr:

Die primäre Last der öffentlichen Anleihe kann zeitlich nicht vorwärts verschoben werden.³

Man gewinnt wieder den Eindruck, daß es sich hier um zwei völlig kontroverse Ansichten über dasselbe Problem handelt, obgleich der allgemein verständliche Begriff "Generation", wäre er j e t z t in der These der "New Orthodoxy" verwendet worden, zumindest einen Unterschied hätte deutlich machen können,

1 Abba P. Lerner, The Burden of Debt., a.a.O., S. 92 f.

John C. Hause, Comment on "How to Make a Burden of the Public Debt". In: "The Journal of Political Economy". Chicago, Illinois, Vol. LXXII (1964), S. 488.

2 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 40.

Die Übersetzung dieser und der folgenden These (s.Fußnote 3) aus dem Englischen ins Deutsche wurde vom Verfasser dieser Arbeit vorgenommen, wobei auf möglichst wortgetreue Wiedergabe geachtet wurde.

3 Ebenda S. 32.

zumal die "New Orthodoxy" nun wirklich nicht nur die V e r - s c h i e b u n g der Last meint, sondern die Verschiebung auf zukünftige G e n e r a t i o n e n im Sinne von Kindern und Kindeskindern.

3.0213 Buchanans Versuch der Widerlegung des Lastbegriffes der "New Orthodoxy"

Wollte Buchanan nun die Ansicht der "New Orthodoxy" bezüglich der Verschiebbarkeit der Last wirklich widerlegen, dann müßte er zeigen können, daß der Lastbegriff der "New Orthodoxy" nicht haltbar ist. Diesen Versuch unternimmt er auch.

Die "realen Kosten", welche die "New Orthodoxy" herausstellt, bestreitet Buchanan nicht, auch nicht, daß sie sofort entstehen, wenn das öffentliche Projekt durchgeführt wird:

"In national accounting terms, public spending is increased implying an increase in public or governmental usage of resources; private spending and private resource usage is decreased. These changes take place regardless of the methods of financing the public expenditures. Debt and taxation appear to be alternative means of allocating the costs of the public goods with no t e m p o r a l difference in the location of these costs as between these two fiscal instruments."¹

Buchanans Feststellung, daß im Hinblick auf die Zeit des Eintritts der Last der realen Kosten kein Unterschied zwischen einer Steuerfinanzierung und Anleihefinanzierung besteht, wird auch von zur "New Orthodoxy" zählenden Ökonomen gemacht.² Buchanan kritisiert aber, daß die "New Orthodoxy" ihr Augenmerk zu sehr auf diese Frage gerichtet hat, ohne zu prüfen, w e r denn diese Last trägt.³

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 33. Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original kursiv gedruckt.

Siehe auch:

James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 34,35.

2 O. H. Brownlee and Richard D. Allen, a.a.O., S. 126.

3 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 33 ff.
James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 34.

So begründet und sinnvoll Buchanans Frage, wer die Last denn trägt, sein mag, im gleichen Augenblick, in dem sie gestellt wird, befindet sich Buchanan nicht mehr im Betrachtungsreich der "New Orthodoxy", sondern stellt eine andere, von der "New Orthodoxy" nicht angestrebte Untersuchung an. Um diese Behauptung zu belegen, ist es empfehlenswert, die entscheidenden Äußerungen Buchanans hierzu wiederzugeben:

"If public debt, as an institution does not facilitate a postponement of the opportunity costs of public goods, who pays these costs? If these costs must be incurred in the period when the resources are used, what individuals and groups in the community give up private goods in exchange for public goods? Where do the resources used to make the guns come from? Those persons who purchase the government securities, who buy the bonds, bear the costs of public goods, so this argument goes."¹

An diese Überlegungen anknüpfend, stellt Buchanan sodann heraus, daß s. E. die einzigen, die auf die Verwendung von Ressourcen verzichten, die Anleihezeichner sind.² Gemäß Buchanan behauptet nun die "New Orthodoxy", daß diese realen Kosten des öffentlichen Projektes von den Käufern der Anleihetitel getragen werden. Das wird jedoch von ihm durch keinen Literaturhinweis belegt. Eine derartige Behauptung konnte trotz intensiver Suche auch in der einschlägigen Literatur der "New Orthodoxy" nicht gefunden werden. Es läßt sich beispielsweise aus dem Zitat von Brownlee and Allen³ sehr leicht erkennen, daß die den Anleihezeichnern durch den Kauf der Wertpapiere entstehenden

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 33.

Sperrungen vom Verfasser dieser Arbeit. Erste Sperrung im Original nicht hervorgehoben, zweite Sperrung im Original kursiv gedruckt.

2 Ebenda S. 33 f.

3 Siehe Zitat auf Seite 93 dieser Arbeit.

Alternativkosten *n i c h t* gemeint sind, sondern *d i e* Alternativkosten, die in der Privatwirtschaft dadurch entstehen, daß der Staat Produktionsfaktoren beansprucht, die ansonsten privaten Unternehmern für die Produktion zur Verfügung gestanden hätten.¹ Buchanan erweckt nun den Eindruck, daß diese Alternativkosten mit den seinigen, den "objektiven Kosten", identisch sind. Das ist aber, wie aus der Kenntnis des Begriffes "objektive Kosten" hervorgeht, nicht der Fall. Die "New Orthodoxy" behauptet *n i c h t*, daß die "objektiven Kosten" im Sinne Buchanans in der Gegenwart getragen werden.

Die Ansicht der "New Orthodoxy", daß die Inanspruchnahme knapper Ressourcen durch den Staat in der Privatwirtschaft zu Produktionsschwierigkeiten führen kann, ist gar nicht einmal so abwegig. Es ist nämlich nicht garantiert, daß die Anleihezeichner gerade auf den Verbrauch der Güter und Dienste verzichten, die für die Staatsausgabe benötigt werden oder, falls sie die für den Kauf notwendigen Geldmittel den Ersparnissen entziehen, daß die Unternehmer, denen dann weniger Kredite gewährt werden können, gerade diese Produktionsfaktoren nachgefragt hätten. Es ist also denkbar, daß beispielsweise der Staat völlig andere (knappe) Produktionsfaktoren (als freigesetzt werden) nachfragt, um sein Projekt durchzuführen. Damit tritt er in Konkurrenz mit den privaten Unternehmern. Man denke nur an die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Situation nicht allein von einer Anleihebegebung des Staates verursacht wird, sondern es vieler anderer Faktoren bedarf, z. B. einer Vollbeschäftigung, um derartige Effekte zu zeitigen.² Auch ist es möglich, daß die Produktionsfaktoren vom Staat sinnvoller (produktiver) eingesetzt

1 Siehe Zitat von Brownlee and Allen auf Seite 93 dieser Arbeit.

2 Im übrigen tritt der Effekt auch bei sofortiger Steuerfinanzierung der Staatsausgaben auf.

werden, als es in der privaten Wirtschaft der Fall gewesen wäre. Die M ö g l i c h k e i t des von der "New Orthodoxy" angenommenen Effektes bleibt aber dennoch bestehen. Das berechtigt die "neuorthodoxen" Ökonomen grundsätzlich zu ihren Überlegungen und nimmt Buchanan das Recht, diese Ansicht als falsch zu bezeichnen. Es ist unverständlich, wieso Buchanan glaubt, in den Argumenten der "New Orthodoxy" einen "error"¹, einen "fallacy"² feststellen zu können und sie folglich als "wrong"³, als "Real-Cost Fallacy"⁴ bezeichnen zu können.

Die These der "New Orthodoxy" und die von Buchanan können nach dem bisherigen Stand der Untersuchung also durchaus n e b e n e i n a n d e r bestehen,⁵ wobei der Theorie der "New Orthodoxy", wenn die Trivialität des Lastbegriffes von Buchanan berücksichtigt wird, vielleicht doch der Vorzug zu geben ist. Der Gedanke nämlich, dem der Lastbegriff der "New Orthodoxy" zugrunde liegt, wurde von vielen Wirtschaftswissenschaftlern zum Ausgangspunkt weiterführender Analysen genommen.

3.022 Sinkende private Investitionstätigkeit als lastverursachender Vorgang

Es wird u.a. die Frage diskutiert, in welcher Weise die Inanspruchnahme von Produktionsfaktoren durch den Staat bei der Durchführung seines Projektes die private Investitionstätigkeit beeinflusst und, falls diese reduziert wird, welche Effekte das für die Zukunft haben kann. Eine derartige Überlegung geht eindeutig von dem von der "New Orthodoxy" hervorgehobenen und als Last bezeichneten Effekt aus. Als Beweis dafür mag Lerner's Hin-

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 34.

2 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 33.

3 Ebenda S. 32.

4 Ebenda S. 33 f.

5 E. J. Mishan, How to Make a Burden..., a.a.O., S. 186 ff., insbes. S. 189.

weis auf die Möglichkeit einer Lastverschiebung auf zukünftige Generationen betrachtet werden, wenn er, der als der Vertreter der "New Orthodoxy" gelten darf, sagt:

"This is not to say that there is no way at all in which the present generation can shift a burden onto future generations. Our proposition is only that this is not done by internal borrowing. We can impoverish the future by cutting down on our investment in capital resources (or by using up or destroying natural resources) that would have enabled future generations to produce and enjoy higher standards of living."¹

Wie aus dem Zitat hervorgeht, ist Lerner der Ansicht, daß der so beschriebene Effekt nicht durch die Anleihe verursacht wird, andererseits bestreitet er nicht die Möglichkeit, daß eine Anleihe diesen Effekt unter bestimmten Umständen² begünstigt. Er spricht von "a possible connection" zwischen einer Anleihefinanzierung und diesem Effekt.³ Lerner betont aber ebenso ausdrücklich, daß dieser Zusammenhang nicht notwendigerweise bestehen muß, daß "... there is no necessary connection."⁴ Auch die Art der Staatsausgabe, d. h. die dafür beanspruchten Produktionsfaktoren können nach Lerner die Kapitalausstattung zukünftiger Generationen und damit deren Lebensstandard verschlechtern und somit eine Last darstellen, unabhängig von der Art der Finanzierung (Steuern oder Anleihe).⁵

1 Abba P. Lerner, *The Burden of Debt.*, a.a.O., S. 94.

Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original nicht hervorgehoben.

2 Ebenda S. 94:

"If full employment (or some other level of employment) is somehow being maintained, and if the conditions of the borrowing and the kinds of people from whom the borrowing is done are such, that they reduce consumption by less than consumption would have been reduced if the money had been raised instead by taxes, than there will be more consumption and there will therefore have to be less investment. The borrowing will then have reduced the real resources inherited by future generations."

3 Ebenda.

4 Ebenda. Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original kursiv gedruckt.

5 Ebenda S. 95.

Hatte sich die "New Orthodoxy" auf den Zeitpunkt der Durchführung des anleihefinanzierten Projektes des Staates konzentriert und die dann entstehenden, nicht verschiebbaren "realen Kosten" als Last bezeichnet,¹ so untersucht nunmehr Lerner eine eventuelle Folgeerscheinung dieser "realen Kosten" für zukünftige Generationen und bezeichnet diese ebenfalls als Last. Obgleich der von Lerner beschriebene Vorgang und der von der "New Orthodoxy" herausgestellte Effekt ursächlich miteinander in Verbindung stehen, darf doch wohl gesagt werden, daß hier von Lerner ein neuer Lastbegriff geprägt wird, der den der "New Orthodoxy" weder ausschließt, noch mit diesem identisch ist.

Die von Lerner beschriebene zukünftige Belastung ist nicht identisch mit der normalerweise² ebenfalls in der Zukunft entstehenden "primären Reallast" ("objektive Kosten") Buchanan's. Buchanan hat diesen von Lerner genannten Effekt sehr wohl auch gesehen und erwähnt, ihn aber nicht näher untersucht, da es sich gemäß seiner auf das Individuum bezogenen Betrachtung um einen Effekt handelt, der die "community as a whole"³ betrifft. Es ist in seinem Sinne eine "secondary burden".⁴

Voraussetzung für eine Belastung zukünftiger Generationen ist gemäß Lerner, daß diese aufgrund einer reduzierten Kapitalbildung einen niedrigeren Lebensstandard erreichen, als es ohne die staatliche Aktivität der Fall gewesen wäre.⁵ Auch Buchanan's Argumentation bezüglich dieses Effektes läuft letztlich auf dieses Ergebnis hinaus, wenn er darauf hinweist, daß der "sekundären Last" (in seinem Sinne) die Erträge des an-

1 Siehe Seite 94 ff. dieser Arbeit.

2 Wenn von dem Fall abgesehen wird, daß die Steuerzahler die "objektiven Kosten" durch entsprechende Konsumreduzierungen bereits bei der Anleihebegebung tragen.

3 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 33.

4 Ebenda S. 40 f., siehe auch Seite 10 ff. u. 29 ff. dieser Arbeit.

5 Siehe Zitat auf Seite 104 dieser Arbeit.

leihefinanzierten öffentlichen Projektes gegenübergestellt werden müssen, um zu einem endgültigen Ergebnis zu gelangen.¹ Von einer Kontroverse kann hier also nicht die Rede sein. Die Möglichkeit eines Ausgleichs der von Lerner erwähnten "Last" sollte auch kein Grund sein, sich mit der Frage nicht zu beschäftigen, inwieweit eine reduzierte Kapitalbildung zum Zeitpunkt der Durchführung des anleihefinanzierten öffentlichen Projektes zukünftiger Generationen belasten kann.

Daß diese Frage für viele Ökonomen von besonderem Interesse ist, beweisen die zahlreichen Literaturbeiträge zu diesem Problem. Bereits die Klassiker Hume, Smith und Ricardo befürchteten ein vermindertes Wachstum des Kapitalstocks, wenn der Staat sich verschuldet.² In neuerer Zeit wurde, mit direkter oder indirekter Bezugnahme auf Buchanans Veröffentlichungen, das Problem, welche Folgen eine durch die Anleihefinanzierung von Staatsausgaben reduzierte private Kapitalbildung in der Zukunft haben kann, in zum Teil sehr ausführlichen Diskussionsbeiträgen von Vickrey,³ Modigliani⁴, Musgrave⁵

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 41.

Ähnliche Überlegungen finden sich auch bei:
Jack Wiseman, The Logic of National Debt Policy. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 181 f., und
Philip E. Taylor, a.a.O., S. 232.
 Taylor ist der "New Orthodoxy" zuzurechnen.

2 Siehe Seite 4 f. dieser Arbeit. Siehe dazu auch:

David Hume, a.a.O., S. 306.
Adam Smith, a.a.O., S. 859 f.
David Ricardo, a.a.O., S. 187.

3 William Vickrey, The Burden of the Public Debt: Comment. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 74 - 81.

4 Franco Modigliani, a.a.O., S. 107- 138.

5 Richard A. Musgrave, Internal Debt in the Classical System. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 139-145. Im folgenden zitiert als: Internal Debt... .
 Hierbei handelt es sich um einen Auszug aus:
Richard A. Musgrave, The Theory of Public Finance, New York, London, Toronto, Tokyo 1959, S. 556 ff. Im folgenden zitiert als: The Theory... .

Neisser¹ und Miller² behandelt. Es wurde weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen, diese Beiträge im einzelnen zu untersuchen. Gemeinsam ist den Analysen, daß die Beeinflussung der Kapitalbildung durch eine Staatsanleihe als untersuchenswerter Vorgang betrachtet wird, weil sich für die Zukunft daraus eventuell negative Effekte ergeben könnten, die nach Meinung der oben genannten Ökonomen zu beachten sind.

Der mögliche negative Effekt, die Last zukünftiger Generationen, wird von ihnen darin gesehen, daß aufgrund der reduzierten privaten Kapitalbildung das Einkommen in der Zukunft möglicherweise niedriger ist, als es ohne die Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben der Fall gewesen wäre.³

Für die hier vorliegende Untersuchung ist entscheidend, daß es sich um einen Lastbegriff handelt, der dem von Buchanan ("objektive Kosten") nicht widerspricht, sondern andere Effekte zum Inhalt hat. In einer kurzen Entgegnung auf die Analysen von Modigliani, Vickrey und Musgrave unterstellt Buchanan jedoch, daß diese drei Ökonomen sich mit der Verschiebbarkeit seiner "objektiven Kosten" beschäftigt haben. Buchanan behauptet, daß sowohl Modigliani als auch Vickrey betonen, daß bei einer Steuerfinanzierung von Staatsausgaben die "objektiven Kosten" dann in die Zukunft verschoben werden, wenn dadurch die Kapitalbildung reduziert wird.⁴ Im Anschluß daran fährt er fort:

"Insofar as the taxpayer chooses to meet his current obligation by drawing down his rate of capital formation instead of restricting consumption, he is, of course,

1 Hans Neisser, Is the Public Debt a Burden on Future Generations? In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 145 ff.

2 H. Laurence Miller, Jr., a.a.O., S. 168.

3 William Vickrey, a.a.O., S. 78.

Franco Modigliani, a.a.O., S. 118.

Richard A. Musgrave, Internal Debt..., a.a.O., S. 145.

Hans Neisser, a.a.O., S. 147.

4 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 159.

reducing his income over future periods. The objective cost of the project is, to this extent, effectively shifted forward or postponed. Where Modigliani, Vickrey and, also, Musgrave (..) err is in their suggestion that public debt issue involves such a postponing of objective cost only if, in the aggregate, the rate of capital formation in the economy is less than it would be under the tax alternative."¹

Hier erfolgt seitens Buchanan wieder etwas, was schon früher² festgestellt wurde: Er unterstellt, daß andere Ökonomen ihren Lastbegriff ebenfalls im Sinne der "objektiven Kosten" interpretieren und dann zu Ergebnissen gelangen, die von seinen eigenen abweichen. Aber weder Modigliani noch Vickrey, noch Musgrave behandeln die "objektiven Kosten".³

Wenn diese drei Ökonomen davon sprechen, daß auch bei einer Steuerfinanzierung⁴ die Zukunft belastet werden kann, dann füh-

1 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S.159 f.

Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit. Erste Sperrung im Original nicht hervorgehoben, zweite und dritte Sperrung im Original kursiv gedruckt.

2 Siehe Seite 101 ff. dieser Arbeit.

3 Franco Modigliani, a.a.O., S. 118.

Dort sagt Modigliani ausdrücklich, daß er nicht die Steuern für die Verzinsung (sie sind Teil der "objektiven Kosten") untersuchen will.

William Vickrey, a.a.O., S. 76 ff.

Richard A. Musgrave, Internal Debt..., a.a.O., S. 140,145.

Vickrey und Musgrave beschäftigen sich, was klar zu erkennen ist, mit den Folgen der aufgrund der Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben reduzierten privaten Investitionsrate.

4 Modigliani, Vickrey und Musgrave gehen davon aus, daß auch die Steuerfinanzierung die private Kapitalbildung beeinflussen kann, meinen aber, daß dieser Effekt in erhöhtem Maße bei der Anleihefinanzierung zu beobachten ist:

Franco Modigliani, a.a.O., S. 116 ff, insbes. S. 122 ff.

Richard A. Musgrave, Internal Debt..., a.a.O., S. 140.

William Vickrey, a.a.O., S. 76 ff.

Vickrey beschäftigt sich insbesondere auch mit der Frage, welche zusätzliche Reduzierung der privaten Kapitalbildung aufgrund der Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben erfolgen kann:

Ebenda S. 78.

ren sie diesen Effekt auf den gleichen Vorgang zurück, wie er bei einer Anleihefinanzierung beobachtet werden könnte, daß nämlich die private Kapitalbildung sinkt und a l s F o l g e dieses Effektes in der Zukunft u. U. das Einkommen sinken kann. Dieser Vorgang beschreibt etwas völlig anderes, als es die "objektiven Kosten" tun, die bekanntlich die Konsumreduzierungen aufgrund der B e s t e u e r u n g für Verzinsung und Tilgung der Anleihe zum Inhalt haben. Das, was Modigliani, Vickrey und Musgrave meinen, hat mit diesem Effekt nichts zu tun. Buchanan aber erweckt in dem obigen Zitat den Eindruck, als sprächen auch sie von den "objektiven Kosten", wenn er sagt, daß sie irren, wenn sie annehmen, die "objektiven Kosten" würden n u r verschoben, wenn die Investitionsrate sinkt. Modigliani, Vickrey und auch Musgrave haben einen a n d e r e n Lastbegriff als Buchanan. Die Last in i h r e m Sinne wird wirklich nur dann verschoben, wenn die Investitionsrate aufgrund der anleihe- oder steuerfinanzierten Staatsausgabe sinkt.

Keiner der drei Autoren behauptet, daß diese von ihnen beschriebene Last die einzig mögliche ist. Die von Buchanan genannte Last, die "objektiven Kosten", kann durchaus n e b e n den von Modigliani, Vickrey, Musgrave und auch Neisser hervorgerufenen Effekten existieren, die unabhängig davon sind, ob die Steuerzahler für die Bedienung und Tilgung der Schuld Steuern zahlen und auf Konsum verzichten müssen. Z u s ä t z l i c h k a n n sich die Einkommenssituation aufgrund der bei der Anleihebegebung reduzierten privaten Kapitalbildung insgesamt verschlechtert haben. Buchanan muß sich den Vorwurf gefallen lassen, in seiner Kritik von falschen Voraussetzungen ausgegangen zu sein.

3.023 Die durch die Anleihefinanzierung von Staatsausgaben
induzierte Konsumreduzierung als lastverursachender
Vorgang

Die vom Staat mit Hilfe einer Anleihe für sein Projekt verfügbar gewordenen Güter und Dienste werden von den Anleihezeichnern den Ersparnissen und/oder dem Konsum entzogen, und zwar zum Zeitpunkt der Anleihebegebung.¹ Dieser von der "New Orthodoxy" als lastverursachend bezeichnete Vorgang hat Folgewirkungen, von denen im voraufgehenden Abschnitt eine gezeigt wurde. Andere Autoren beschäftigen sich mit der Frage, ob ein Sinken des privaten Verbrauchs aufgrund der Begebung der Anleihe nicht ebenfalls Effekte für die Zukunft zeitigen kann, denen eventuell Lastcharakter zugesprochen werden muß. Eine der bekanntesten diesbezüglichen Analysen ist die von den drei Ökonomen William G. Bowen, Richard G. Davis und David H. Kopf (im folgenden kurz Bowen-Davis-Kopf genannt).²

Bowen-Davis-Kopf greifen die Ansicht der "New Orthodoxy" auf, daß die Last nicht verschoben werden könne, und stimmen dieser Ansicht zu, wenn die reale Last einer Anleihe definiert wird als

"... the total amount of private consumption goods given up by the commu-

1 Richard A. Musgrave, Internal Debt..., a.a.O., S. 139 f.

2 William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Public Debt: A Burden on Future Generations? In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 67-74. Im folgenden zitiert als: The Public Debt....

William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Burden of the Public Debt: Reply. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 87-90. Im folgenden zitiert als: The Burden... .

William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Distribution of the Debt Burden: A Reply. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 96-100. Im folgenden zitiert als: The Distribution... .

nity at the time the
borrowed funds are
spent."¹

Sie unterstellen dabei, daß die vom Staat in Anspruch genommenen Güter und Dienste ohne die Anleihe ansonsten in vollem Umfange von privaten Wirtschaftssubjekten v e r b r a u c h t worden wären.² Bowen-Davis-Kopf sind sich über die mangelnde Realitätsbezogenheit dieser Annahme im klaren und verweisen selbst darauf, daß üblicherweise infolge einer Anleihe des Staates sowohl der Konsum als auch die Ersparnisse der Anleihezeichner gesenkt werden.³ Sie wollen aber zeigen, daß auch dann eine Last verschoben werden kann, wenn bei der Begebung der Anleihe ausschließlich der Verbrauch betroffen wird.⁴

Bowen-Davis-Kopf unterstellen Vollbeschäftigung⁵ und konzentrieren sich auf den Lebenszeit-Konsum einer Generation und bezeichnen dessen Verminderung als reale Last:

"Let us define the real burden of a public debt to a generation as the total consumption of private goods foregone during the lifetime of that generation as a consequence of government borrowing and attendant public spending."⁶

-
- 1 William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Public Debt..., a.a.O., S. 68.
Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original kursiv gedruckt.
Der Lastbegriff der "New Orthodoxy" basiert nicht auf einer Konsumreduzierung, sondern ganz allgemein auf dem Ressourcenentzug seitens des Staates. Das ist aus der Definition des Lastbegriffes bekannt.
- 2 William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Public Debt..., a.a.O., S. 70.
- 3 William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Burden..., a.a.O., S. 87.
- 4 Ebenda S. 88.
- 5 William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Public Debt..., a.a.O., S. 68.
- 6 Ebenda.
Sperrung vom Verfasser dieser Arbeit, im Original kursiv gedruckt.

Dabei verweisen sie zugleich darauf, daß es sich um eine Bruttolast handelt, also etwaige Erträge der öffentlichen Ausgabe nicht einbezogen sind.¹

Bowen-Davis-Kopf nehmen also an, daß die zur Zeit der Anleihebegebung lebende Generation ihren Verbrauch senkt, um die Wertpapiere kaufen zu können. Das bedeutet aber noch keine Reduzierung des *L e b e n s z e i t*-Konsums dieser Generation, also die Übernahme der Last, denn diese kann vermieden werden, indem die anleihezeichnende Generation die Wertpapiere an die nächste Generation verkauft. Sie kann auf diese Weise ihren bei der Begebung und Zeichnung der Anleihe reduzierten Konsum nachholen², ihr Lebenszeit-Konsum hat sich durch die anleihefinanzierte Öffentliche Ausgabe nicht verändert, sie trägt keine Last. Diese würde von der nachfolgenden Generation übernommen, wenn diese reduzierte nach Bowen-Davis-Kopf beim Erwerb der Wertpapiere wiederum den Konsum, den sie ihrerseits auch wieder nachholen kann, wenn sie die Wertpapiere an eine dritte Generation weiterveräußert. Erst die Generation, zu deren Lebenszeit die Anleihe mit Hilfe einer Steuererhebung getilgt wird, trägt endgültig und für immer die Last eines reduzierten Lebenszeitkonsums, denn die Rückzahlung aus Steuermitteln kompensiert nach Bowen-Davis-Kopf den reduzierten Konsum bei Erwerb der Wertpapiere und nicht auch die Konsumreduzierung aufgrund der Steuer für die Rückzahlung.³

Wenn nun die *G e n e r a t i o n*, welche die Anleihe bei der Begebung zeichnete und daraufhin ihren Verbrauch einschränkte, die Wertpapiere nicht verkaufen, sondern vererben will, dann

1 William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Public Debt..., a.a.O., S. 68 f.

2 Bowen-Davis-Kopf unterstellen dabei offensichtlich, daß mit dem gleichen Geldbetrag dann ebenso viel Konsumgüter gekauft werden können, wie es bei Anleihebegebung der Fall gewesen wäre, was keineswegs zu sein braucht (z.B. wegen Preiserhöhungen).

3 William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Public Debt..., a.a.O., S. 68 ff.
The Burden..., a.a.O., S. 89 f.
The Distribution..., a.a.O., S. 97 f.

erhält sie am Ende ihrer Lebenszeit auch keine zusätzlichen Mittel, um den anfänglichen Konsumverzicht nachzuholen: Ihr Lebenszeit-Konsum ist reduziert. Gemäß Bowen-Davis-Kopf wird dann die Last auch nicht verschoben, sondern von der bei der Begebung der Anleihe lebenden Generation getragen.¹

Das nach Bowen-Davis-Kopf zu beachtende Fazit dieser Überlegung ist, daß eine Anleihefinanzierung öffentlicher Ausgaben der anleihezeichnenden Generation die M ö g l i c h k e i t gibt, den mit der Durchführung des öffentlichen Projektes verbundenen Konsumverzicht deswegen nachzuholen, weil in Höhe der Schuld Wertpapiere ausgegeben werden, die wieder veräußerbar sind.²

Die Analyse von Bowen-Davis-Kopf ist gewiß nicht unproblematisch, und es lassen sich sicherlich viele Einwendungen gegen sie erheben³, wofür die verschiedenen Kritiken durch andere

1 William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf,
The Public Debt..., a.a.O., S. 73.

2 Ebenda S. 70.

Da vom Lebenszeit-Konsum der G e n e r a t i o n die Rede ist, ist nur schwer feststellbar, ob diese i n s g e - s a m t entweder verkauft oder vererbt. Wenn nur e i n Anleihetitel-Halter anders handelt als alle anderen, kann schon nicht mehr gesagt werden, daß d i e Generation die Last trägt oder verschiebt. Aus dieser Sicht erhebt sich die Frage nach dem S i n n eines solchen Lastbegriffes.

3 Siehe Bemerkung zu Fußnote 2 auf dieser Seite.

Ökonomen ein Beweis sein mögen.¹ Das zu prüfen ist nicht Aufgabe dieser Arbeit. Hier steht die Frage zur Diskussion, ob sich zu Buchanans Lastbegriff ein Widerspruch ergibt, ob es sich um identische Lastbegriffe handelt oder um solche, die nebeneinander bestehen können.

Bowen-Davis-Kopf gehen von der Überlegung aus, daß die für eine Staatsausgabe benötigten Güter und Dienste in gleichem Maße dem Konsum der dann lebenden *Generation* entzogen werden, was nach eigenen Aussagen der drei Ökonomen nicht unbedingt realistisch ist. Diesen Effekt bezeichnen sie als Last, wenn der Lebenszeit-Konsum der betreffenden Generation für immer reduziert wird. Dabei wird offensichtlich unterstellt, daß der Lebenszeit-Konsum einer Generation für deren Wohlfahrt bedeutsam ist.² Bei der inzwischen erwiesenen Vielschichtigkeit und Vieldeutigkeit des Begriffes Last bleibt es den drei Ökonomen unbenommen, ihn für den beschriebenen Vorgang zu wählen. Wird einmal angenommen, daß dieselbe Staatsausgabe statt mit einer Anleihe mit Steuermitteln finanziert wird und die Güter und Dienste für die Durchführung des öffentlichen Projektes ebenfalls voll und ganz aus Konsumreduzierungen der betroffenen Generation stammen, dann könnte diese Verbrauchseinschränkung auch als Last im Sinne reduzierten Lebenszeit-Konsums bezeichnet werden. Im Gegensatz zur Anleihefinanzierung hätte die besteuerte Generation dann aber keine Möglichkeit, diesen Konsumverzicht nach-

1 William Vickrey, a.a.O., S. 74 ff.
Tibor Scitovsky, a.a.O., S. 82 ff.
James R. Elliott, The Burden of Public Debt: Comment. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 84 - 86.
Abba P. Lerner, The Burden of Debt, a.a.O., S. 95 ff.
Hans Neisser, a.a.O., S. 145 ff.
Carl S. Shoup, a.a.O., S. 207 ff.
Karl Meister, a.a.O., S. 142 ff.

2 Bei Bowen-Davis-Kopf findet sich keine Erklärung dafür, was zum Verständnis dieser Überlegung eigentlich notwendig gewesen wäre.

zuholen, da sie dann keine veräußerbaren Wertpapiere besitzt. D a r i n ist, Bowen-Davis-Kopf zufolge, der Unterschied zwischen Anleihe- und Steuerefinanzierung öffentlicher Ausgaben im Hinblick auf den Lebenszeit-Konsum zu sehen.¹

Buchanan hingegen bestreitet, daß zum Zeitpunkt der Anleihebegebung eine Last entsteht.² Allem Anschein nach liegt hier also ein Widerspruch zu den Überlegungen von Bowen-Davis-Kopf vor. Für Buchanan ist es ohne Frage nicht richtig zu sagen, daß die A n l e i h e z e i c h n e r eine Last tragen, sondern für diese ist der Wertpapierkauf lediglich ein Aktivtausch (Kasse gegen Wertpapiere).³

Bowen-Davis-Kopf aber untersuchen nicht die Situation d e r A n l e i h e z e i c h n e r , sondern die der gesamten G e n e r a t i o n , wobei nicht unterschieden wird, ob deren einzelne Glieder nun auch Wertpapiere besitzen oder nicht. Sie sprechen immer dann von einer Last der anleihezeichnenden Generation, wenn diese i n s g e s a m t ihren Lebenszeit-Konsum einschränkt. Die Verbrauchseinschränkung der Anleihezeichner ist deswegen nicht relevant, weil diese gemäß Bowen-Davis-Kopf ihren beim Kauf der Wertpapiere reduzierten Konsum durch den Verkauf der Titel in späteren Jahren nachholen. Aus dem Grunde kann sich kein Widerspruch, sondern wieder nur ein Nebeneinander verschiedener Lastbegriffe ergeben. Wenn davon ausgegangen wird, daß der Lebenszeit-Konsum einer ganzen Generation für diese bedeutsam ist und wenn dann ein Ereignis eintritt, welches den Lebenszeit-Konsum senkt, so mag es angehen,

1 William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Burden..., a.a.O., S. 88.

2 Die Ausnahme ist, daß die Steuerzahler bei Anleihebegebung entsprechend ihren zukünftigen Steueranteilen den Verbrauch reduzieren.

3 Siehe Seite 22 dieser Arbeit.

den Vorgang als belastend zu bezeichnen. Es handelt sich dabei aber keinesfalls um die "objektiven Kosten" im Sinne Buchanans, die hier von Bowen-Davis-Kopf diskutiert werden. Auch das kann leicht gezeigt werden.

Für Buchanan existiert die Möglichkeit die "objektiven Kosten" zur Zeit der Anleihebegebung zu tragen bekanntlich nur dann, wenn die *S t e u e r z a h l e r* bereits in dem Zeitpunkt ihren Konsum um den auf sie entfallenden Anteil an Steuern für Verzinsung und Rückzahlung reduzieren.¹ Bowen-Davis-Kopf aber sprechen einfach von *d e r* Generation. Die zur Zeit der Anleihebegebung lebende Generation trägt die Last des verminderten Lebenszeit-Konsums dann, wenn sie ihn nicht später durch Verkauf der Wertpapiere nachholt.

Es handelt sich bei der Verlagerung der Last auf den Zeitpunkt der Anleihebegebung also nicht wie bei Buchanan um eine Antizipierung zukünftiger Vorgänge durch *b e s t i m m t e* Glieder der gegenwärtigen Generation, sondern um das *N i c h t - N a c h h o l e n* eines bereits erfolgten Konsumverzichts durch die gesamte gegenwärtige Generation. Würden alle Steuerzahler im Sinne Buchanans reagieren (Antizipation zukünftiger Steuern) und würde die *G e n e r a t i o n* im Sinne von Bowen-Davis-Kopf die Anleihepapiere nicht veräußern wollen, so entstünden *z w e i* Lasten sofort, die von Buchanan (die "objektiven Kosten") und die von Bowen-Davis-Kopf (die endgültige Reduzierung des Lebenszeit-Konsums der anleihezeichnenden Generation).

Damit dürfte gezeigt worden sein, daß hier keine Widersprüche, sondern verschiedene Betrachtungsweisen der Folgen einer Staatsverschuldung vorliegen.²

1 Siehe Seite 78 ff. dieser Arbeit.

2 Diese etwas ausführliche Diskussion war nötig, da es schwierig ist zu zeigen, daß Bowen-Davis-Kopf einen anderen Effekt untersuchen als Buchanan. Im nächsten Abschnitt über die Folgen der Verzinsung und Tilgung der Schuld wird auf die Analyse von Bowen-Davis-Kopf noch wieder einzugehen sein.

3.024 Zusammenfassung der bisher erzielten Ergebnisse

Die bisherige Untersuchung hat gezeigt, daß

- a) die Begebung einer Staatsanleihe zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben verschiedene Effekte hervorrufen kann, die u. U. negative Folgen haben können,
- b) die verschiedenen, möglicherweise negativen Effekte von den verschiedenen Ökonomen mit dem Begriff "Last" belegt wurden, daß also der Begriff "Last" durchaus nicht einheitlich definiert wurde,
- c) n e b e n dem Lastbegriff Buchanans (den "objektiven Kosten"), der sich im übrigen als trivial in seiner Aussage herausstellte, andere Lastbegriffe mit anderen Inhalten existieren (von denen die in der Literatur am häufigsten behandelten genannt wurden),
- d) als Ergebnis festgehalten werden kann: Weder der Lastbegriff der "New Orthodoxy" noch die Lastbegriffe in den neueren Analysen widersprechen dem Lastbegriff (den "objektiven Kosten") Buchanans, so daß sich ein N e b e n e i n a n d e r verschiedener Aussagen ergibt, ohne daß es deswegen zu Kontroversen zu kommen braucht.

3.03 Die Diskussion über die Verzinsung und Tilgung einer Staatsanleihe und ihre lastverursachenden Effekte

Das Ereignis der Verzinsung und Tilgung tritt, vom Zeitpunkt der Anleihebegebung aus gesehen, in der Zukunft ein. Für Buchanan sind die für die Verzinsung und Amortisation der Schuld zu erhebenden Steuern, sofern die Steuerzahler ihren Verbrauch einschränken, die in die Zukunft verschobenen "objektiven Kosten", die "primäre reale Last"¹. Nach Ansicht der "New Orthodoxy",

1 Siehe Seite 63 ff. dieser Arbeit.

d. h. gemäß deren erster These¹, dürfte zu dem Zeitpunkt keine Last vorliegen, da diese bereits bei der Anleihebegebung entstanden war und getragen wurde.

Bevor im einzelnen auf diese offenbar vorliegende Kontroverse eingegangen wird, sei noch auf eine Prämisse verwiesen, die allen folgenden Argumenten für oder gegen das Vorliegen einer Last bei Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld mehr oder weniger stillschweigend zugrunde gelegt wird. Es wird nämlich von der Voraussetzung ausgegangen, und das ist insbesondere bei Buchanan und der "New Orthodoxy" der Fall, daß sich der Staat die Mittel für Zinsen und Rückzahlung auch tatsächlich durch Steuern beschafft bzw. beschaffen muß. Was ist aber, wenn diese Notwendigkeit gar nicht besteht, etwa weil das anleihefinanzierte Projekt so ertragreich ist, daß die für die Verzinsung und Tilgung erforderlichen Mittel auch ohne Steuererhebung zur Verfügung stehen? Ist dann eine Diskussion um die "Last" überflüssig? Es ist sicherlich interessant, sich dieser Frage zu erinnern, wenn die verschiedenen Meinungen einander gegenübergestellt werden. Dann wird nämlich sehr bald deutlich, daß Spezialfälle diskutiert werden und doch der Anspruch auf Allgemeingültigkeit der betreffenden Analyse erhoben wird.

3.030 Prüfung der Frage, ob bezüglich der Beurteilung von Verzinsung und Tilgung einer Anleihe seitens Buchanan und seitens der "New Orthodoxy" ein echter Widerspruch vorliegt

Nachdem der Lastbegriff Buchanans und der der "New Orthodoxy" inzwischen bekannt ist und auch die Tatsache, daß es sich um

1 Siehe Seite 2 und Seite 90 ff. dieser Arbeit.

verschiedene Belastungen handelt, ist die Klärung der in der Überschrift gestellten Frage nicht besonders schwierig: Es ergibt sich wieder nur ein Nebeneinander verschiedener Untersuchungsergebnisse statt eines echten Widerspruchs.

Wie bereits gezeigt, spricht die "New Orthodoxy" immer dann von Last, wenn der Staat für seine Ausgaben Güter und Dienste beansprucht, die ansonsten von privaten Wirtschaftssubjekten verwendet worden wären oder hätten verwendet werden können.¹

Die Verzinsung und Tilgung einer internen Staatsschuld hat eine monetäre und eine reale Seite. Unter der Voraussetzung, daß sich der Staat die für die Verzinsung und Amortisation der Anleihe notwendigen Gelder durch eine Steuererhebung beschafft, werden auf der einen Seite Geldmittel von den Steuerzahlern eingezogen, und auf der anderen Seite werden diese Mittel wieder an die Anleihezeichner ausgezahlt. Für den Staat handelt es sich also, wenn einmal von den Kosten der Erhebung und Auszahlung und von möglichen "leakages" abgesehen wird, um einen durchlaufenden Posten. Es wird ebenso viel Geld ausgegeben wie eingenommen wird. Wenn eine Untersuchung dieses Vorganges nunmehr von der Frage ausgeht, welche Folgen die Zinszahlungen für den gesamten nichtstaatlichen Bereich haben und zunächst die monetäre Seite betrachtet wird, so muß sich zwangsläufig der Schluß ergeben, daß sich im gesamten nichtstaatlichen Bereich am Ende ebenso viel Geld befindet wie vorher (von den genannten Kosten und den "leakages" wieder abgesehen). Das gleiche ist bei der Tilgung der Fall.

Wenn nun nach einer "realen Last" gefragt und darunter verstanden wird, daß der Staat Güter und Dienste verbraucht, die sonst im nichtstaatlichen Sektor verblieben wären, dann er-

1 Siehe Seite 92 ff. dieser Arbeit.

gibt sich selbstverständlich, daß bei einer *s o l c h e n* Lastdefinition eine steuerfinanzierte Verzinsung und Tilgung einer Anleihe eine *s o l c h e* Last nicht entsteht. Die erhobenen Steuern werden vom Staate nicht dazu benutzt, um Güter und Dienste für seine Zwecke zu beschaffen, sondern sie fließen "sofort" wieder in den Bereich zurück, aus dem sie kamen.

Bei der "New Orthodoxy" stehen nun eben diese Überlegungen im Vordergrund ihrer Untersuchung der Last einer Staatsverschuldung. Von daher wird es verständlich, wenn verschiedene zur "New Orthodoxy" zählende Ökonomen die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld als Transferzahlungen bezeichnen, die keine Last sind.¹ Diese Argumentation ist eine konsequente Folgerung aus dem *s p e z i e l l e n* Lastbegriff. Ein *d i e s e* Last verursachender "*r e a l e r*" Vorgang läßt sich bei der Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld tatsächlich nicht feststellen, wobei stets zu beachten ist, daß die "New Orthodoxy" den nichtstaatlichen Bereich als *g a n z e n* betrachtet, wenn sie die Folgen einer Staatsverschuldung prüft. Aus diesem Blickwinkel heraus muß es auch verstanden werden, wenn im Hinblick auf die Nichtbelastung durch Verzinsung und Tilgung der Anleihe als Begründung das Argument "we owe it to ourselves"² vorgebracht wird oder wenn davon gesprochen wird, daß es sich um Zahlungen von der einen Tasche in die andere handelt.³

1 O. H. Brownlee and Edward D. Allen, a.a.O., S. 127.

Troy J. Cauley, a.a.O., S. 336.

Harold Groves, a.a.O., S. 580 f.

Abba P. Lerner, The Burden of the National Debt. In: Income, Employment, and Public Policy: Essays in Honor of Alvin H. Hansen, ed. by L. A. Metzler, New York 1948, S. 256, 260.

Im folgenden zitiert als: The Burden of the National Debt. A. C. Pigou, a.a.O., S. 38.

2 Abba P. Lerner, The Burden of the National Debt., a.a.O., S. 256, 260

3 Troy J. Cauley, a.a.O., S. 336.

Wenn also bei der Verzinsung und Amortisation ein im Sinne der "New Orthodoxy" lastverursachender realer Effekt nicht festgestellt werden kann, ist es nur folgerichtig, wenn die Existenz einer Last zum Zeitpunkt dieses Vorganges (von der Anleihebegebung aus gesehen also in der Zukunft) bestritten wird, denn monetär ist in der Steuererhebung für die Bedienung der Staatsschuld keine Last zu erblicken¹, d. h. dem nichtstaatlichen Sektor stehen insgesamt die gleichen Geldmittel zur Verfügung. Es hat lediglich eine Kaufkraftumschichtung stattgefunden.² Ein im Sinne der "New Orthodoxy" realer Vorgang ist allerdings auch nicht feststellbar.

Wenn sich nun aber eine Untersuchung der Frage nach möglichen Belastungen durch eine Staatsverschuldung auf die Feststellung der genannten Folgen beschränkt, dann handelt es sich um eine sehr enge Betrachtungsweise, die viele mögliche sonstige Wirkungen mit eventuell negativem Charakter unbeachtet läßt.

Buchanan erweckt nun aber mit seiner Kritik den Eindruck, dieses Transferargument sei die herrschende Meinung in dem Zeitraum, den er der "New Orthodoxy" zuordnet.³ Eine nähere Untersuchung der Literatur zeigt jedoch, daß viele Ökonomen, die gemäß Buchanan als "neuorthodox" bezeichnet werden müßten, keineswegs der Meinung sind, daß durch die Steuererhebung für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld keine Last begründet werden kann. Bevor nun auf die entsprechenden Argumente eingegangen wird, ist es wichtig und unerlässlich, darauf zu verweisen, daß damit nicht mehr der dem Transferargument der "New Orthodoxy" zugrunde liegende Lastbe-

1 Herbert Timm, a.a.O., S. 630.

2 Ebenda.

3 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 11 ff.

griff verwendet wird, sondern a n d e r e Kriterien für a n d e r e mögliche negative Effekte, also a n d e r e Lastbegriffe in die Diskussion eingebracht werden. Demnach können sämtliche folgende Überlegungen nicht bewirken, daß sich die "klassische", auf das Transferargument hinauslaufende Argumentation der "New Orthodoxy" als falsch erweisen wird. Sie ist konsistent, weil das Lastkriterium konsequent verfolgt wurde. Bedenklich ist es nur, wenn eine Untersuchung der möglichen Belastungen durch eine Staatsverschuldung mit der entsprechenden Feststellung der "klassischen" "New Orthodoxy" endet. Es hätte bestenfalls gesagt werden können: Das was w i r (einige "Neu-Orthodoxe") als Last ansehen, kann bei der Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld nicht festgestellt werden. Daran würde sich gewissermaßen von selbst eine Fortsetzung anschließen: Was nicht bedeutet, daß andere, negativ zu beurteilende und von daher als "Last" zu bezeichnende Effekte nicht auftreten können. In eben diesem Sinne äußert sich dann tatsächlich auch eine nicht unerhebliche Anzahl von "neu-orthodoxen" Ökonomen.

So sagt beispielsweise Wright in dem Zusammenhang:

"First of all there is the 'one big family' argument. Taxes are mere transfer payments, the money is taken out of one pocket and put into another, etc. It is easy to show that this argument can not be pushed too far."¹

Aus dem letzten Satz des Zitates geht hervor, daß Wright das Transferargument zwar nicht grundsätzlich ablehnen will, daß er aber davor warnen möchte, es als endgültige Lösung zu be-

1 David McCord Wright, Moulton's The New Philosophy of Public Debt. "The American Economic Review", Evanston, Illinois, Vol. XXXIII (1943), S. 584.

Im folgenden zitiert als: Moulton's... .

In dem obigen Zitat wurde wie bei Wright das Wort "cannot" getrennt geschrieben.

trachten, m. a. W. die aus dem Transferargument sich ergebende Lastfreiheit nicht dahingehend zu interpretieren, daß es überhaupt keine negativen Effekte geben kann, wenn Steuern für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld erhoben werden müssen¹: ("... this argument can not be pushed too far.")

Ähnliche Vorbehalte finden sich bei Cauley², Harris³, Kendrick⁴, Ratchford⁵, Taylor⁶, Somers⁷, Hansen⁸ und Wright⁹.

Ein beachtenswerter Einwand gegen die Begründung der Lastfreiheit der Zinszahlungen aufgrund des Arguments "we owe it to ourselves" findet sich bei Taylor, der darauf hinweist, daß eine interne Staatsschuld nicht nur ihre "nationalen" Aspekte besitzt, sondern auch ihre individualistischen und sich daraus die Überlegung ergibt, daß "... 'we' are not necessarily the same individuals as those constituting 'ourselves'.¹⁰ in dem

-
- 1 David McCord Wright, Moulton's..., a.a.O., S. 584.
 - 2 Troy J. Cauley, a.a.O., S. 336.
 - 3 Seymour E. Harris, The National Debt and the "New Economics", New York, London 1947, S. 8, 43, 153.
 - 4 M. Slade Kendrick, Public Finance, Principles and Problems, New York 1951, S. 673 f.
 - 5 B. U. Ratchford, a.a.O., S. 455.
 - 6 Philip E. Taylor, a.a.O., S. 231.
 - 7 Harold M. Somers, Public Finance and National Income, Philadelphia, Toronto 1949, S. 391.
 - 8 Alvin H. Hansen, Fiscal Policy and Business Cycle, New York 1941, S. 144.
 - 9 David McCord Wright, The Economic Limit..., a.a.O., S. 129.
 - 10 Philip E. Taylor, a.a.O., S. 231.

Sinne äußern sich beispielsweise auch Harris¹, Ratchford², Cauley³ und Taylor⁴. Eine "ideale" Verteilung, in dem Sinne, daß jeder Staatsbürger aufgrund der ihm gehörenden Anleihepapiere gerade soviel Zinsen erhält, wie er an Steuern für eben diese Verzinsung zu zahlen hat, wird darum von all den oben genannten Ökonomen als sehr unwahrscheinlich angesehen.⁵ Ratchford bezweifelt überhaupt die M ö g l i c h k e i t dieser Idealverteilung u. a., weil die Eigentümer der Wertpapiere naturgemäß aufgrund der stets stattfindenden Weiterverkäufe wechseln.⁶

Wenn diese "ideale" Verteilung nun nicht gegeben oder gar unmöglich ist, stehen sich zwei Gruppen gegenüber: Auf der einen Seite die Steuerzahler, die auf Teile ihres Einkommens für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld verzichten müssen, und auf der anderen Seite die Wertpapierhalter, die diese Einkommensteile in Form von Zinserträgen (und Rückzahlungsbeträgen)⁷ bekommen. Viele Ökonomen messen nun diesem Einkommenstransfer

1 Seymour E. Harris, a.a.O., S. 10.

2 B. U. Ratchford, a.a.O., S. 455 f.

3 Troy J. Cauley, a.a.O., S. 336.

4 Philip E. Taylor, a.a.O., S. 237.

5 Gemeint sind alle in den Fußnoten 1 - 4 aufgeführten Ökonomen.

6 B. U. Ratchford, a.a.O., S. 455.

7 Für die Anleihehalter sind die Rückzahlungsbeträge selbstverständlich kein Einkommen. Es handelt sich hier wieder um einen Aktivtausch.

einen Lastcharakter zu, bezeichnen ihn als *L a s t* ¹.

Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang, daß ein solcher Effekt, *f a l l s* er eintritt, die These der Lastfreiheit der Zinszahlungen (und Rückzahlungen) nur dann widerlegen könnte, wenn die "New Orthodoxy" behauptete, daß es außer der Last, die sie ihrer Argumentation zugrunde gelegt hat, *a n s o n s t e n* keinen *a n d e r e n* negativen Effekt gibt. Da die eben genannten Ökonomen, die eine Belastung aufgrund einer nicht wünschenswerten Einkommensverteilung oder Bildung einer Rentnerklasse² für möglich halten, gemäß Buchanan ebenfalls zur "New Orthodoxy" zählen, kann daraus abgeleitet werden, daß "neurothodoxe" Ökonomen sich keineswegs auf *e i n e n* Lastbegriff

1 Seymour E. Harris, a.a.O., S. 10.

Harris gibt zu bedenken, daß die Steuern von den Massen aufgebracht werden müssen und den Wohlhabenden zufließen, zumindest *w a r e s* seines Erachtens im neunzehnten Jahrhundert so.

Taylor verweist ebenfalls auf ähnliche, negativ zu beurteilenden Effekte:

Philip E. Taylor, a.a.O., S. 237.

Siehe auch:

Harold M. Somers, a.a.O., S. 392.

B. U. Ratchford, a.a.O., S. 458.

Ratchford verweist insbesondere auf die unerwünschte Möglichkeit der Bildung einer Rentnerklasse:

Ebenda S. 463.

Bei Timm finden sich ebenfalls Bedenken bezüglich der Einkommensverteilung und Bildung einer Rentnerklasse:

Herbert Timm, a.a.O., S. 625, 630, 645, 652 ff., 675.

2 Es ist nicht nötig, *i m e i n z e l n e n* zu begründen, warum diese Effekte als Last zu betrachten sind, d. h. negativ zu beurteilen sind. Für die vorliegende Untersuchung genügt es, wenn festgehalten wird, daß hier andere Lastkriterien vorliegen als bei der "klassischen" "New Orthodoxy" mit dem Transferargument.

versteifen, sondern durchaus auch a n d e r e Belastungsmöglichkeiten durch eine Staatsverschuldung aufgrund a n d e r e r Kriterien sehen. Diese Behauptung läßt sich bei näherer Untersuchung der Diskussionsbeiträge aus der "New Orthodoxy" weiter erhärten.

Zunächst einmal ist die Trennung von Anleihehaltern und Steuerzahlern beachtenswert, denn daraus resultierte die Erkenntnis, daß bei dem Argument "we owe it to ourselves" zwischen dem "we" und dem "ourselves" keine Identität zu bestehen braucht. In dem Falle kann die steuerfinanzierte Verzinsung und Tilgung einer Anleihe zu einer Einkommensumverteilung führen.

Aber es lassen sich auch "neuorthodoxe" Ökonomen finden, die selbst bei einer (angenommenen) Identität von denjenigen, welche die Zinsen bekommen und denen, welche die Steuern dafür aufzubringen haben, auf eine mögliche Last hinweisen.

Von der Voraussetzung, daß der einzelne Steuerzahler gerade soviel an Zinsen (aufgrund seines Besitzes von Anleihepapieren) erhält, wie er an Steuern aufzubringen hat, geht beispielsweise Taylor aus, und er gelangt zu dem Ergebnis, daß d e n n o c h Lasten vorliegen, die erstens in dem "Mißvergnügen", welches mit einer Steuerzahlung per se verbunden ist, zum anderen in dem mit dem Einzug der Steuern und der Zahlung der Zinsen verbundenen Verwaltungsaufwand und drittens in der Enttäuschung der Wertpapierhalter, die glaubten, ein zusätzliches Nettoeinkommen aufgrund der Zinsen zu haben, zu erblicken ist.¹

1 Philip E. Taylor, a.a.O., S. 237.

Seymour E. Harris, a.a.O., S. 158.

Harris spricht ebenfalls davon, daß die Steuern als solche bereits eine Last sind: "Taxes are a burden. Ceteris paribus, the country is better off without additional taxes required to finance interest than with them."

Auch Ratchford unterstellt den Fall, daß die Steuerzahler gerade soviel an Steuern zahlen, wie sie auf der anderen Seite an Zinsen bekommen. Wie Taylor erblickt auch er dennoch in der Steuerzahlung als solche eine Last. Vom Steuerzahler sagt er:

"Even though the taxes he pays come back to him in interest he will try just as hard to escape them, he will regard them with as much distastes, and they will influence his economic decisions and actions just as much as though they went to pay interest to someone else."¹

Für einen Vergleich dieser Überlegungen mit denen von Buchanan ist zunächst einmal besonders beachtenswert, daß sich die Untersuchung ebenfalls, wie bei Buchanan, auf den Steuerzahler konzentriert. Taylor spricht sogar ausdrücklich vom einzelnen Steuerzahler, dem die genannten Lasten aufgebürdet werden können.² Der von Buchanan so sehr in den Vordergrund geschobene Gedanke, daß bei einer Staatsverschuldung im Hinblick auf ihre Folgeerscheinungen, wie Verzinsung und Tilgung, besonders zu untersuchen sei, welchen Belastungen der S t e u e r z a h - l e r ausgesetzt ist, kann darum kaum als neu angesehen werden. Auch der "New Orthodoxy" war bzw. ist, wie weiter unten noch deutlicher werden wird, diese "Erkenntnis" nicht fremd.

Sowohl Ratchford als auch Taylor betonen ja, daß der Steuerzahler die für die Verzinsung der Staatsschuld notwendigen Steuern in jedem Fall als Last ("unpleasantness"³, "burden"⁴) empfinden wird, selbst unter der Voraussetzung, daß die Steuern in Form von Zinsen an ihn zurückfließen. Die Ursache dieser Lastempfin-

1 B. U. Ratchford, a.a.O., S. 456.

2 Philip E. Taylor, a.a.O., S. 237.

3 Ebenda

4 B. U. Ratchford, a.a.O., S. 456.

dung liegt im subjektiven Bereich.¹ Dennoch handelt es sich hier nicht um die "subjektiven Kosten" im Sinne Buchanans, denn diese bestehen lediglich in der "anticipation of foregone opportunities".² Vielmehr liegt hier eine Last vor, mit der sich Buchanan nur kurz auseinandersetzt, nämlich um eine "'felt' burden"³, also um eine "empfundene" Last, die auftreten kann, obgleich die Steuerzahler bei der Anleihebegebung über die zukünftigen Steuern für die Verzinsung und Tilgung der Schuld informiert wurden und ihre "subjektiven Kosten" im Sinne Buchanans richtig einschätzten.⁴

Als Ergebnis darf festgehalten werden, daß hier wieder ein, dieses Mal auch von Buchanan erwähntes, Nebeneinander von Lastbegriffen vorzufinden ist. Buchanan selbst ist bereit, eine solche Last zu akzeptieren, sie ist nur nicht Gegenstand seiner Thesen.

-
- 1 B. U. Ratchford, a.a.O., S. 456.
Taylor spricht von "subjektiven Kosten":
Philip E. Taylor, a.a.O., S. 236.
 - 2 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S.157.
Siehe auch Seite 53 ff. dieser Arbeit.
 - 3 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S.158, 161.
 - 4 Ebenda S. 156 ff.

Dort geht Buchanan näher auf diesen Fall ein und bezieht sich auf eine bei M. FASIANI, Principii di scienza delle finanze. Vol. I., 2nd ed. Torino, 1950, Chapter 3, p. 131 erfolgte Zitierung Puvianis aus: A. PUVIANI, Teoria dell'illusione finanziaria, Palermo 1903. Puviani verwies auf ein Verhalten der Steuerzahler, daß darauf hinausläuft, daß diese trotz Erkenntnis zukünftiger Steuern bei der Zahlung in der Zukunft fragen, was sein würde, wenn diese nicht zu zahlen wären. Darin sieht Buchanan in Übereinstimmung mit Puviani (so Buchanan selbst) eine besondere (psychologische) Last, die weder die "subjektiven" noch die "objektiven" Kosten berührt, sondern neben diesen steht. Um genau diese Last scheint es sich auch bei Taylor und Ratchford zu handeln, was insbesondere aus dem Zitat auf Seite 127 dieser Arbeit hervorgeht.

Auch die andere von Taylor und Ratchford erwähnte Last, der mit dem Einzug der Steuern und der Auszahlung der Zinsen und Tilgungsbeträge verbundene Verwaltungsaufwand¹, läßt sich, sofern er auftritt, durchaus mit der Theorie Buchanans vereinbaren, denn es handelt sich hier nicht um die "objektiven Kosten". Die Bedeutung dieser Last mag gering sein. Das aber sollte kein Grund sein, nicht auf ihre mögliche Existenz zu verweisen.

Von weitaus größerer Bedeutung für die "New Orthodoxy" scheint der Fall zu sein, daß es innerhalb der Nation eine Gruppe gibt, die aufgrund des Wertpapierbesitzes mehr Zinsen erhält als sie Steuern zahlt und eine andere Gruppe, die lediglich Steuern für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld zu zahlen hat. Diese Vermutung resultiert aus der Feststellung, daß viele "neuorthodoxe" Ökonomen sich eingehend mit der Frage beschäftigen, welche Folgen die für die Verzinsung (und Tilgung) erhobenen **S t e u e r n** haben. Der Steuerzahler rückt damit gegenüber dem erwähnten Fall (Identität von Anleihehalter und Steuerzahler) noch mehr in den Vordergrund. Seine Reaktion auf die Steuererhebung wird auf mögliche negative Auswirkungen (Lasten) hin durchleuchtet. Kendrick beispielsweise befürchtet, daß der Steuerzahler weniger arbeiten und investieren wird.² Ratchford verweist ebenfalls auf die Gefahr, daß die zusätzlichen Steuern die Investitionstätigkeit hemmen könnten³ und möglicherweise die Einkommensbildung reduzieren könnten:

"Thus we have the answer to the problem of why a domestic debt, although it merely takes money from one group and

1 Philip E. Taylor, a.a.O., S. 237.
B. U. Ratchford, a.a.O., S. 456.

2 M. Slade Kendrick, a.a.O., S. 673 f.

3 B. U. Ratchford, a.a.O., S. 458.

gives it to another, nevertheless constitutes a net burden. It is a burden because it discourages the creation of income."¹

Auch Hansen befürchtet, daß die Steuern für die Bedienung der Schuld die Investitionstätigkeit hemmen könnten.²

Es steht diesen Autoren frei, bei Eintreten des jeweiligen Effektes von einer Last zu sprechen. Es ist sogar denkbar, daß alle möglichen, aufgrund einer zusätzlichen Steuer eintretenden Effekte, denen aus irgendwelchen Überlegungen heraus ein negatives Vorzeichen zu geben möglich wäre, als Last bezeichnet werden könnten. Von der Zielsetzung dieser Arbeit her ist es unnötig, eine erschöpfende Aufzählung dieser "Lasten" vorzunehmen und u. U. auch noch zu diskutieren, wie sie vermieden werden können. Es sollte hier nur der Bereich erschlossen werden, in dem sich die "New Orthodoxy" auch bewegt. Sie ist in verschiedenen Punkten der Betrachtungsweise Buchanans also gar nicht so fern, wie dieser glauben machen möchte. Denn einige der genannten Ökonomen weisen nicht nur darauf hin, daß die zusätzlichen Steuern für die Verzinsung der Anleihe die Investitionstätigkeit, das Wachstum hemmen können, sondern sehr wohl auch bewirken können, daß die Steuerzahler aufgrund der zusätzlichen Steuer ihren Konsum einschränken³ oder daß der aggregierte Verbrauch deswegen zurückgehen kann, weil die Steuern von der Masse der Steuerzahler erhoben werden und als Zinsen an die Wohlhabenden fließen, die Masse der Steuerzahler aber eine höhere Konsumneigung hat als die Reichen.⁴

1 B. U. Ratchford, a.a.O., S. 460.

2 Alvin H. Hansen, a.a.O., S. 144.

3 David McCord Wright, *The Economic Limit ...*, a.a.O., S. 120.
Alvin H. Hansen, a.a.O., S. 144.

4 Semor E. Harris, a.a.O., S. 9 f.

Taylor's Überlegungen bezüglich der Wirkung der für die Tilgung erhobenen Steuern ließen diesen Schluß ebenfalls zu:
Philip E. Taylor, a.a.O., S. 235.

Sinkt der aggregierte Verbrauch, so nur, weil bestimmte Individuen weniger verbrauchen als vor der Steuererhebung. Wenn die Reduktion des aggregierten Konsums als Last angesehen wird, so schließt das auch die Übernahme der "objektiven Kosten" durch die Steuerzahler ein. Es besteht kein Widerspruch zwischen dem Lastkriterium "reduzierter aggregierter Verbrauch" und "reduzierter individueller Verbrauch der Steuerzahler", sondern es liegt durchaus Vereinbarkeit vor. Es zeigt sich also, daß Buchanan einen ganz bestimmten Effekt aus der breiten Skala der Möglichkeit herausgegriffen hat¹, daß aber dieser Effekt, als "objektive Kosten" bzw. als "primäre reale Last" apostrophiert, lediglich n e b e n vielen anderen Lastbegriffen steht, und daß es durchaus denkbar ist, daß die "New Orthodoxy", wäre sie mit dem wahren Inhalt des Begriffes "objektive Kosten" konfrontiert worden, diese Belastungsmöglichkeit durchaus akzeptiert hätte, war sie doch in all den Untersuchungen potentiell enthalten, die sich mit den Effekten der zusätzlichen Steuer beschäftigten. Von einer Kontroverse kann also n i c h t d i e R e d e s e i n .

3.031 Prüfung der Frage, ob zwischen der Meinung Buchanans und den nach Veröffentlichung seiner Thesen von anderen Ökonomen vertretenen Ansichten ein Widerspruch möglich ist

Werden auch noch die nach der Veröffentlichung der Thesen Buchanans erschienen Diskussionsbeiträge zur Last der Staatsverschuldung im Hinblick darauf untersucht, ob sie im Widerspruch zu den in diesem Abschnitt vorgetragenen Ansichten Buchanans stehen, so ergibt sich, daß Buchanans Meinung über

1 Hierzu haben ihn bekanntlich bestimmte Gründe, die bereits genannt wurden, bewogen.

die Last der für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld notwendigen Steuer sich mit den dort geäußerten Gedanken ebenfalls vereinbaren läßt oder gar mit ihnen übereinstimmt.

Es ist sogar auffallend, daß in vielen der betreffenden Analysen gerade der *V e r b r a u c h* als Kriterium für eine Last gewählt wurde, daß immer dann von einer Last die Rede ist, wenn sich eine Konsumreduzierung feststellen läßt, mag auch die Art der Argumentation voneinander verschieden sein.

Bowen-Davis-Kopf wählen als Lastkriterium bekanntlich den Lebenszeit-Konsum einer Generation und sprechen stets dann von einer realen Last, wenn dieser durch die mit einer Anleihe verbundenen Vorgänge reduziert wird.¹ Eine Steuererhebung zum Zwecke der Zinszahlung hat nun nach Ansicht der drei Ökonomen eben diesen Effekt zur Folge und belastet somit die betroffene *G e n e r a t i o n*.² Wenn nun die gesamte Generation aufgrund der Steuern ihren Lebenszeit-Konsum reduziert, so setzt das als *s e l b s t v e r s t ä n d l i c h* voraus, daß es Individuen gibt, die ihren Verbrauch einschränken. Anders ist ein solcher Effekt nicht denkbar. Die Individuen, die ihren Verbrauch einschränken, sind die Zensiten. *D i e s e n* Effekt bezeichnet Buchanan als Übernahme der "objektiven Kosten" durch die Steuerzahler. Die reale Last im Sinne

1 Siehe Zitat auf Seite 111 dieser Arbeit.

2 William G. Bowen, Richard G. Davis, and David H. Kopf, The Public Debt..., a.a.O., S. 71 f.
Bowen-Davis-Kopf setzen hier voraus, daß die Steuern den Konsum der Zensiten reduzieren. Das braucht aber nicht zu sein, kann es aber. Eine Auseinandersetzung mit der Begründung der drei Autoren für diese Ansicht würde eine extensive Diskussion und vor allem auch Kritik ihres Lastbegriffes bedeuten, was nicht Ziel dieser Arbeit ist. Es mag daher genügen, darauf zu verweisen, daß hier eine Last gesehen wird und *w e l c h e s* Kriterium gewählt wurde. Daran anknüpfend kann dann festgestellt werden, ob Buchanans Lastbegriff dem widerspricht oder nicht. Diese Aufgabe ist durchaus lösbar, wenn in der gewählten Weise vorgegangen wird.

Buchanans ist also nichts weiter als selbstverständliche Voraussetzung dafür, daß eine Last im Sinne von Bowen-Davis-Kopf bei der Verzinsung einer Staatsschuld überhaupt auftreten kann, wobei diese drei Ökonomen sich dann aber mit einer möglichen speziellen Folge der Last im Sinne Buchanans (bezogen auf die ganze Generation) beschäftigen. Diese Feststellung kann als ein weiterer Beweis dafür angesehen werden, daß, wie Tobin sagt, Buchanan dort mit seiner Untersuchung aufhört, wo andere Ökonomen ihre Analyse beginnen.¹

Die folgenden, in Verbindung mit der für die Verzinsung und Tilgung notwendigen Steuern diskutierten Lastbegriffe werden diese letzte Behauptung weiter erhärten, ohne daß jeweils darauf hingewiesen zu werden braucht.

Wenn beispielsweise Musgraves bekanntes "pay-as-you-use"-Prinzip² und das daraus resultierende "Intergeneration Equity"-Modell³ im Hinblick auf mögliche Konflikte mit Buchanans Lastbegriff untersucht wird, so ergibt sich ein ähnliches Bild.

Musgrave unterstellt, daß eine Anleihefinanzierung von Ausgaben des Staates dazu führt, daß die private Investitionstätigkeit in vollem Umfang dieser Ausgabe reduziert wird,⁴ während Steuern mehr oder weniger in vollem Umfang den Konsum senken.⁵

Für die "group as a whole"⁶, also für die Gesamtwirtschaft, ist

1 James Tobin, Reply., a.a.O., S. 547.
Siehe auch Seite 31 dieser Arbeit.

2 Richard A. Musgrave, The Theory..., a.a.O., S. 558 ff.

3 Ebenda S. 562 ff.

4 Ebenda S. 559.

Unter welchen Bedingungen das nicht der Fall ist, erwähnt Buchanan ebenfalls: Ebenda S. 556 f.

In dem genannten Modell unterstellt er obige Reaktion, von der dann auch hier ausgegangen werden soll.

5 Ebenda S. 568.

6 Ebenda S. 559.

es gemäß Musgrave deswegen von Bedeutung, daß die Staatsausgabe eine Reduzierung der privaten Investitionstätigkeit bewirkt, weil:

"The immediate burden of a heavy public outlay in terms of current consumption is cushioned if the resources are withdrawn from private capital formation."¹

Musgrave sieht demzufolge in einer Reduzierung des aggregierten Realkonsums eine Last. Dieser Effekt (= Last) wird gemäß seinem "Intergeneration Equity"-Modell auf den Zeitpunkt der Steuererhebung für die Verzinsung² und Rückzahlung³ der Staatsschuld verschoben.⁴

Buchanan behauptet nun aber, daß Musgrave nur dann von einer Verschiebung der "objektiven Kosten" sprechen will, wenn die aggregierte private Investitionstätigkeit zum Zeitpunkt der Anleihebegebung sinkt.⁵ Buchanan zufolge ist das ein "national accounting fallacy".⁶

Von einem "fallacy" Musgrades kann aber wohl nicht die Rede sein. Sein Lastbegriff stützt sich nämlich nicht auf das gleiche Kriterium wie Buchanans "objektive Kosten", was Buchanan aber offensichtlich unterstellt.⁷ Musgrave spricht von einer Last, wenn der aggregierte Konsum sinkt. Dieser Effekt kann seines Erachtens mit Hilfe einer Anleihe verschoben

1 Richard A. Musgrave, The Theory..., a.a.O., S. 559.

2 Ebenda S. 563, Fußnote 1.

3 Ebenda S. 563 ff.

4 Ebenda S. 568.

5 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 159 f.

6 Ebenda S. 160.

7 Es wurde bereits früher darauf verwiesen und entsprechende Kritik geübt: Siehe Seite 107 ff. dieser Arbeit.

werden, was er an einem Zahlenbeispiel zum "Intergeneration-Equity"-Modell zu zeigen versucht.¹ Wie ganz deutlich erkennbar ist, diskutiert er dort n i c h t, wann der e i n z e l -
n e Steuerzahler seinen Verbrauch einschränkt, was der Übernahme der "objektiven Kosten" im Sinne Buchanan's entspräche, sondern wie die Steuern für die Verzinsung und Tilgung den V e r b r a u c h u n d die I n v e s t i t i o n s t ä t i g -
k e i t der besteuerten G e n e r a t i o n reduzieren und die sofortige Konsumeinschränkung mit Hilfe der Anleihe verschoben wurde oder verschoben werden kann.² D a n e b e n
sieht Musgrave aber sehr wohl, daß die Anleihe dem e i n -
z e l n e n Steuerzahler ebenfalls die Möglichkeit gibt, seine mit einer andernfalls erfolgten Steuererhebung verbundene Nettovermögens-Reduzierung in die Zukunft zu verschieben, weil eben wegen der Kreditaufnahme des Staates von den Zinsen nicht s o f o r t Steuern mit der besagten Nettovermögens-Ver-minderung im Gefolge erhoben zu werden brauchen.³ Das aber ist doch im Prinzip genau das, was auch Buchanan sagt. Dieser Effekt ist wohl auch bei Musgrave unabhängig davon, ob der Gesamtkonsum bereits bei der Begebung der Anleihe sinkt oder nicht. Musgrave sagt nämlich selber, daß seine Überlegungen denen von Buchanan gleichen.⁴

Buchanan hat wohl nicht erkannt, daß Musgrave z w e i verschiedene Effekte (Lasten) beschreibt. Die durch die Steuer bewirkte, in die Zukunft verschobene Nettovermögens-Reduktion des einzelnen Steuerzahlers bewirkt im Zeitpunkt der Besteuerung aber u n t e r U m s t ä n d e n genau das, was Buchanan als

1 Richard A. Musgrave, The Theory..., a.a.O., S. 564.

2 Ebenda.

3 R(ichard) A. Musgrave, Public Finance, Fiscal Policy., a.a.O., S. 1227 f.

Richard A. Musgrave, The Theory..., a.a.O., S. 568, 559.

4 Ebenda S. 556, Fußnote 1.

Übernahme der "objektiven Kosten" bezeichnet, nämlich dann, wenn die Steuern den Zensiten veranlassen, seinen Verbrauch einzuschränken, was unter den dem "Intergeneration Equity"-Modell zugrunde liegenden Bedingungen der Fall ist:¹ Wenn nämlich aufgrund der S t e u e r n der Gesamtkonsum der Generation sinkt, so kann das nur dadurch bewirkt werden, daß die einzelnen Steuerzahler ihren individuellen Verbrauch reduzieren.² Für Buchanan würden dann die "objektiven Kosten" getragen, die Belastung fände statt. Für Musgrave hingegen ist die Konsumreduzierung des einzelnen Zensiten zwar eine mögliche, aber keinesfalls notwendige Reaktion der Steuerzahler. Die Last in seinem Sinne (Nettovermögens-Reduzierung) würde nämlich auch getragen, wenn die Zensiten ihre Ersparnisse angriffen, um die Steuern zu entrichten.³ Für Buchanan würde das bekanntlich eine weitere Verschiebung der "objektiven Kosten" bedeuten.⁴ Eine Erklärung für diese Ansicht Buchanans erfolgte in keinem seiner Literaturbeiträge. Es konnten nur entsprechende Vermutungen angestellt werden.⁵ Dem Lastbegriff Musgrades ist daher der Vorzug zu geben, weil er plausibler ist als der von Buchanan. Es ist nämlich nicht ohne weiteres einzusehen, wieso sich der Steuerzahler nicht s o f o r t belastet fühlt, wenn er die von ihm erhobenen Steuern nicht aus den für den Verbrauch vorgesehenen Mitteln, sondern aus seinen Ersparnissen zahlt.

1 Richard A. Musgrave, *The Theory...*, a.a.O., S. 564.

2 Siehe auch die Überlegungen zur Analyse von Bowen-Davis-Kopf auf Seite 131 dieser Arbeit, wo ein gleiches Resultat vorliegt.

3 Das geht aus dem genannten Modell hervor, denn Musgrave unterstellt, daß der Verbrauch nur gemäß der marginalen Konsumneigung sinkt:

Richard A. Musgrave, *The Theory...*, a.a.O., S. 564 f.

Eine Nettovermögens-Reduktion bedeutet zudem auch nicht, daß nur der Verbrauch betroffen wird, auch die Ersparnisse können reduziert werden.

4 James M. Buchanan, *Public Debt, Cost Theory...*, a.a.O., S.154, Fußnote 7.

5 Siehe Seite 81 ff. dieser Arbeit.

Festgehalten werden kann nunmehr, daß die Belastung des einzelnen Steuerzahlers nach Musgrave und nach Buchanan im gleichen Effekt münden kann (Sinken des individuellen Verbrauchs aufgrund der Steuer) aber nicht muß. Letztlich wird also doch jeweils ein unterschiedlicher Lastbegriff aufgrund unterschiedlicher Kriterien (Musgrave: Sinken des Nettovermögens; Buchanan: Sinken des Verbrauchs) behandelt, wovon offensichtlich derjenige von Buchanan der engere ist.

Ein gleiches Ergebnis stellt sich beim Vergleich des Lastbegriffes von H. Laurence Miller¹ mit dem von Buchanan ein.

Im Gegensatz zu Buchanan verwendet Miller eine Nutzenfunktion, von der er auszugehen gedenkt, wenn er die Belastung der Individuen durch eine Staatsverschuldung untersuchen will. Ihm zufolge ist der individuelle Nutzen eine Funktion

"... of the stream of real consumption opportunities open to the individual over time..."²

Wird nun eine Anleihebegebung statt einer Steuerfinanzierung gewählt, um eine Staatsausgabe zu tätigen, so wird nach Miller

"A tax burden in the form of a compulsory reduction in consumption opportunities ..." ³

in die Zukunft verschoben, weil die Steuerzahler zu dem Zeit-

1 H. Laurence Miller, Jr., a.a.O., S. 163 ff.

2 Ebenda S. 165.

Miller bezieht sich dabei auf Irving Fisher, der einen begrenzten Zeithorizont der Individuen unterstellt und annimmt, daß die Individuen kein Vermögen (=consumption opportunities) vererben. Miller hingegen will einen unbegrenzten Zeithorizont unterstellen, so daß die gegenwärtig Lebenden auch die Position der zukünftigen Generationen berücksichtigen. Diese Erwägung ist jedoch für den hier relevanten Vergleich nicht von weiterer Bedeutung, obgleich sich hier eine erhebliche Kritik ansetzen ließe, z. B. durch die Frage nach der Möglichkeit einer solchen Einbeziehung der Zukunft in die gegenwärtigen Nutzenüberlegungen.

3 Ebenda S. 166.

punkt der anleihefinanzierten Ausgabentätigkeit des Staates keine Nutzeneinbuße erleiden.¹

Diese knappen Äußerungen bereits legen den Lastbegriff Millers offen: Er spricht immer dann von einer Last, wenn eine Steuer erhoben wird, diese die realen Konsummöglichkeiten der Zensiten reduziert und somit zu einer Nutzeneinbuße des betroffenen Steuerzahlers führt. Miller sieht dabei sehr wohl, daß diese Nutzeneinbuße durch entsprechende Erträge der öffentlichen Investition ausgeglichen werden kann.²

Aus Millers Darstellung geht nicht hervor, daß das Wissen des Steuerzahlers um die zukünftige Steuer für Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld bereits zum Zeitpunkt der Anleihebegebung irgendeinen Einfluß auf dessen Nutzenüberlegungen ausübt,³ so daß daraus geschlossen werden kann, daß diese Nutzenminderung immer erst dann erfolgt, wenn die Steuern auch tatsächlich erhoben wird, also zum Zeitpunkt der Fälligkeit der Zinsen.⁴

Das könnte nun zu dem Schluß führen, daß Miller den gleichen Lastbegriff verwendet wie Buchanan, denn dieser sagt bekanntlich, daß die "objektiven Kosten" immer dann getragen werden, wenn der Zensit seinen Verbrauch einschränkt, weil er für die Verzinsung (und Rückzahlung) der Anleihe Steuern zahlen muß. Diese Identität aber ist nicht gegeben, denn zwischen Millers und Buchanans Lastbegriff besteht doch ein bedeutsamer, wenn auch nicht ohne weiteres sichtbarer, Unterschied. Ganz abge-

1 H. Laurence Miller, Jr., a.a.O., S. 166.

2 Ebenda S. 167 f., insbes. auch S. 169 f.

3 Selbst wenn die von Miller unterstellte Nutzenfunktion mit unbegrenztem Zeithorizont der Individuen angenommen werden kann und somit auch in der Gegenwart bereits Nutzeneinbußen erfolgen, schließt das eine Nutzeneinbuße bei der in der Zukunft stattfindenden Steuererhebung nicht aus.

4 Ebenda S. 167, 169.

Dort findet sich diese Vermutung indirekt bestätigt.

sehen davon, daß Buchanan seinen Lastbegriff nicht ausdrücklich nutzentheoretisch begründet, was ihn von Miller unterscheidet, treten bei Buchanan die "objektiven Kosten" immer nur dann auf, wenn der Konsum des Steuerzahlers sinkt. Miller zufolge wird die Last getragen, wenn die "consumption opportunities" sinken.¹ Zahlen die Zensiten die Steuer für Verzinsung und Tilgung aus Ersparnissen, also nicht aus den für den Konsum vorgesehenen Mitteln, so werden sie gemäß Miller ebenfalls sofort belastet (im Gegensatz zu Buchanans Auffassung), denn Miller spricht von "consumption opportunities", also von Konsum-Möglichkeiten, und Ersparnisse müssen als solche betrachtet werden, da sie zukünftigen Konsum ermöglichen. Buchanan spricht, falls der Steuerzahler seine Ersparnisse reduziert, um seinen Verpflichtungen nachzukommen, von einer weiteren Verschiebung der Last ("objektive Kosten") in die Zukunft.²

Wie beim Vergleich der Lastbegriffe von Musgrave und Buchanan³ kann auch hier wieder der Fall eintreten, daß sowohl nach Miller als auch nach Buchanan eine Belastung des Zensiten zum Zeitpunkt der Verzinsung (und Rückzahlung) auftritt, aber nur, wenn der Steuerzahler wegen der Steuer weniger verbraucht. Diese Möglichkeit jedoch bedeutet dennoch keine Identität der Lastbegriffe, weil eben die Belastung gemäß Buchanan nur dann eintritt, wenn auch der individuelle Konsum sinkt, was keinesfalls bei Miller Bedingung ist. Es zeigt sich, daß Buchanans Lastbegriff wiederum der engere ist und daß eine Identität des relevanten Lastbegriffes von Musgrave⁴ und der Last im Sinne von Miller existiert.

1 H. Laurence Miller, Jr., a.a.O., S. 165, 166.

2 James M. Buchanan, Public Debt, Cost Theory..., a.a.O., S. 154, Fußnote 7.

3 Siehe Seite 137 dieser Arbeit.

4 Gemeint ist hier die von Musgrave auch dargestellte Belastung des einzelnen Steuerzahlers durch eine Reduktion des Nettovermögens.

3.04 Zusammenfassende Schlußfolgerungen aus der Diskussion über die Verschiebbarkeit einer Last durch die Staatsverschuldung

Die vorausgegangene Diskussion über die Frage, ob eine Staatsverschuldung in der Zukunft (vom Zeitpunkt der Begebung aus gesehen) Belastungen zeitigt, erhebt keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit. Dieses Ziel wurde nicht angestrebt und ist wohl auch kaum in angemessenem Rahmen erreichbar. Der Grund dafür liegt insbesondere auch in der Vielfalt der in der einschlägigen Literatur erwähnten Lastbegriffe, was wiederum darauf zurückzuführen ist, daß es sich bei dem Wort "Last" um einen derart schillernden Begriff handelt, unter den alle möglichen, aus irgendwelchen Gründen negativ zu beurteilenden, Effekte einer anleihefinanzierten Staatsausgabe eingeordnet werden können.

Ziel des vorausgegangenen Kapitels war und der gesamten Arbeit ist es, Buchanans Lastbegriff ("objektive Kosten") mit anderen Lastbegriffen zu vergleichen und ins Verhältnis zu diesen zu rücken. Darum genügte eine Gegenüberstellung der immer wieder in der Literatur diskutierten Lastbegriffe mit der Last im Sinne Buchanans. Dieser Vergleich hat nun gezeigt, daß Buchanans Lastbegriff einer unter vielen ist und durchaus *n e b e n* den anderen bestehen kann, ohne diese zu widerlegen. Die von Buchanan erwähnten Widersprüche stellten sich bei näherer Untersuchung als nicht vorhanden heraus. Buchanan hat verschiedentlich die Thesen anderer Ökonomen zur Verschiebbarkeit bzw. Nicht-Verschiebbarkeit der Last zu widerlegen versucht, indem er ihnen *s e i n e n* Lastbegriff unterstellt, insbesondere bei seiner Kritik an der "New Orthodoxy". Es stellte sich ferner heraus, daß Buchanans Lastbegriff sehr eng ist und einen Effekt zum Inhalt hat, der für einige Ökonomen als *s e l b s t v e r - s t ä n d l i c h e* Voraussetzung ihrer Analyse galt.

Letztlich ungelöst bleibt die Frage, weshalb Buchanan immer nur dann die Übernahme der "objektiven Kosten" durch die Zensiten als gegeben ansieht, wenn diese aufgrund der Steuer für Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld ihren Verbrauch einschränken, nicht aber, wenn sie ihre Ersparnisse angreifen oder reduzieren. Eine Begründung für diese Ansicht sucht man in Buchanans Beiträgen vergeblich. Die Analyse von Ferguson könnte eventuell eine Erklärung geben. Das aber behebt nicht den Mangel der Analyse Buchanans.

In der dargestellten Form und mit der gegebenen Begründung ist die erste These Buchanans trivial in ihrer Aussage, was auf die Trivialität des Lastbegriffes zurückzuführen ist.

Da bei den zwei weiteren Thesen Buchanans (die Analogie von privater und öffentlicher Schuld einerseits und die Analogie von Auslands- und Inlandsverschuldung andererseits), die "objektiven Kosten" entscheidend für die Begründung dieser seiner Ansichten sind, kann bereits an dieser Stelle vermutet werden, daß auch diese beiden Thesen entsprechend trivial in ihren Aussagewerten sein werden. Alle drei Thesen Buchanans sind u. a. wegen des einheitlich zugrunde liegenden Lastbegriffes interdependent. Eine Würdigung der ersten These bedeutet von daher letztlich auch eine Würdigung der beiden anderen. Aus dem Grunde wohl ist auch die Diskussion über die zweite und dritte These in der einschlägigen Literatur so kurz. Trotz dieses Hinweises aber sollen, der Vollständigkeit halber und besonders auch im Hinblick auf die Kontroverse zwischen Buchanan und der "New Orthodoxy", die beiden übrigen Thesen kurz diskutiert werden.

3.1 Kritische Würdigung der zweiten These Buchanans von der Analogie der privaten und öffentlichen Schuld

Zunächst soll geprüft werden, ob die These Buchanans, daß die Analogie von privater und öffentlicher Schuld richtig ist und die These der "New Orthodoxy", daß eine Analogie nicht gegeben ist, einander tatsächlich widersprechen, wie Buchanan behauptet.¹

Im Anschluß daran sollen auch die n a c h Veröffentlichung der Thesen Buchanans erschienenen Literaturbeiträge zur Frage der Analogie von privater und öffentlicher Schuld daraufhin untersucht werden, ob sie Buchanans These widerlegen, unterstützen oder ob sich lediglich wieder, wie bereits bei der Diskussion über die erste These festgestellt, ein Nebeneinander verschiedener, kompatibler Ansichten ergibt. Die Antwort auf d i e s e Frage und auf auf die Frage nach einer Widerspruchlichkeit der These Buchanans zu der der "New Orthodoxy" ist wiederum abhängig vom jeweils verwendeten Lastbegriff.

3.10 Prüfung der Widerspruchsmöglichkeit zwischen der zweiten These Buchanans und der zweiten These der "New Orthodoxy" unter besonderer Berücksichtigung der Verschiedenheit der Lastbegriffe

Buchanan hat sowohl seine These als auch die der "New Orthodoxy" z w e i m a l formuliert. Buchanan sagt:

- a) Die Analogie zwischen öffentlicher und privater Anleihe ist grundsätzlich richtig.¹
- b) Eine öffentliche und private Schuld sind in den meisten grundlegenden Dingen gleich. Bei

¹ Siehe Seite 2 dieser Arbeit.

² James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 31. Diese und die Formulierung b) Buchanans sowie die Formulierung a) und b) der zweiten These der "New Orthodoxy" wurden vom Verfasser dieser Arbeit aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt, wobei auf möglichst wortgetreue Wiedergabe geachtet wurde.

der ersten leihen die Individuen in ihrer Eigenschaft als Bürger, bei der zweiten borgen sie in ihrer Eigenschaft als private Wirtschaftssubjekte.¹

Buchanan zufolge behauptet nun die "New Orthodoxy":

- a) Die Analogie zwischen einer individuellen privaten Schuld und einer öffentlichen Schuld ist in allen wesentlichen Teilen falsch.²
- b) Eine interne öffentliche Schuld ist einer privaten Schuld nicht gleichzusetzen.³

Die jeweilige Formulierung a) erfolgte seitens Buchanan v o r Einführung seines Begriffes "objektive Kosten", die Formulierung b) d a n a c h . Da neuerdings die "objektiven Kosten" die Last im Sinne Buchanans sind, soll seine These, von diesem Lastbegriff ausgehend, mit der der "New Orthodoxy" verglichen werden, wobei zu bemerken ist, daß seine ursprüngliche Last⁴ in gewissem Sinne Teil der "objektiven Kosten" wurde.⁵ Darum ist es wohl nicht nötig, die zwei Formulierungen jeweils getrennt zu diskutieren.

Wie aus Buchanans zweiter These (Formulierung b) ganz klar ersichtlich ist, fußt seine Befürwortung der Analogie von privater und öffentlicher Schuld zunächst einmal auf der bereits wiederholt kritisierten Unterstellung, daß die Steuerzahler die Borgenden, die Schuldner einer öffentlichen Anleihe sind. Von

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 40.

2 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 4.

3 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 40.

4 Siehe Seite 31 ff. dieser Arbeit.

5 Siehe Seite 72 f. dieser Arbeit.

dieser Annahme ausgehend, gelangt Buchanan dann zu dem Ergebnis, daß die Steuern für die Verzinsung und Tilgung der öffentlichen Schuld den einzelnen Steuerzahler ebenso belasten (sinkender Verbrauch = Übernahme der "objektiven Kosten") wie einen privaten Schuldner, der sich den Verpflichtungen zur Verzinsung und Amortisation einer privaten Schuld gegenüber gestellt sieht.¹

Es ist gewiß nicht zu bestreiten, daß eine vom Staat für seinen Schuldendienst erhobene Steuer den Verbrauch des einzelnen Steuerzahlers ebenso reduzieren kann wie die Zinsen und Rückzahlungsbeträge es beim privaten Schuldner bewirken können. Ob daraus aber eine Analogie abgeleitet werden kann, muß bezweifelt werden, denn es gibt sicher Effekte, die bei einer öffentlichen Schuld, nicht aber bei einer privaten, auftreten können. Die nach Buchanan feststellbare Analogie von privater und öffentlicher Schuld jedoch gründet auf der Feststellung, daß in beiden Fällen die "objektiven Kosten" verschoben werden,² was wiederum als sehr enge Betrachtungsweise bezeichnet werden muß, insbesondere auch dann, wenn bedacht wird, daß die "objektiven Kosten" durch die mit dem anleihefinanzierten öffentlichen Projekt wie auch durch die mit der kreditfinanzierten privaten Investition³ erzielten Erträge eliminiert werden können. Es erhalten alle im Zusammenhang mit der ersten These erhobenen Einwände gegen die "objektiven Kosten" als bedeutsames Lastkriterium hier erneute Relevanz, so daß auf eine Wiederholung verzichtet werden kann.

Von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit ist aber an dieser

1 Siehe Übersicht auf Seite 23 dieser Arbeit. Dort sind die Zusammenhänge für die private Schuld detailliert dargestellt.

2 Ebenda.

3 Eine Verschuldung zu Konsumzwecken sei ausgeschlossen.

Stelle die Antwort auf die Frage, ob die zweite These der "New Orthodoxy" eine wirkliche Antithese zu Buchanans Ansicht darstellt. Die Existenz einer solchen Kontroverse setzte zumindest voraus, daß gleiche Lastbegriffe diskutiert und von dieser gemeinsamen Basis aus verschiedene Ergebnisse erzielt würden. Aus der Diskussion über die erste These von der Lastverschiebbarkeit ist bekannt, daß die "New Orthodoxy" keineswegs die "objektiven Kosten" zum Kriterium ihrer Lastuntersuchung wählte, sondern von völlig anderen Voraussetzungen ausgehend, das Problem der Last einer Staatsverschuldung demzufolge aus völlig anderem Blickwinkel zu analysieren versuchte, als Buchanan es tut. Darin ist es auch im wesentlichen begründet, daß sie zu anderen ("entgegengesetzten") Ergebnissen gelangte als Buchanan.

Die primäre Reallast im Sinne der "New Orthodoxy" ist der Verbrauch von Gütern und Diensten durch den Staat, und zwar von Gütern und Diensten, die ohne die staatliche Aktivität dem nichtstaatlichen Bereich zur Verfügung gestanden hätten.¹ Bereits aufgrund dieses Lastbegriffes mußte die "New Orthodoxy" zu dem Ergebnis gelangen, daß zwischen einer öffentlichen Anleihe und einer privaten Verschuldung Unterschiede existieren, denn der oben beschriebene Effekt ist ganz offenbar nicht bei einer privaten Kreditaufnahme zu beobachten.

Von ihrem Lastbegriff her wird auch ein relativ häufig vorgebrachtes Argument der "New Orthodoxy" gegen die Analogie von privater und öffentlicher Schuld verständlich. Verschiedene "Neu-Orthodoxe" betrachten es nämlich als ein wesentliches Un-

1 Siehe Seite 90 ff. dieser Arbeit. Dort ist der Lastbegriff der "New Orthodoxy" im einzelnen erläutert und untersucht worden.

terscheidungsmerkmal zwischen einer privaten und öffentlichen Schuld, daß ein sich verschuldender Privatmann anschließend über z u s ä t z l i c h e Mittel verfügen kann, während eine Inlandsverschuldung des Staates diesen Effekt der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Volkswirtschaft als ganze nicht hat. Die gesamte Volkswirtschaft verfügt nach der Verschuldung nicht über mehr Güter und Dienste als vorher.¹ Es werden also Güter und Dienste verbraucht, die bereits vorhanden waren und sonst an anderer Stelle (im nichtstaatlichen Sektor) verzehrt worden wären. Hier wird der enge Zusammenhang zwischen diesem Argument und dem Lastbegriff der "New Orthodoxy" besonders klar. Zugleich wird aber auch deutlich, und das ist die hier bedeutsamere Erkenntnis, daß es gar nicht darum geht, eine sich auf Buchanan's "objektive Kosten" stützende Analogie zu bestreiten, sondern daß völlig andere Dinge unter völlig anderem Aspekt als bei Buchanan von der "New Orthodoxy" untersucht werden. Die Möglichkeit eines Widerspruchs muß von daher schon bezweifelt werden. Beide Arten der Belastung, die von Buchanan und die der "New Orthodoxy", sind durchaus, nebeneinander stehend, denkbar, wobei aber zugleich erwähnt werden muß, daß sich die b e i d e n Ansichten auf recht vordergründigen Argumenten stützen.

Aufgrund der grundsätzlich unterschiedlichen Betrachtungsweise müssen dann auch im Hinblick auf die Effekte der mit den Zinszahlungen und der Rückzahlung verbundenen Transaktion bei einer privaten und öffentlichen Schuld von der "New Orthodoxy" und von Buchanan notwendigerweise "entgegengesetzte" Ergebnisse er-

1 Jørgen Pedersen, a.a.O., S. 472 f.

Harold Groves, a.a.O., S. 580.

Seymour E. Harris, a.a.O., S. 44, 160.

Abba P. Lerner, *The Burden of the National Debt.*, a.a.O., S. 257.

Edward Nevins, *The Problem of the National Debt*, Cardiff 1944, S. 22 f.

zielt werden. Während bei einer Inlandsverschuldung des Staates die Steuern und die mit ihnen finanzierten Zinszahlungen und Rückzahlungsbeträge nicht dazu führen, daß die Volkswirtschaft als ganze über weniger Güter und Dienste verfügen kann als vorher, sind Bedienung und Tilgung einer privaten Schuld für den Schuldner ein Entzug von Mitteln aus seinem Machtbereich.¹

Aus den Ausführungen zur ersten These ist bekannt, daß die "New Orthodoxy" ihre Untersuchungen keinesfalls bei der simplen Feststellung, es handele sich um reine Transfertransaktionen, wenn Zinsen und Tilgungsbeträge aus Steuern aufgebracht werden, bewenden läßt, sondern sehr wohl auch die Frage beispielsweise nach den Effekten dieser Transaktionen auf die Investitionen und auf das reale Sozialprodukt stellt.²

Wenn auch die hier genannten Argumente der "New Orthodoxy" wiederum nur vordergründig sind, so weisen sie dennoch auf Merkmale hin, die bei der öffentlichen und privaten Schuld verschieden sind und die die "New Orthodoxy" in gewissem Sinne dazu berechtigt, eine Analogie abzulehnen: Es sind dies aber keineswegs die einzigen Gründe der "New Orthodoxy", weshalb sie die Gleichheit von privater und öffentlicher Schuld bestreitet. So wird darauf verwiesen, daß z. B. ein sich verschuldender Unternehmer unbedingt auf rentablen Einsatz der geliehenen Mittel achten muß, da er andernfalls u. U. in finanzielle Schwierigkeiten geraten kann, wenn die Verzinsung und Tilgung fällig wird, was zur Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz führen könnte.³ Der Staat hingegen

1 Seymour E. Harris, a.a.O., S.158.

Abba P. Lerner, The Burden of the National Debt., a.a.O., S. 257.

Jørgen Pedersen, a.a.O., S. 473.

2 Siehe insbesondere Seite 129 f. dieser Arbeit.

3 O. H. Brownlee and Edward D. Allen, a.a.O., S. 129.

David McCord Wright, The Economic Limit..., a.a.O., S. 116.

besitzt die Möglichkeit, wenn das anleihefinanzierte Projekt nicht rentabel ist, sich das für die Verzinsung und Amortisation notwendige Geld durch Steuererhebung zu beschaffen. Er kommt also jedenfalls nicht in finanzielle Schwierigkeiten.¹

Ratchford sieht einen weiteren Unterschied zwischen privater und öffentlicher Schuld darin, daß bei der privaten Schuld auch derjenige Zinsen und Rückzahlungsbeträge zahlt, der die Erträge der schuldenfinanzierten Ausgabe bekommt, während bei einer öffentlichen Schuld u. U. für die Verzinsung und Tilgung durchaus auch von solchen Leuten Steuern erhoben werden, die keinerlei Vorteile aus dem anleihefinanzierten Projekt haben.²

Wenn Buchanan nun aber von einer Analogie privater und öffentlicher Schuld spricht, so bedeutet das nicht, daß er diese hier genannten Argumente widerlegt, sondern er konzentriert sich auf einen ganz bestimmten, sehr engen Bereich und findet, weil selbstverständlich, dort einen Effekt, der sowohl bei der privaten als auch bei der öffentlichen Schuld auftreten kann: Derjenige der die Steuern für die Zinsen und Tilgung einer öffentlichen Schuld zu zahlen hat, verzichtet u. U. ebenso auf Konsum wie ein privater Schuldner, der seine aus der Verschuldung übernommenen Verpflichtungen erfüllt. Selbst wenn hier also eine gewisse Übereinstimmung bestehen kann, berechtigt das nicht zur Behauptung, die These der "New Orthodoxy" sei falsch,³ denn die "neu-orthodoxen" Ökonomen behaupten letztlich nicht das Gegenteil von dem, was Buchanan sagt, weil sie n i c h t die "objektiven Kosten" untersuchen. Auch scheint die These Bu-

-
- 1 O.H. Brownlee and Edward D. Allen, a.a.O., S. 128 f.
Troy J. Cauley, a.a.O., S. 330.
Harold Groves, a.a.O., S. 580.
Seymour E. Harris, a.a.O., S. 160.
Abba P. Lerner, *The Burden of the National Debt.*, a.a.O., S. 257.
B. U. Ratchford, a.a.O., S. 461 f.
- 2 B. U. Ratchford, a.a.O., S. 461 f.
- 3 James M. Buchanan, *Public Principles...*, a.a.O., S. 31.
James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 32.

chanans der der "New Orthodoxy" gegenüber nicht den Vorteil größeren Erkenntniswertes zu haben, wenn die Trivialität des Begriffes "objektive Kosten" berücksichtigt wird. Eine Analogie, die sich auf einer solchen Selbstverständlichkeit aufbaut wäre, wenn möglich und wie auch schon bezüglich der ersten These vermutet, von der "New Orthodoxy" sicherlich ohne weiteres akzeptiert worden. Hätte, was leider nicht nachvollziehbar ist, die "New Orthodoxy" die "Buchanan'sche Analogie" bei Kenntnis des Inhalts des Begriffes "objektive Kosten" bestritten, dann erst könnte wohl von einer e c h t e n Kontroverse gesprochen werden. So aber ist das Ergebnis ein Nebeneinander verschiedener Argumente für und wider eine Analogie, wobei jeweils verschiedene Kriterien herangezogen werden.

Nun könnte die Ansicht vertreten werden, daß nur e i n e i n - z i g e r Unterschied zwischen privater und öffentlicher Schuld genügt, um eine A n a l o g i e abzulehnen. Dann wäre die These der "New Orthodoxy", mögen ihre Argumente auch noch so schwach sein, der von Buchanan vorzuziehen. Buchanan konzentriert sich auf eine s p e z i e l l e Analogie, was insbesondere aus seiner zweiten Thesenformulierung hervorgeht.¹ Er fragt, ob sich die Situation des Steuerzahlers (der s. E. der eigentliche Schuldner der Anleihe ist) und die eines privaten Schuldners wirklich voneinander unterscheidet, wenn die primären Wirkungen der Steuererhebung für Verzinsung und Tilgung der Staatsanleihe un die Wirkungen der Zins- und Amortisationszahlungen bei privaten Krediten miteinander verglichen werden.

Aufgrund der wiederholt kritisierten und abgelehnten, von Buchanan vorgenommenen Identifizierung des Steuerzahlers mit

1 Siehe Seite 142 f. dieser Arbeit, Formulierung b).

dem Schuldner einer öffentlichen Anleihe muß hier jedoch die Frage nach dem Sinn einer solchermaßen konstruierten Analogie gestellt werden.

Selbst wenn einige Argumente der "New Orthodoxy" vordergründig sind, so beschäftigen sie sich in jedem Falle mit dem eigentlichen Schuldner einer öffentlichen Anleihe, dem Staat, und zeigt einige durchaus beachtenswerte Unterschiede zwischen privater und öffentlicher Schuld. Von daher ist die Position der "New Orthodoxy" stärker als die von Buchanan.

3.11 Die Frage nach der Analogie von privater und öffentlicher Schuld in den kritischen Literaturbeiträgen zu Buchanans Thesen

Die zweite These Buchanans fand in der Literatur nach Erscheinen seines Buches "Public Principles of Public Debt" und seiner sonstigen Aufsätze kaum einen Widerhall. Einige Ökonomen behandeln das Problem nur am Rande, die meisten erwähnen es gar nicht. Aufgrund der bereits erwähnten Interdependenz der drei Thesen sollte das jedoch nicht verwundern, denn Buchanans These vom Vorliegen einer Analogie von privater und öffentlicher Schuld ist das Ergebnis seines Lastbegriffes und der von ihm vorgenommenen Gleichstellung von Steuerzahler und "Schuldner" einer öffentlichen Anleihe. In der Diskussion um die erste These wurde bereits ganz deutlich, wie abseits eine solche Betrachtung im Felde der weiten Diskussion über die Last einer Staatsverschuldung liegt.

So wird die Frage nach der Analogie von privater und öffentlicher Schuld von denjenigen Ökonomen kaum erwähnt, die eine Lastverschiebung aufgrund einer infolge der Staatsverschuldung bzw. -ausgabe reduzierten privaten Kapitalbildung annehmen.

Das ist vermutlich deswegen so, weil bei einer privaten Schuld dieses Problem allein schon von der Größe der einzelnen Verschuldung her nicht eine derartige Relevanz hat wie eine Staatsschuld.

Sofern auf die in Buchanans zweiter These angesprochene Analogie von privater und öffentlicher Schuld eingegangen wird, besteht bezüglich der Position der Anleihezeichner Übereinstimmung, falls diese untersucht wird. So vertreten beispielsweise sowohl Scitovsky als auch Elliott die Ansicht, daß aus der Sicht des Anleihezeichners, des Kreditgebers also, eine öffentliche Anleihe grundsätzlich nicht anders zu beurteilen ist als eine private Kreditgewährung.¹ Das ist bekanntlich auch Buchanans Ansicht.² Dieser Standpunkt kann wohl ohne weiteres akzeptiert werden, da es aus der Sicht des Gläubigers wirklich unerheblich³ ist, ob sein Schuldner der Staat oder ein Privatmann ist. In jedem Falle hat er Anspruch auf Zinsen und Tilgung.

Die eigentliche Problematik der zweiten These Buchanans ist aber nicht die Frage, ob die Gläubiger einer privaten und öffentlichen Schuld unterschiedlich gestellt sind, sondern ob sich aus der Sicht des Schuldners Analogien feststellen lassen.

Musgrave untersucht das Problem der Gleichheit von öffentlicher und privater Verschuldung unter dem Gesichtspunkt der Verwirklichung des Prinzips der "pay-as-you-use-finance" und gelangt zu dem Ergebnis, daß private und öffentliche Schuld die Möglichkeit bieten, diesen Grundsatz zu befolgen. Beide Schuld-

1 Tibor Scitovsky, a.a.O., S. 82.
James R. Elliott, a.a.O., S. 84.

2 Siehe auch Seite 18 ff. dieser Arbeit.

3 Es kann natürlich die Frage nach der Sicherheit der Forderung, der Höhe der Zinsen u. a. relevant werden und zu einer Entscheidung für die eine oder andere Kreditform führen, doch scheint das kein grundsätzlicher Unterschied zu sein.

formen erhöhen s. E. die Flexibilität in der Budgetierung des Konsums.¹ Diese Überlegung Musgraves ist insofern interessant, als sie dem Gedanken Buchanans sehr nahe kommt bzw. sich Buchanans Argumentation unter der von Musgrave subsumieren ließe.²

Miller hingegen glaubt, einen Unterschied zwischen privater und öffentlicher Schuld daraus ableiten zu können, daß im Falle der Staatsschuld eine Illusion hinsichtlich der Verpflichtungen in der Zukunft weitaus wahrscheinlicher ist als bei einer privaten Schuld.³ Zweifellos ist das ein Argument gegen eine generelle Analogie von privater und öffentlicher Schuld, selbst wenn eine derartige Illusion nicht notwendigerweise existieren braucht, sondern ihre M ö g l i c h k e i t vorhanden ist.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß die Diskussion über die Aussage der zweiten These Buchanans unbedeutend ist und weder eine Bestätigung seiner Gedanken noch eine Kontroverse liefert. Eigentlich wird B u c h a n a n s These gar nicht diskutiert. Das könnte in unmittelbarem Zusammenhang mit der Trivialität seines Lastbegriffes stehen, denn Buchanan kommt zu dem Ergebnis der Analogie der privaten und öffentlichen Schuld, weil er ein so selbstverständliches Kriterium wählte, über das sich im Prinzip nicht streiten läßt. Die eigentlichen Probleme ergeben sich aus der A r t seiner Argumentation. Diese aber wurde bereits ausführlich in Verbindung mit der ersten These behandelt und gewürdigt.

1 Richard A. Musgrave, Internal Debt..., a.a.O., S. 141.
Richard A. Musgrave, The Theory..., a.a.O., S. 558.

2 Hierzu siehe auch Seite 134 ff, insbesondere S. 135 f. dieser Arbeit. Dort wurde dieser Fall bereits diskutiert.

3 Laurence H. Miller, Jr., a.a.O., S. 169.

3.2 Kritische Würdigung der dritten These Buchanans von der Analogie der Inlands- und Auslandsverschuldung des Staates

Es stellt sich wieder, wie schon bei der ersten und zweiten These, zunächst die Frage, ob zwischen der Ansicht Buchanans, daß die Inlands- und Auslandsverschuldung des Staates im Prinzip gleich (analog) sind und der Behauptung der "New Orthodoxy", daß eine Analogie nicht existiert, wirklich ein Widerspruch vorliegt oder ob es sich (wieder) nur um eine Scheinkontroverse handelt.

Sobald darüber Klarheit gewonnen ist, soll sodann wieder geprüft werden, inwieweit sich in der Literatur nach Veröffentlichung der Thesen Buchanans entgegengesetzte oder bestätigende Äußerungen bezüglich seiner Ansicht finden lassen, um daran anschließend auch die dritte These gebührend beurteilen zu können.

Bei der Lösung dieser Aufgabe wird, wie schon bei der zweiten These, weitgehend auf die bei der kritischen Würdigung der ersten These erarbeiteten Ergebnisse, insbesondere hinsichtlich des Lastbegriffes, zurückgegriffen werden können.

3.20 Eine vergleichende Gegenüberstellung der dritten These Buchanans und der dritten These der "New Orthodoxy" unter besonderer Berücksichtigung der Verschiedenheit der Lastbegriffe

Wie die erste und zweite These, so hat Buchanan auch seine dritte These und die dritte These der "New Orthodoxy" z w e i m a l formuliert, wobei die jeweils zweite Formulierung wiederum nach Einführung seines Begriffes "objektive Kosten" erfolgte. Buchanans eigene These lautet:

- a) Die externe und interne Schuld sind grundlegend gleich zu beurteilen.¹
- b) Es gibt keinen wesentlichen Unterschied zwischen interner und externer öffentlicher Schuld.²

Die These der "New Orthodoxy" formulierte er wie folgt:

- a) Es gibt einen scharfen und wichtigen Unterschied zwischen einer internen und externen öffentlichen Schuld.³
- b) Eine interne öffentliche Schuld ist grundlegend verschieden in ihren Effekten von einer externen öffentlichen Schuld.⁴

Der nicht informierte Leser dieser Thesen muß von der Formulierung her wieder zu dem Ergebnis gelangen, daß die "New Orthodoxy" genau das Gegenteil von dem behauptet, was Buchanan sagt. Bei genauerer Prüfung jedoch stellt sich wiederum heraus, daß das nicht der Fall ist, sondern daß sich erneut nur ein Nebeneinander verschiedener Ansichten aufgrund verschiedener Kriterien beim Vergleich der Inlands- mit der Auslandsschuld des Staates ergibt. Buchanans These liegt, wie inzwischen hinreichend bekannt, ein anderer Lastbegriff zugrunde als der These der "New Orthodoxy". Daher müssen, wie gezeigt werden wird, verschiedene Ergebnisse erzielt werden, die sich nicht gegenseitig ausschließen.

Nach Ansicht der "New Orthodoxy" wird bei einer Auslands-Staats-

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 31.
Die Übersetzung dieser These (Formulierung a) und b)) und der dritten These der "New Orthodoxy" (in beiden Formulierungen) aus dem Englischen ins Deutsche erfolgte durch den Verfasser dieser Arbeit, wobei auf möglichst wortgetreue Wiedergabe geachtet wurde.

2 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 40.

3 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 4.

4 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 32.

verschuldung die primäre reale Last in die Zukunft verschoben, was bei einer Inlands-Staatsverschuldung, wie aus der Diskussion über die erste These bekannt, ihrer Meinung nach nicht geschieht. Die Begründung für diese Behauptung ist im Lastbegriff der "New Orthodoxy" zu suchen, denn die Last in ihrem Sinne wird immer dann getragen, wenn der Staat dem nichtstaatlichen Bereich (im Inland) Güter und Dienste entzieht.¹ Bei einer Auslandsverschuldung findet, "neuorthodoxen" Ökonomen zufolge, ein solcher Entzug nicht statt; folglich trägt die gegenwärtige Generation keine Last.² Es werden der gesamten Volkswirtschaft vielmehr zusätzliche Ressourcen aus dem Ausland zur Verfügung gestellt, wie auch bei einer privaten Verschuldung der Schuldner über mehr Güter und Dienste verfügen kann als zuvor.³

Eine solche Argumentation setzt jedoch stillschweigend voraus, daß der Staat tatsächlich auch immer ausländische Ressourcen in Anspruch nimmt. Das aber braucht nicht der Fall zu sein. So ist es durchaus möglich, daß der Schuldnerstaat mit Hilfe des gewährten Kredites die gewünschten Güter im eigenen Lande kauft, etwa wenn er eine Auslandsanleihe aufnimmt, weil sie niedriger verzinslich ist als eine Inlandsanleihe. Eine Güterbewegung zwischen Gläubiger- und Schuldnerland im Sinne der "New Orthodoxy" würde dagegen beispielsweise dann erfolgen, wenn das Gläubigerland den Schuldner verpflichtet, den gewährten Kredit in Form von Sachleistungen zu beziehen, wie es z. B. häufig in der Entwicklungshilfe geschieht. Könnte eine solche Koppelung als allgemein üblich betrachtet werden, so ließe sich

1 Siehe Seite 91 ff. dieser Arbeit.

2 Harold Groves, a.a.O., S. 580.

Abba P. Lerner, The Burden of the National Debt., a.a.O., S. 256 f.

Henry C. Murphy, a.a.O., S. 60.

Jørgen Pedersen, a.a.O., S. 473, 487.

A. C. Pigou, a.a.O., S. 38.

3 O. H. Brownlee and Edward D. Allen, a.a.O., S. 127.

Abba P. Lerner, The Burden of the National Debt, a.a.O., S. 256.

Jørgen Pedersen, a.a.O., S. 473.

Edward Nevins, a.a.O., S. 22 f.

eine vierte These der "New Orthodoxy" formulieren, die sagt, daß zwischen einer privaten Verschuldung und einer externen Staatsschuld Parallelen feststellbar sind. Denn auch hinsichtlich der Verzinsung und Tilgung der Auslands-Staatsverschuldung gelangt die "New Orthodoxy" (konsequent ihrem Lastbegriff folgend) wie bei der privaten Schuld¹ zu dem Ergebnis, daß zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit die Last getragen wird, weil dann, im Gegensatz zur internen Staatsverschuldung Güter und Dienste aus dem nichtstaatlichen Bereich an eine andere (ausländische) Wirtschaftseinheit übertragen werden müssen.² Diese Güterbewegung bedingt, daß die ausländischen Empfänger der Zins- und Tilgungsbeträge diese dazu benutzen, um im Schuldnerland Güter und Dienste zu kaufen. Zunächst aber findet nur ein Transfer von Geld statt. Das führt sicher aber irgendwann dazu, daß sich die Auslandsnachfrage im Schuldnerland erhöht und ein entsprechender Güter- und Dienstleistungsstrom ins Ausland geht.

Aus der Diskussion über die erste These ist bekannt, daß und weshalb Buchanan der Ansicht ist, eine interne Staatsverschuldung führe ebenfalls zu einer Lastverschiebung in die Zukunft.³

Wenn der Staat im Ausland leiht, gelangen die "New Orthodoxy" und Buchanan zu dem Ergebnis, daß die Last in die Zukunft verschoben wird, so daß hier eine Übereinstimmung der beiden Ansichten vermutet werden könnte und demnach die Ursache der Kontroverse also ausschließlich in den verschiedenen Ansichten bezüglich der Inlandsverschuldung des Staates zu liegen scheint. Dieser Schluß trägt, denn eine übereinstimmende Meinung bezüg-

1 Siehe Seite 144 ff. dieser Arbeit.

2 O. H. Brownlee and Edward D. Allen, a.a.O., S. 127.
 Abba P. Lerner, The Burden of the National Debt., a.a.O., S. 256 f.
 Henry C. Murphy, a.a.O., S. 60. f.
 Jørgen Pedersen, a.a.O., S. 473, 487.
 A. C. Pigou, a.a.O., S. 38.
 Philip E. Taylor, a.a.O., S. 231.
 David McCord Wright, The Economic Limit..., a.a.O., S. 120.
 Edward Nevins, a.a.O., S. 23.

3 Siehe Seite 72 ff. dieser Arbeit.

lich der externen Staatsschuld ist bei näherer Betrachtung keinesfalls vorhanden. Buchanan kommt zu dem Ergebnis, daß auch bei einer Auslandsverschuldung die Last verschoben wird, weil die Steuerzahler (gemäß Buchanan die "Schuldner") die "objektiven Kosten" erst dann tragen, wenn sie aufgrund der für die Verzinsung und Tilgung erhobenen Steuer ihren Konsum einschränken. Dieser Vorgang findet Buchanan zufolge, unabhängig davon, ob es sich um eine interne oder externe Staatsschuld handelt, in der Zukunft statt.¹ Das ist also eine völlig andere Begründung für die Lastverschiebung im Falle einer Auslandsverschuldung des Staates, als die "New Orthodoxy" sie anführt. Bei beiden wird etwas anderes verschoben. Die Übereinstimmung liegt also nur scheinbar vor. Wie schon bei den vorausgegangenen Thesen ergibt sich wieder nur ein Nebeneinander und keine Widersprüchlichkeit der Aussagen. Alle bereits gemachten Einwände gegen Buchanans Lastbegriff und auch gegen die Betrachtungsweise der "New Orthodoxy" werden erneut relevant, insbesondere der Einwand der Vordergründigkeit und des geringen Aussagewertes der jeweiligen These. Es ist wiederum durchaus denkbar und möglich, daß die "New Orthodoxy" bei Kenntnis des Begriffes "objektive Kosten" dem zugestimmt hätte, daß eine solche "Last" in jedem Falle² verschoben wird, also sowohl bei der internen wie bei der externen Staatsverschuldung als auch bei der privaten Schuld. Einzusehen ist nun nicht, weshalb Buchanan die These der "New Orthodoxy" als falsch³ bezeichnet, denn die von "neu-orthodoxen" Ökonomen beschriebenen Effekte können grundsätzlich nicht bestritten werden. Die Frage nach der Bedeutsamkeit der Aussage

1 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 35 ff.

2 Abgesehen werden muß von dem von Buchanan erwähnten, von ihm selber aber als Ausnahme bezeichneten Fall, daß die Steuerzahler bereits bei Begebung der Schuld einen ihrem zukünftigen Anteil an der Steuer für Verzinsung und Tilgung entsprechenden zusätzlichen Ersparnis tätigen und so die "objektiven Kosten" bereits in der Gegenwart tragen.

3 James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 32..

jedoch läßt sich, zumindest gleichermaßen berechtigt, auch bezüglich der These Buchanans stellen.

Was erneut betont und kritisiert werden muß ist, daß Buchanan auch hier wieder mit Hilfe seiner Thesenformulierung den Eindruck erweckt, als behaupte er genau das Gegenteil von dem, was die "New Orthodoxy" sagt, und zwar letztlich wieder, indem er den Begriff Last als eindeutig und einheitlich (in seinem Sinne) definiert unterstellt. Eine solche einheitliche Definition aber gibt es nicht. Die "New Orthodoxy" behauptet nicht das Gegenteil von dem was Buchanan sagt, sondern etwas v ö l l i g anderes. Das kann noch verdeutlicht werden, wenn man sich an die nicht erfolgte, aber immerhin m ö g l i c h e Formulierung einer v i e r t e n These erinnert,¹ die besagen könnte, daß bei einer externen Staatsschuld wie bei einer privaten Schuld die Last in die Zukunft verschoben wird. Zu genau dem gleichen (formalen) Ergebnis müßte auch Buchanan gelangen, und dennoch wäre die Aussage der jeweiligen These aufgrund der unterschiedlichen Lastbegriffe verschieden. Es ist übrigens interessant, daß diese Thesenformulierung, die durchaus aus den Diskussionsbeiträgen der "New Orthodoxy" erkennbar war, von Buchanan nicht aufgestellt wurde. Es hätte sich dann allerdings k e i n e kontroverse Formulierung ergeben!

Es ist müßig, auf alle weiteren Einzelheiten, die von Buchanan im Zusammenhang mit seiner dritten These erwähnt werden, einzugehen.² Der Grundgedanke Buchanans dürfte klar sein. Von ihm hängt letztlich Buchanans Ergebnis, seine in der dritten These erfolgte Aussage ab. Sein Lastbegriff ist der Kern auch der dritten These und allein von daher ist diese zu verstehen und zu würdigen.

1 Siehe Seite 155 f. dieser Arbeit.

2 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 73 ff.
James M. Buchanan and Richard E. Wagner, a.a.O., S. 35 ff.

3.21 Die Frage nach der Analogie von interner und externer Staatsverschuldung in den kritischen Literaturbeiträgen zu Buchanans Thesen

Buchanans dritte These hat, wie seine zweite, in den kritischen Literaturbeiträgen zu seinen Überlegungen ebenfalls nicht zu einer ausgedehnten Diskussion angeregt. Nur einige wenige Autoren nehmen zu dieser Frage überhaupt Stellung.

In einer Erwiderung auf Buchanans These verteidigt Abba P. Lerner¹ u. a. erneut die "klassische" Ansicht, der "New Orthodoxy", daß eine Inlandsverschuldung des Staates dem nicht-staatlichen Bereich *s o f o r t* Ressourcen entzieht, während das bei einer externen Staatsverschuldung erst in der Zukunft der Fall ist.² Das bereits von der "New Orthodoxy" vorgebrachte Argument, daß eine Auslandsverschuldung des Staates nicht nur verhindert, daß dem nichtstaatlichen Bereich Güter und Dienste entzogen werden, sondern im Gegenteil bewirkt, daß der gesamten Volkswirtschaft mehr Ressourcen zur Verfügung stehen als zuvor³, wird auch von Musgrave angeführt.⁴ Wieseman⁵ knüpft in gewissem Sinne an diese Überlegungen an, wenn er unter der Annahme der Vollbeschäftigung darauf hinweist, daß eine Inlandschuld des Staates auf Kosten der privaten Investitionstätigkeit gehen kann, was wiederum zur Folge haben kann, daß

"... any future increase in national income from the raising and spending of debt has been obtained at the cost of the lost income that the private investment could have provided."⁶

1 Abba P. Lerner, *The Burden of Debt.*, a.a.O., S. 91 ff.

2 Ebenda S. 91 f., 93, 95.

3 Siehe Seite 155 dieser Arbeit.

4 Richard A. Musgrave, *Internal Debt...*, a.a.O., S. 141 f.

5 Jack Wiseman, *The Logic of National Debt Policy*. In: *Public Debt and Future Generations*. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964, S. 176-183.

6 Ebenda S. 181.

Falls sich der Staat aber im Ausland verschuldet, wird die private Investitionstätigkeit zum Zeitpunkt der Begebung der Anleihe und Verausgabung der Mittel nicht reduziert, aber in der Zukunft muß zwecks Bedienung der Schuld ein Teil des Outputs ins Ausland übertragen werden.¹ Im Hinblick auf diesen Vorgang sagt Wiseman dann aber:

"... but the flow of income from which that output is provided is enhanced by the fruits of the relevant private investment."²

Diese Feststellung läuft letztlich darauf hinaus, daß Wiseman zufolge im Falle der Auslandsverschuldung das reale Volkseinkommen im Inland deswegen höher ist, weil die private Investitionstätigkeit nicht reduziert wurde, dieses höhere reale Volkseinkommen aber bei Fälligkeit der Zinszahlungen in das Gläubigerland fließt.

Bei Buchanan findet sich interessanterweise ein ähnlicher Gedankengang.³

Unter den genannten Bedingungen glaubt Wiseman, daß ein Vergleich der Zinssätze im In- und Ausland darüber entscheiden sollte, ob der Staat sich intern oder extern verschuldet.⁴ Buchanan geht noch darüber hinaus⁵, indem er unterstellt, daß auch die Zinssätze im In- und Ausland gleich seien, daß also auch dieses Entscheidungskriterium entfalle. In einem solchen Falle kann Buchanan zufolge die Tatsache, daß eine externe Verschuldung einen Zahlungsstrom in das Ausland nach sich zieht (Zinszahlungen) und im Inland aufgrund der reduzierten Einkom-

1 Jack Wiseman, a.a.O., S. 181 f.

2 Ebenda S. 182. Im Original kursiv gedruckt.

3 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 77 f.

4 Jack Wiseman, a.a.O., S. 182.

5 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 78.

men (durch die Steuern für die Verzinsung) ein unerwünschter Nachfrageausfall erfolgen kann, die Entscheidung zugunsten der Inlandsverschuldung bewirken.¹

Buchanan glaubt, hierin den einzig bedeutsamen Unterschied zwischen einer internen und externen Schuld feststellen zu können.²

Diese seine Überlegungen erstrecken sich nicht, das muß betont werden, auf seine mit Hilfe der "objektiven Kosten" begründeten Ausführungen bezüglich der Analogie von Inlands- und Auslandsverschuldung des Staates. Vielmehr liegt hier ein weiterer Versuch vor, diese Analogie zu untermauern, und zwar mit anderen Argumenten.

Dabei gehen Buchanan und Wiseman, aber auch Miller, der diese Gedanken Buchanans zu akzeptieren scheint³, doch letztlich von der Überlegung der "New Orthodoxy" aus, daß im Falle einer Inlandsverschuldung die im Inland verfügbaren Ressourcen beansprucht werden, während bei einer Auslandsschuld des Staates zusätzliche Güter und Dienste zur Verfügung gestellt werden, in der Zukunft aber solche ins Ausland transferiert werden. Buchanan und Wiseman unterstellen aber, und damit wurden ihre Überlegungen zu einem Spezialfall, daß bei einer Inlandsschuld die vom Staat beanspruchten Güter und Dienste die private Investitionstätigkeit behindern. Darauf bauen sich dann ihre weiteren Überlegungen auf. Ein solcher Effekt muß nicht notwendig eintreten. Die genannten Überlegungen der "New Orthodoxy" sind von einer derart speziellen Bedingung unabhängig.

1 James M. Buchanan, Public Principles..., a.a.O., S. 80 ff.

2 Ebenda S. 83.

3 H. Laurence Miller, Jr., a.a.O., S. 173.

Miller erwähnt dort, daß er die Überlegungen Buchanans im 6. Kapitel des Buches "Public Principles of Public Debt" als korrekt ansieht. In dem Kapitel aber entwickelt Buchanan gerade auch die oben erwähnten Gedanken.

Die "neu-orthodoxen" Ökonomen sprechen immer dann von einer Belastung, wenn der Staat dem nichtstaatlichen Bereich Güter- und Dienste entzieht, wobei es gleichgültig ist, ob diese sonst verbraucht oder investiert worden wären. Es ist durchaus vorstellbar, daß die "New Orthodoxy" sich den Gedanken Buchanans und Wisemans anschließen könnte. Ein Widerspruch liegt hier nicht vor. Der Ansicht ist übrigens auch Mishan, der ebenfalls auf diese Fragen eingeht und die ganze Diskussion für einen müßigen Streit hält.¹

Die Ansicht der "New Orthodoxy", daß eine bestehende interne Staatsschuld eine Verschuldung der Volkswirtschaft an sich selbst ist, während eine externe Staatsschuld eine Schuld an Ausländer ist und im ersten Falle bei der Verzinsung und Tilgung der Anleihe eine Einkommensumverteilung erfolgt, während bei der Auslandsschuld ein Teil des realen Einkommens in Ausland transferiert wird, wird durch Buchanans sämtliche Einwände jedenfalls nicht widerlegt.² Aber es muß auch gefragt werden, ob eine solche, von der "New Orthodoxy" vertretene, Ansicht einen besonderen Erkenntniswert hat und für die Schuldenpolitik von Bedeutung ist.³

Die Diskussion über Buchanans dritte These erschöpft sich im wesentlichen mit den dargestellten Beiträgen. Insgesamt handelt es sich um einen wenig ergiebigen Streit, der vor allem auf verschiedene Betrachtungsweisen des Problems, auf verschiedene Lastbegriffe, aber auch auf die Nichtbeachtung der besonderen Annahmen des Diskussions-"Gegners" zurückzuführen ist. Letztlich konnte niemand die Position des anderen grundlegend erschüttern. Buchanan hat keinesfalls die dritte These der "New Orthodoxy" widerlegt. Seine eigene These ist wegen des zugrundeliegenden trivialen Lastbegriffes wie die erste und zweite in ihrer Aussage trivial.

1 E. J. Mishan, *How to Make a Burden...*, a.a.O., S. 192.

2 Ebenda..

3 Ebenda.

4. Zusammenfassende Schlußbetrachtung

Die vorliegende Arbeit hat deutlich gezeigt, daß das Problem der Last einer Staatsverschuldung aus verschiedenen Blickwinkeln heraus betrachtet werden kann. Zwei Aspekte wurden ganz deutlich: Es kann nach Belastungen der Gesamtwirtschaft gefragt werden, wobei aggregierte Größen im Mittelpunkt stehen und deren Veränderungen erforscht werden. Andererseits kann nach durch eine Staatsanleihe induzierten Belastungen von einzelnen Staatsbürgern geforscht werden.

Die "New Orthodoxy" konzentrierte sich auf die erste Fragestellung, Buchanan hingegen fragt nach Belastungen von bestimmten Individuen.

In jeweils drei Thesen wurden die Ansichten der "New Orthodoxy" und die von Buchanan einander gegenüber gestellt. Es lag auf den ersten Blick ein Widerspruch der Aussagen vor, der sich jedoch bei näherer Untersuchung als nicht existent erwies, so daß sich zum Schluß lediglich ein Nebeneinander von verschiedenen Argumentationen ergab, dessen Ursache in der genannten unterschiedlichen Art der Untersuchungsmethode, der Betrachtungsweise und - daraus resultierend - in den völlig verschiedenen Lastbegriffen lag.

Buchanans "fundamentale" Frage war bekanntlich: Wer zahlt wann für anleihefinanzierte öffentliche Ausgaben? Indem er von einer demokratischen Staatsform als gegebene Voraussetzung ausging, gelangte er zu dem Ergebnis, daß die Frage nach der Belastung von bestimmten Individuen, von einzelnen Staatsbürgern die untersuchenswerteste ist. Von der weiteren Überlegung geleitet, daß letztlich die Staatsbürger die Ausgaben des Staates durch ihre Steuerbeiträge zahlen, kam er zu dem Schluß, daß der Steuerzahler im Mittelpunkt der Untersuchung stehen muß. Dem Zensiten

schrieb er sodann eine Rolle zu, die als unrealistisch und daher angreifbar beurteilt werden muß: Buchanan betrachtet den Steuerzahler als denjenigen, der letztlich über die Begebung einer Staatsschuld entscheidet, und er sieht in ihm den eigentlichen Schuldner der Staatsanleihe. Er spricht immer dann von einer Belastung, wenn der einzelne Zensit aufgrund der Folgen der Staatsverschuldung direkt betroffen wird. Zunächst konzentrierte sich Buchanan dabei auf die Effekte der für die Verzinsung der öffentlichen Schuld notwendigen Steuern, die seines Erachtens in einer Nutzeneinbuße des betroffenen Zensiten zu erblicken waren. In dem Zusammenhang ergab sich dann, daß wegen der Nutzenbetrachtung keinerlei exakte Aussagen über die Belastung des einzelnen Steuerzahlers möglich waren.

Wohl aus der Erkenntnis dieses Dilemmas heraus änderte Buchanan dann, ohne es genügend bemerkbar zu machen, seinen Lastbegriff, indem er sich auf die Kostenseite einer anleihefinanzierten Ausgabe konzentrierte. Er unterschied in "subjektive Kosten" und "objektive Kosten", wobei er die "subjektiven Kosten", die sich letztlich wieder nur nutzentheoretisch erklären lassen, aus der Betrachtung ausschloß. Damit "befreite" er seine Analyse von einem wesentlichen Teil der ihr innewohnenden Problematik. Die "objektiven Kosten" erwiesen sich nämlich als ein eine Trivialität beschreibenden Begriff. Das jedoch war nicht so einfach zu erkennen, da Buchanan sich sehr verklausuliert und zum Teil unklar oder gar widersprüchlich äußerte. Darum wohl ist es zu verstehen, daß Karl Meister in seiner Dissertation über "Das Problem der Last in der Theorie der öffentlichen Schuld" die "objektiven Kosten" als bemerkenswertes Ergebnis bezeichnet hat¹, was nach Ansicht

1 Karl Meister, a.a.O., S. 199 ff.

des Verfassers dieser Arbeit nicht der Fall ist. Meister zufolge ist besonders positiv zu vermerken, daß Buchanan mit Hilfe seiner "objektiven Kosten" das Lastproblem einer Staatsverschuldung von nutzentheoretischen Überlegungen befreite.¹ Es konnte jedoch herausgefunden werden, daß die "objektiven Kosten" nur dann einen Sinn erhalten können, wenn sie nutzentheoretisch begründet werden. Buchanan erwähnte das nur nicht.

Insgesamt konnte Buchanan seine "fundamentale" Frage nur sehr allgemein beantworten, denn exakte Aussagen quantitativer Art über die effektive Belastung des einzelnen Steuerzahlers sind wegen der zahlreichen Imponderabilien wie Lebensdauer, Einkommenssituation, Produktivität des anleihefinanzierten Projektes des Staates nicht zum Zeitpunkt der Anleihebegebung möglich. Aber auch dann, wenn die Steuern für die Verzinsung und Tilgung (letztere ist entgegen der ursprünglich ausschließlich auf die Effekte der Zinszahlungen ausgerichteten Untersuchung Buchanans im Begriff "objektive Kosten" auch enthalten) fällig werden, kann niemand sagen, wieviel der einzelne Zensit nun tatsächlich von diesen Kosten trägt. Der Aussagewert des Begriffes "objektive Kosten" erwies sich demzufolge als sehr gering, es werden allgemein bekannte Zusammenhänge beschrieben.

Den drei Thesen Buchanans liegt nun aber ein solchermaßen trivialer "Last"-Begriff zugrunde, daß auch mit ihrer Hilfe getroffene Aussagen über die Lastverschiebung in die Zukunft, über die Analogie von privater und öffentlicher Schuld und über die Analogie von Inlands- und Auslandsverschuldung gleichermaßen trivial sind.

Was die "New Orthodoxy" betrifft, so muß daran erinnert werden, daß, wie immer wieder sichtbar wurde, diese von Buchanan gewähl-

1 Karl Meister, a.a.O., S. 199 f.

te, auf die Ökonomen von etwa 1930 bis 1958 bezogene "Sammel"-Bezeichnung als solche schon problematisch ist, denn viele der Wissenschaftler, die von der zeitlichen Einteilung her zur "New Orthodoxy" zählten, vertraten keineswegs die drei "neu-orthodoxen" Thesen der genannten Art, sondern sehen sehr wohl auch die Effekte, die sich aus Buchanan's "objektiven Kosten" ergeben oder den "objektiven Kosten" gar entsprechen. Sofern aber die Thesen in ihrer von Buchanan formulierten Weise vertreten wurden, konnte festgestellt werden, daß die für die Aufstellung der Thesen entscheidenden Effekte zwar nicht zu leugnen, aber auch vordergründig sind.¹

In neuerer Zeit wurden einige Diskussionsbeiträge, die sich zum Teil auf Buchanan beziehen, veröffentlicht, in denen besonders die Frage nach der Beeinflussung der privaten Kapitalbildung durch eine anleihefinanzierte öffentliche Ausgabe im Mittelpunkt steht. Auch hier handelt es sich um Effekte, die die "objektiven Kosten" nicht tangieren, sondern neben diesen stehen können. Buchanan nannte sie "sekundäre Effekte" oder "sekundäre Last" und schloß sie ebenfalls, wie die "subjektiven Kosten", aus der Untersuchung aus, womit er die Beantwortung weiterer Fragen von sich abwälzte. Buchanan's Untersuchung ist, das darf nach alledem mit Recht gesagt werden, zu eng, um entscheidende Probleme der Belastung durch eine Staatsverschuldung zufriedenstellend lösen zu können.

Bemerkenswert an der gesamten Diskussion war, daß der Begriff *Last* für alle möglichen Effekte verwendet wurde, die nur irgendwie in Verbindung mit einer Staatsverschuldung gebracht werden können. An der Unklarheit dieses entscheidenden

¹ Jack Wiseman, a.a.O., S. 177.

Begriffes aber scheint, wie auch Miller¹ und Mishan² hervorheben, die ganze Auseinandersetzung zu leiden. Es wurden spezielle Effekte aus der breiten Skala der möglichen Wirkungen einer Staatsverschuldung herausgenommen und als "Last" bezeichnet. Das wiederum gab Anlaß zu Entgegnungen und Kontroversen, die häufig darauf hinausliefen, daß, weil die Prämissen des "Gegners" und dessen Lastbegriff nicht genügend beachtet wurden, sich ein Nebeneinander verschiedener Meinungen ergab, daß verschiedene "Lasten" diskutiert wurden, ohne daß man es merkte.

Im Hinblick auf die offensichtlich zu kaum bemerkenswerten Ergebnissen führende Diskussion über die "Last der Staatsverschuldung" in allgemeiner Form, möchte man mit Wiseman sagen, daß die Auseinandersetzung über dieses Problem in der bisherigen Art

"... supports the view that discussion of debt 'burden' has become pointless, and that we should do better to devote our time to the study of particular situations in which the raising or retirement of debt is one of the possible means of pursuing a specified objective."³

1 H. Laurence Miller, Jr., a.a.O., S. 162 f.

2 E. J. Mishan, How to Make a Burden..., a.a.O., S. 202 f.
E. J. Mishan, The Burden of the Public Debt: A Rejoinder.
"The Journal of Political Economy", Chicago, Illinois, Vol. LXXII (1964), S. 494.

3 Jack Wiseman, a.a.O., S. 181.

LITERATURVERZEICHNIS

- Adams, H. C. Public Debts. An Essay in the Science of Finance, New York 1887
- Bastable, C. F. Public Finance, Second Edition, revised and enlarged, London, New York 1895
- Bowen, William G.
Davis, Richard G.
Kopf, David H. The Burden of the Public Debt: Reply. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- The Distribution of the Debt Burden: A Reply. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- The Public Debt: A Burden on Future Generations? In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Brownlee, O. H.
Allen, Edward D. Economics of Public Finance, Second Edition, Englewood Cliffs, N. J. 1954
- Buchanan, James M. Confessions of a Burden Monger. "The Journal of Political Economy", Chicago, Illinois, Vol.LXXII(1964)
- The Icons of Public Debt. "The Journal of Finance", New York, Vol. XXI (1966)
- Public Debt, Cost Theory, and the Fiscal Illusion. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Public Principles of Public Debt: A Defense and Restatement, Homewood, Illinois 1958
- Public Finance in Democratic Process. Fiscal Institutions and Individual Choice, Chapel Hill 1967

- Buchanan, James M.
Wagner, Richard E. Public Debt in a Democratic Society. Published and Distributed by the American Enterprise Institute for Policy Research, Washington 1967
- Cauley, Troy J. Public Finance and the General Welfare, Columbus, Ohio 1960
- Elliott, James R. The Burden of the Public Debt: Comment. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Fasiani, M. Principii di scienza delle finanze, 2. ed., Torino, Vol. I, 1950
- Ferguson, James M. Public Debt and Future Generations, Chapel Hill 1964 (Hrsg)
- Introduction. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Temporal Utility and Fiscal Burden. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Excerpts from Reviews of "Public Principles of Public Debt". In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Groves, Harold Financing Government, Fifth Edition, New York 1958
- Hansen, Alvin H. Fiscal Policy and Business Cycle, New York 1941
- Harris, Seymor E. The National Debt and the "New Economics", New York, London 1947
- Hause, John C. Comment on "How to Make a Burden of the Public Debt". "The Journal of Political Economy", Chicago, Illinois, Vol. LXXII (1964)
- Hume, David Essays Moral, Political and Literary, Vol. I, London 1903
- Kendrick, M. Slade Public Finance. Principles and Problems, New York 1951

- Lerner, Abba P. The Burden of Debt. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- The Burden of the National Debt. In: Income, Employment, and Public Policy: Essays in Honor of Alvin H. Hansen, ed. by L. A. Metzler, New York 1948
- Leroy-Beaulieu, Paul Traité de la Science des Finances, Huitième Édition, Tome Second, Paris 1912
- Meister, Karl Das Problem der Last in der Theorie der öffentlichen Schuld. Diss. Erlangen-Nürnberg 1967
- Melon, Jean-François Essai Politique sur le Commerce. In: Economistes-Financières du dix-huitième siècle, Paris 1843
- Miller Jr., H. Laurence Anticipated and Unanticipated Consequences of Public Debt Creation. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Mishan, E. J. How to Make a Burden of the Public Debt. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- The Burden of the Public Debt: A Rejoinder. "The Journal of Political Economy", Chicago, Illinois, Vol. LXXII (1964)
- Modigliani, Franco Long-Run Implications of Alternative Fiscal Policies and the Burden of the National Debt. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Murphy, Henry C. The National Debt in War and Transition, First Edition, New York, Toronto, London 1950
- Musgrave, Richard A. The Theory of Public Finance, New York, London, Toronto, Tokyo 1959

- Musgrave, Richard A. Internal Debt in the Classical System. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Public Finance, Fiscal Policy. Review of Ferguson, Public Debt and Future Generations. "The American Economic Review", Stanford, Vol. LV (1965)
- Neisser, Hans Is the Public Debt a Burden on Future Generations? In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Nevins, Edward The Problem of the National Debt, Cardiff 1954
- Pedersen, Jørgen Einige Probleme der Finanzwirtschaft. "Weltwirtschaftliches Archiv", Jena, Bd. 45 (1937 I)
- Pigou, A. C. A Study in Public Finance, London, New York 1960 (Third revised Edition)
- Puviani, A. Teoria dell'illusione finanziaria, Palermo 1903
- Ratchford, B. U. The Burden of a Domestic Debt. In: Readings in Fiscal Policy. Selected by a Committee of The American Economic Association. Third Impression, London 1965
- Ricardo, David The Works and Correspondence, Vol. IV, ed. by Piero Sraffa, Cambridge 1951
- The Works and Correspondence, Vol. I, ed. by Piero Sraffa, Cambridge 1951
- Schmidt, Emerson P. Private versus Public Debt. "The American Economic Review", Evanston, Illinois, Vol. XXXIII (1943)
- Scitovsky, Tibor The Burden of the Public Debt: Comment. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964

- Shoup, Carl S. Debt Financing and Future Generations. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Smith, Adam An Inquiry into the Nature and Causes of The Wealth of Nations, New York 1937
- Somers, Harold M. Public Finance and National Income, Philadelphia, Toronto 1949
- Steuart, Sir James An Inquiry into the Principles of Political Oeconomy: being an Essay on the Science of Domestic Policy in Free Nations, Vol. I, London 1767
- Taylor, Philip E. The Economics of Public Finance, Rev. ed., New York 1953
- Timm, Herbert Gedanken zur Staatsverschuldung. "Finanzarchiv", Tübingen, Neue Folge, Bd. 9 (1943)
- Tobin, James The Burden of the Public Debt: A Review Article. "The Journal of Finance", New York, Vol. XX (;965)
- Reply. "The Journal of Finance", New York, Vol. XXI (1966)
- Vickrey, William The Burden of the Public Debt: Comment. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Wiseman, Jack The Logic of National Debt Policy. In: Public Debt and Future Generations. Edited by James M. Ferguson, Chapel Hill 1964
- Wright, David McCord The Economic Limit and Economic Burden of an Internally Held National Debt. "The Quarterly Journal of Economics", Cambridge, Mass. Vol. LV (1940)
- Moulton's The New Philosophy of the Public Debt. "The American Economic Review", Evanston, Illinois, Vol. XXXVIII (1943)
- Mr. Ratchford on the Burden of a Domestic Debt: Comment. "The American Economic Review", Evanston, Illinois, Vol. XXXVIII (1943)

LEBENS LAUF

Name Klaus, Josef, Heinrich K i e p e
Geburtsdatum 9. März 1937
Geburtsort Nordhorn (Niedersachsen)
Eltern Heinrich Kiepe (+), kaufm.
Abteilungsleiter
Maria Kiepe, geb. Haupt
Staatsangehörigkeit deutsch
Ausbildung und berufliche Tätigkeit
1943 eingeschult, während des Krieges 1 Jahr kein Unterricht
1952 - 1954: 2-jährige Handelsschule, Nordhorn
1954 - Herbst 1956: Kaufm. Lehre in der Industrie, Kaufmannsgehilfenbrief
1956 - April 1957: Kaufm. Angestellter im Export
April 1957 - Februar 1960: Besuch der Wirtschaftsoberschule in Osnabrück
17. 2. 1960: Reifeprüfung an dieser Schule bestanden (Hochschulreife für das Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften)
Sommersemester 1960 - Wintersemester 1960/61: Universität Freiburg
Sommersemester 1961 - Wintersemester 1961/62: Universität Hamburg
Sommersemester 1962 - Wintersemester 1964/65: Universität des Saarlandes, Saarbrücken
10. Mai 1965: Examen als Diplom-Handelslehrer an der Universität des Saarlandes bestanden
Ab Mai 1965:
a) Doktorand am Institut für Finanzwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
b) Pädagogische und kaufmännische Leitung sowie Unterrichtstätigkeit bei einer privaten kaufmännischen Schule (Handelsschule und und Erwachsenenbildungsstätte)

